

## A1NEU2 Präambel

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 16.01.2019

### Text

1 Potsdam ist ein attraktiver Lebensort: kinder- und familienfreundlich, Stadt der  
2 Wissenschaft, der Kultur und des Films, des Sports. Potsdam bietet seinen  
3 Bürger\*innen einen Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsraum in einer einzigartigen  
4 Natur- und Kulturlandschaft. Die Geschichte Potsdam ist eng mit den historischen  
5 Brüchen deutscher Geschichte verbunden, so dass Erinnerung, Aufarbeitung und  
6 geschichtlicher Diskurs besondere Beachtung verdienen. Das neue Potsdamer  
7 Toleranzedikt, ein breites zivilgesellschaftliche Bündnis „Potsdam bekennt  
8 Farbe“ und eine engagierte Willkommenskultur zeugen von einer weltoffenen und  
9 toleranten Stadt.

10 Die dynamischen Entwicklung der Landeshauptstadt in den vergangenen 30 Jahren  
11 zieht Menschen aus ganz Deutschland und der Welt nach Potsdam. Dies führte in  
12 den letzten Jahren zu einem rasanten Bevölkerungsanstieg, der nach wie vor  
13 anhält. Dieser Wachstum muss gestaltet und daher weiter kommunalpolitisch  
14 begleitet werden. Demografischer Wandel, Klimawandel, Bildung, Arbeit und  
15 Wohnen, gesellschaftliche Integration, Infrastruktur und Vorsorge für die  
16 Zukunft – das sind nur einige der Aufgaben, um welche die Potsdamer  
17 Stadtverordnetenversammlung sich verstärkt kümmern muss.

18 Aber ein wachsendes Potsdam lebt auch von seinen Bürger\*innen - wir wollen  
19 mitbestimmen, wie unser Potsdam der Zukunft aussieht. Potsdam ist unsere Wohn-  
20 und oft auch Arbeitsstätte - hier muss es allen möglich sein, klimaverträglich,  
21 gesund und sozialverträglich auch bei geringen Einkommensverhältnissen zu leben.  
22 Im Spannungsfeld von touristischer Attraktivität, Wachstum, Anpassung an den  
23 Klimawandel und berechtigten Ansprüchen der Menschen auf erschwinglichen eigenen  
24 oder gemieteten Wohnraum gilt es Lösungen für eine gute Weiterentwicklung der  
25 Stadt finden.

26 Deswegen setzen wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, uns dafür ein, Potsdam zukunftsfähig  
27 zu gestalten. Wir engagieren uns für eine tolerante, sozial bereichernde und  
28 kulturell lebendige Stadt, in der alle Menschen mit unterschiedlichen  
29 Lebensentwürfen gemeinsam gut leben können.

30 Liebe Potsdamer\*innen,

31  
32 Bei den Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 bestimmen WIR, wer in den nächsten fünf  
33 Jahren die Stadtgesellschaft in der Stadtverordnetenversammlung und in den  
34 Ortsbeiräten repräsentiert und über die Geschicke der Stadt in herausgehobener  
35 Position mitbestimmt.

36  
37 Im Mai vor 30 Jahren fand die letzte Kommunalwahl der DDR statt. In den  
38 Wahlbüros waren viele von uns in Potsdam bei der Auszählung dabei und bezeugten,  
39 dass 10 Prozent der Wahlberechtigten nicht für die SED und die Blockparteien der  
40 Nationalen Front stimmten. Dennoch lautete das offizielle Wahlergebnis am  
41 nächsten Tag 98 Prozent. Dieser offensichtliche Wahlbetrug wurde von  
42 Bürgerrechtler\*innen zur Anzeige gebracht und war erster sichtbarer Widerstand

43 gegen den vormundschaftlichen Staat der DDR. Im 30. Jahr nach der friedlichen  
44 Revolution sind wir besonders stolz auf unsere Wurzel aus dieser Bürgerbewegung,  
45 die die Voraussetzung dafür schuf, dass wir heute frei wählen können. Dieses  
46 Erbe verpflichtet uns nach wie vor. Gerade heute in Zeiten eines aufkommenden  
47 Populismus müssen wir uns wieder stärker für die errungene Demokratie einsetzen  
48 und für sie werben.

49  
50

51 Potsdam ist ein attraktiver Lebensort: kinder- und familienfreundlich, Stadt der  
52 Wissenschaft, der Kultur und des Films, des Sports. Potsdam bietet seinen  
53 Bürger\*innen einen Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsraum in einer einzigartigen  
54 Natur- und Kulturlandschaft. Die Geschichte Potsdam ist eng mit den historischen  
55 Brüchen deutscher Geschichte verbunden, so dass Erinnerung, Aufarbeitung und  
56 geschichtlicher Diskurs besondere Beachtung verdienen. Das neue Potsdamer  
57 Toleranzedikt, ein breites zivilgesellschaftliche Bündnis „Potsdam bekennt  
58 Farbe“ und eine engagierte Willkommenskultur zeugen von einer weltoffenen und  
59 toleranten Stadt.

60

61 Die dynamischen Entwicklung der Landeshauptstadt in den vergangen 30 Jahren  
62 zieht Menschen aus ganz Deutschland und der Welt nach Potsdam. Dies führte in  
63 den letzten Jahren zu einem rasanten Bevölkerungsanstieg, der nach wie voranhält.  
64 Dieser Wachstum muss gestaltet und daher weiter kommunalpolitisch begleitet  
65 werden. Demografischer Wandel, Klimawandel, Bildung, Arbeit und Wohnen,  
66 gesellschaftliche Integration, Infrastruktur und Vorsorge für die Zukunft – das  
67 sind nur einige der Aufgaben, um welche die Potsdamer  
68 Stadtverordnetenversammlung sich verstärkt kümmern muss.

69

70 Aber ein wachsendes Potsdam lebt auch von seinen Bürger\*innen - wir wollen  
71 mitbestimmen, wie unser Potsdam der Zukunft aussieht. Potsdam ist unsere Wohn-  
72 und oft auch Arbeitsstätte - hier muss es allen möglich sein, klimaverträglich,  
73 gesund und sozialverträglich auch bei geringen Einkommensverhältnissen zu leben.  
74 Im Spannungsfeld von touristischer Attraktivität, Wachstum, Anpassung an den  
75 Klimawandel und berechtigten Ansprüchen der Menschen auf erschwinglichen eigenen  
76 oder gemieteten Wohnraum gilt es Lösungen für eine gute Weiterentwicklung der  
77 Stadt finden.

78

79 Deswegen setzen wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, uns dafür ein, Potsdam zukunftsfähig  
80 zu gestalten. Wir engagieren uns für eine tolerante, sozial bereichernde und  
81 kulturell lebendige Stadt, in der alle Menschen mit unterschiedlichen  
82 Lebensentwürfen gemeinsam gut leben können.

83

84 Mit diesem Wahlprogramm präsentieren wir von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Potsdam  
85 unserere Ideen und Vorstellungen für Potsdams Zukunft. Unsere politischen  
86 Leitlinien wie auch konkrete Positionen und Handlungsvorschläge haben wir  
87 nachfolgend in zehn Kapiteln formuliert.

88 Den Kompass für unser bündnisgrünes Engagement in der Stadt, quer über alle  
89 einzelnen Politikfelder hinweg, liefern unsere grundlegenden Überzeugungen:  
90 Wir setzen uns ein für eine offene demokratische Gesellschaft, die

91

92 solidarisch auch die Bedürfnisse sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen  
93 berücksichtigt,

94

95 behutsam die Stadträume weiterentwickelt und Lebensqualität erhöht

96

97 verantwortlich mit der natürlichen Umwelt umgeht, Ressourcen schont und  
98 ambitioniert zum Klimaschutz beiträgt

99

100 und vielfältig und kulturell lebendig Räume für ein Miteinander der Menschen  
101 bietet, das Hass und Hetze keinen Raum lässt.

102

103 Wir bitten dafür um dein Vertrauen bei der Kommunalwahl.

104 WEIL WIR HIER LEBEN!

## Beschluss Präambel

Gremium: KMV Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

---

## Text

105 Liebe Potsdamer\*innen,  
106

107 Bei den Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 bestimmen WIR, wer in den nächsten fünf  
108 Jahren die Stadtgesellschaft in der Stadtverordnetenversammlung und in den  
109 Ortsbeiräten repräsentiert und über die Geschicke der Stadt in herausgehobener  
110 Position mitbestimmt.  
111

112 Im Mai vor 30 Jahren fand die letzte Kommunalwahl der DDR statt. In den  
113 Wahlbüros waren viele von uns in Potsdam bei der Auszählung dabei und bezeugten,  
114 dass 10 Prozent der Wahlberechtigten nicht für die SED und die Blockparteien der  
115 Nationalen Front stimmten. Dennoch lautete das offizielle Wahlergebnis am  
116 nächsten Tag 98 Prozent. Dieser offensichtliche Wahlbetrug wurde von  
117 Bürgerrechtler\*innen zur Anzeige gebracht und war erster sichtbarer Widerstand  
118 gegen den vormundschaftlichen Staat der DDR. Im 30. Jahr nach der friedlichen  
119 Revolution sind wir besonders stolz auf unsere Wurzel aus dieser Bürgerbewegung,  
120 die die Voraussetzung dafür schuf, dass wir heute frei wählen können. Dieses  
121 Erbe verpflichtet uns nach wie vor. Gerade heute in Zeiten eines aufkommenden  
122 Populismus müssen wir uns wieder stärker für die errungene Demokratie einsetzen  
123 und für sie werben.  
124  
125

126 Potsdam ist ein attraktiver Lebensort: kinder- und familienfreundlich, Stadt der  
127 Wissenschaft, der Kultur und des Films, des Sports. Potsdam bietet seinen  
128 Bürger\*innen einen Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsraum in einer einzigartigen  
129 Natur- und Kulturlandschaft. Die Geschichte Potsdam ist eng mit den historischen  
130 Brüchen deutscher Geschichte verbunden, so dass Erinnerung, Aufarbeitung und  
131 geschichtlicher Diskurs besondere Beachtung verdienen. Das neue Potsdamer  
132 Toleranzedikt, ein breites zivilgesellschaftliche Bündnis „Potsdam bekennt  
133 Farbe“ und eine engagierte Willkommenskultur zeugen von einer weltoffenen und  
134 toleranten Stadt.  
135

136 Die dynamischen Entwicklung der Landeshauptstadt in den vergangen 30 Jahren  
137 zieht Menschen aus ganz Deutschland und der Welt nach Potsdam. Dies führte in  
138 den letzten Jahren zu einem rasanten Bevölkerungsanstieg, der nach wie voranhält.  
139 Dieser Wachstum muss gestaltet und daher weiter kommunalpolitisch begleitet  
140 werden. Demografischer Wandel, Klimawandel, Bildung, Arbeit und Wohnen,  
141 gesellschaftliche Integration, Infrastruktur und Vorsorge für die Zukunft – das  
142 sind nur einige der Aufgaben, um welche die Potsdamer  
143 Stadtverordnetenversammlung sich verstärkt kümmern muss.  
144

145 Aber ein wachsendes Potsdam lebt auch von seinen Bürger\*innen - wir wollen  
146 mitbestimmen, wie unser Potsdam der Zukunft aussieht. Potsdam ist unsere Wohn-  
147 und oft auch Arbeitsstätte - hier muss es allen möglich sein, klimaverträglich,  
148 gesund und sozialverträglich auch bei geringen Einkommensverhältnissen zu leben.  
149 Im Spannungsfeld von touristischer Attraktivität, Wachstum, Anpassung an den  
150 Klimawandel und berechtigten Ansprüchen der Menschen auf erschwinglichen eigenen  
151 oder gemieteten Wohnraum gilt es Lösungen für eine gute Weiterentwicklung der  
152 Stadt finden.  
153

154 Deswegen setzen wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, uns dafür ein, Potsdam zukunftsfähig  
155 zu gestalten. Wir engagieren uns für eine tolerante, sozial bereichernde und  
156 kulturell lebendige Stadt, in der alle Menschen mit unterschiedlichen  
157 Lebensentwürfen gemeinsam gut leben können.

158

159 Mit diesem Wahlprogramm präsentieren wir von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Potsdam  
160 unsere Ideen und Vorstellungen für Potsdams Zukunft. Unsere politischen  
161 Leitlinien wie auch konkrete Positionen und Handlungsvorschläge haben wir  
162 nachfolgend in zehn Kapiteln formuliert. Den Kompass für unser bündnisgrünes  
163 Engagement in der Stadt, quer über alle einzelnen Politikfelder hinweg, liefern  
164 unsere grundlegenden Überzeugungen.

165 Wir setzen uns ein für eine offene demokratische Gesellschaft, die:

- 166 • solidarisch auch die Bedürfnisse sozial benachteiligter  
167 Bevölkerungsgruppen berücksichtigt,
- 168 • behutsam die Stadträume weiterentwickelt und Lebensqualität erhöht
- 169 • verantwortlich mit der natürlichen Umwelt umgeht, Ressourcen schont und  
170 ambitioniert zum Klimaschutz beiträgt
- 171 • und vielfältig und kulturell lebendig Räume für ein Miteinander der  
172 Menschen bietet, das Hass und Hetze keinen Raum lässt.

173 Wir bitten dafür um dein Vertrauen bei der Kommunalwahl.

174 WEIL WIR HIER LEBEN!

## A2 Stadtentwicklung: Mieten runter, Lebensqualität hoch!

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 16.01.2019

### Text

175 Potsdams Struktur ist einerseits durch die Lage in dem sich verdichtenden Süd-  
176 West-Raum von Berlin und andererseits durch zahlreiche sehr unterschiedliche  
177 Stadtteile südlich und nördlich der Havel geprägt.

178 Alles eint die heutige Anforderung einer klimaneutralen Stadtentwicklung, die  
179 konsequenter als bisher, Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels  
180 berücksichtigen muss.

181 Gleichzeitig müssen die Grundlagen für eine lebendige vielfältige  
182 Stadtgesellschaft erhalten und wieder neu gestärkt werden.

183 Die aus all dem resultierenden sehr unterschiedlichen Ziele, auch Zielkonflikte,  
184 erfordern eine besondere Baukultur, die bürgerschaftliches Engagement,  
185 fachlichen Ratschlag und transparente Entscheidungsprozesse zusammenführt.

### 186 **Wachstum nicht bremsen, sondern gestalten**

187 Potsdam entwickelt sich erfolgreich zu einem hochattraktiven Wohn- und  
188 Geschäftsstandort. Das belebt die Stadt und erzeugt zudem größere Spielräume.  
189 Doch entstehen mit dem extrem schnellen Bevölkerungszuwachs Konflikte durch zu  
190 große Verdichtung, erhöhte Anforderungen an Infrastrukturflächen, Mobilität,  
191 Belastung der natürlichen Ressourcen und der Lebensqualität. Potsdam muss das  
192 Wachstum sozialverträglich regulieren.

193 Dafür machen wir uns stark:

- 194 • effiziente Nutzung versiegelter Flächen, beispielsweise durch Sportflächen  
195 auf Flachdächern, bei Gewerbeflächen, wenn möglich durch  
196 Gebäudeaufstockungen
- 197 • Wachstum entlang der Verkehrsstrassen (S-Bahn, bestehende und mögliche,  
198 künftige Tramlinien, Bussystem, Rad(Schnell-)wege bzw. Errichtung neuer  
199 Wohngebiete möglichst zeitgleich in Verbindung mit der Errichtung sozialer  
200 und Verkehrsinfrastruktur
- 201 • Umwidmung von größeren Parkplatzflächen und Garagenstandorten für  
202 Wohnbebauung und Sportflächen
- 203 • Verdichtung der Wohngebiete vor allem dort, wo kommunales Eigentum,  
204 niedrigere Mieten und bessere Verkehrsanbindungen bestehen
- 205 • Neue Bauvorhaben unter Berücksichtigung der Interessen der  
206 Nachbarbevölkerung, der gewachsenen Strukturen und des  
207 landschaftskulturellen Charakters behutsam entwickeln, keine breite  
208 Zersiedelung

209 **Begrenzung des Mietenanstiegs durch strategische**  
210 **Bodenpolitik**

211 Ansteigende Mieten und der Austausch der Potsdamer Stadtbevölkerung durch  
212 Verdrängung der mittleren Einkommenschichten an die Randgemeinden von Potsdam  
213 beängstigt viele Potsdamer\*innen. Wir wollen, dass alle, die hier leben, in  
214 ihrem vertrauten Kiez zu sozialverträglichen Mieten bleiben können.

215 Das Gleichgewicht der Interessen durch die Ausgestaltung von Mietrecht und  
216 Steuerpolitik auf Bundesebene ist zuungunsten der Mieter gestört, die so  
217 bewirkte Steigerung der Mieten fällt durch das schnelle Wachstum in Potsdam  
218 besonders stark aus. Zwar haben die Sanierungssatzungen den Mietenanstieg  
219 verlangsamt, und wurde 20 % städtisches Wohneigentum bewahrt, das zusammen mit  
220 dem genossenschaftlichen Eigentum in der Stadt zur Senkung des Mietspiegels  
221 beiträgt.

222 Der zunehmend hohe Anteil der Mieten am Einkommen und eine zunehmende Gefährdung  
223 der sozialen Vielfalt in den Stadtteilen stören das soziale Klima und den  
224 gesellschaftlichen Zusammenhalt empfindlich. Neue, energische Maßnahmen sind  
225 dringend erforderlich, um koordiniert auf Bundes-, auf Landes- und auf  
226 Stadtebene Mieten- und Bodenspekulation einzudämmen.

227 Dafür machen wir uns stark:

- 228 • 30% des Wohnungsbauaufkommens soll als geförderter sozialer Wohnungsbau  
229 ausgeführt werden
- 230 • Erhöhung der Beteiligung von Wohnungsbauinvestor\*innen an den Kosten der  
231 durch ein Neubauvorhaben verursachten Bedarfe an sozialer Infrastruktur  
232 (z.B. Kitaplätze) nach dem sogenannten Potsdamer Baulandmodell
- 233 • Konsequente Umsetzung des Wohnungspolitischen Konzeptes der Stadt Potsdam
- 234 • Nutzung des bisher erfolgreichen Instruments der Sanierungssatzung zur  
235 Verlangsamung des Mietanstiegs in den dafür geeigneten Stadtgebieten
- 236 • Bewahrung von 20 % städtischem Wohneigentum am Gesamtbestand, d.h. stetige  
237 Neubauinvestition durch die städtische Pro Potsdam
- 238 • Bodenmanagement zum Erhalt und Erwerb wichtiger Entwicklungsgrundstücke,  
239 ohne zugleich wertvolle Naturräume infrage zu stellen
- 240 • Priorität der eigenen Entwicklung städtischer Flächen gegenüber dem  
241 Verkauf, Stärkung des Erbbaurechts zur Erreichung einer niedrigeren  
242 Kostenmiete, so z.B. in Krampnitz
- 243 • Einkauf von Flächen in Neubaugebieten (Bodenmanagement als Ausgangspunkt  
244 im Kampf gegen steigende Mieten, z.B. Brauhausberg, Gartenstadt Drewitz)
- 245 • Unterstützung von genossenschaftlichem Wohnen
- 246 • Sicherung der Wohnfunktion in der barocken Innenstadt und in Babelsberg,  
247 keine gewerbliche Nutzung von Wohnflächen
- 248 • Kontrolle der kommerziellen Fremdnutzung von Wohnungen bzw. nach  
249 Möglichkeit Umnutzungsverbot (z.B. Airbnb), Regulierung von  
250 Urlaubsvermietung
- 251 • Sicherung von Flächen für den Bau von Studierendenwohnheimen
- 252 • grundsätzlich Vermeidung von Verkäufen von Grundstücken in städtischem  
253 Besitz
- 254 • Grundstücksverkauf (wenn unvermeidbar) nicht nach Höchstgebot, sondern nur  
255 nach einer stärker am Gemeinwohl orientierten Konzeptvergabe wie in den  
256 Sanierungsgebieten
- 257 • enge vertragliche Absicherung wie am Baufeld 3 in der Potsdamer Mitte  
258 (Punktesystem, das sozialverträgliches, energieeffizientes, klimaneutrales  
259 und gestalterisch qualitätsvolles Bauen begünstigt, kooperative  
260 Entscheidungen)

## 261 **Lebensqualität durch Baukultur**

262 Potsdam hat herausragende Qualitäten durch bedeutende Bauten vom Barock und  
263 Klassizismus bis zur Moderne des frühen 20. Jahrhunderts sowie der DDR-Zeit,  
264 eingebettet in eine ökologisch und künstlerisch hochwertige Landschaft, die  
265 zugleich Weltkulturerbe ist. Die erste Sanierungswelle nach 1990 hat bauliche  
266 Originalsubstanz an Häusern und Straßen in vorbildlicher Weise bewahrt.  
267 Weiterbauen heißt hier Verantwortung wahrnehmen und damit zugleich  
268 Lebensqualität schützen.

269 Dafür machen wir uns stark:

- 270 • Beachtung der Klimaanforderungen sowie des städtebaulichen und  
271 gestalterischen Kontextes bzw. des Ensembledenkens im zeitgenössischen  
272 Bauen
- 273 • Mut zu modernen Bauformen
- 274 • öffentliche Sitzungen des Gestaltungsrates zur Steigerung der Bauqualität
- 275 • Würdigung der DDR-Architektur, Erhalt des Minsk, Qualität der DDR-  
276 Wohnviertel wahren und weiterentwickeln
- 277 • Sanierungen nach besten energetischen Möglichkeiten
- 278 • Berücksichtigung des Denkmalschutzes und des Umgebungsschutzes für  
279 Denkmale und für die UNESCO-Welterbelandschaft
- 280 • Erhalt und Ertüchtigung der Natursteinpflasterstraßen, wobei individuelle  
281 Lösungen den Belangen der Barrierefreiheit und der Fahrradfreundlichkeit  
282 Rechnung tragen sollen.

## 283 **Lebendige Stadtteile, lebendige Mitten**

284 Jeder Stadtteil hat seine Individualität. Sie reichen von den dörflichen  
285 Bereichen im Norden, über die historisch geprägten Brandenburger-, Nauener und  
286 Berliner Vorstädte, die Mitte und Babelsberg bis zu den DDR-Plattenbaugebieten  
287 von Potsdam-West, Mitte-Süd, Zentrum Ost, Stern, Drewitz, Waldstadt und Schlaatz  
288 sowie zu den neuen Stadtteilen Kirchsteigfeld, Bornstedter Feld, Potsdam-Center  
289 und Speicherstadt.

290 Es gilt, für eine breite gesellschaftliche Durchmischung von  
291 Bevölkerungsschichten innerhalb der Stadtteile, für gleichberechtigtes Wohnen  
292 von Jung und Alt, von Menschen unterschiedlicher Bildungsniveaus und  
293 Einkommensstärken zu sorgen.

294 Dafür machen wir uns stark:

- 295 • soziale und funktionale Durchmischung der einzelnen Stadtteile sichern
- 296 • Ausgewogenheit von Wohnen, Gewerbe und öffentlichen Einrichtungen
- 297 • stadtteilbezogene öffentliche Einrichtungen wie Kitas, Jugendtreffs,  
298 Bürgerhäuser sowie nicht-kommerzielle Begegnungsräume
- 299 • Mehrgenerationenhäuser in Gegenden mit guter Versorgung mit vernetzten  
300 Einkaufsmöglichkeiten und Freizeitangeboten
- 301 • dezentrale medizinische Versorgung gewährleisten, evtl. in Ortsteilzentren  
302 integrieren
- 303 • Flächen für Gewerbe und Wirtschaft bereitstellen
- 304 • Regulierung des Wachstums durch das Baurecht (Bebauungspläne), Schutz der  
305 Wohnfunktion
- 306 • Wir wollen bei neuen und bestehenden öffentlichen Plätzen  
307 geschlechterdifferenzierte Analysen durchführen und die Sicherheit für  
308 Frauen und andere diskriminierte Personengruppen gewährleisten.

## 309 Potsdamer Mitte weiterentwickeln

310 Die Stadt hat sich für die Gestaltung der Potsdamer Mitte mit dem  
311 Landtagsschloss, der Haveluferbebauung, einem modernen Lustgarten und der  
312 Qualifizierung der öffentlichen Platzflächen und Räume entschieden und sichtbare  
313 Veränderungen bewirkt. Es wurden neue Erlebnisräume geschaffen und für die  
314 weitere Entwicklung sozialpolitische und gestalterische Weichen gestellt. Der  
315 lebhafte öffentliche Diskurs hat zur Qualifizierung der Beschlüsse geführt und  
316 wird auch die weiteren Entscheidungen prägen. Ziel ist eine multifunktionale,  
317 vor allem kulturraffine Stadtmitte, mit sozialverträglichen Mieten, hoher  
318 gestalterischer Qualität und lebendigen Räumen. Mit den Planungsprozessen und  
319 der sozialverträglichen Vergabe vor allem an Potsdamer  
320 Wohnungsbaugenossenschaften ist das neue Quartier am Alten Markt ein gelungener  
321 Modellfall für Deutschland.

322 Dafür machen wir uns stark:

- 323 • Weiterentwicklung der Potsdamer Mitte durch qualifizierte Verfahren und  
324 Beteiligung der Öffentlichkeit am Südrand des Lustgartens und im  
325 Zusammenhang mit dem Kunst- und Kreativ-Quartier an der  
326 Plantage/Feuerwache (siehe Kapitel Kultur).
- 327 • Auch im Baufeld 4 an der Stadt- und Landesbibliothek Entwicklung  
328 Konzeptvergabe mit gestalterischen, wirtschaftlichen und insbesondere  
329 sozialen Kriterien, Prüfung eines Angebots altersgerechter Wohnungen.
- 330 • Beim Baukomplex Am Alten Markt 10 (Staudenhof) Einhaltung der  
331 wirtschaftlichen, sozial- und wohnungspolitischen Prämissen sowie

332 Schaffung eines Modellquartiers für offene, kollektive Wohnformen und  
333 nichtkommerzielle Begegnungsräume durch die Pro Potsdam.

## 334 **Kommunale Forderungen an Bund und Land**

335 Über den Deutschen Städtetag soll Potsdam mit folgenden Forderungen auf  
336 grundlegende Änderungen auf Bundes- und Landesebene hinwirken.

337 Dafür machen wir uns stark:

- 338 • Kostenlose Abgabe von Grundstücken für gemeinnützigen Wohnungsbau und  
339 soziale Infrastruktur an die Kommunen
- 340 • Förderungen gemeinnützigen, genossenschaftlichen Wohnungsbaus mit  
341 deutlicher Erhöhung der Bindungsfristen
- 342 • Schaffung rechtlicher Grundlagen zum Aufbau einer kommunalen Bodenstiftung  
343 (zur Sicherung öffentlicher Funktionen und des sozialen Wohnungsbaus)
- 344 • Novellierung des Mietrechts zur stärkeren Begrenzung des Mieteranstiegs  
345 entsprechend dem „Münchener Ratschlag zur Bodenpolitik“, 2018
- 346 • Kreditaufnahme für das Studentenwerk für den Bau von  
347 Studierendenwohnheimen zulassen
- 348 • Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur Verhinderung gewerblicher Umnutzung  
349 von Wohnraum, z.B. durch Airbnb

## Beschluss Stadtentwicklung: Mieten runter, Lebensqualität hoch!

Gremium: KMV Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

### Text

350 Potsdams Struktur ist einerseits durch die Lage in dem sich verdichtenden Süd-  
351 West-Raum von Berlin und andererseits durch zahlreiche sehr unterschiedliche  
352 Stadtteile südlich und nördlich der Havel geprägt.

353 Alles eint die heutige Anforderung einer klimaneutralen Stadtentwicklung, die  
354 konsequenter als bisher, Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels  
355 berücksichtigen muss.

356 Gleichzeitig müssen die Grundlagen für eine lebendige vielfältige  
357 Stadtgesellschaft erhalten und wieder neu gestärkt werden.

358 Die aus all dem resultierenden sehr unterschiedlichen Ziele, auch Zielkonflikte,  
359 erfordern eine besondere Baukultur, die bürgerschaftliches Engagement,  
360 fachlichen Ratschlag und transparente Entscheidungsprozesse zusammenführt.

### 361 Wachstum abfedern und gestalten

362 Potsdam entwickelt sich erfolgreich zu einem hochattraktiven Wohn- und  
363 Geschäftsstandort. Das belebt die Stadt und erzeugt zudem größere Spielräume.  
364 Doch entstehen mit dem extrem schnellen Bevölkerungszuwachs Konflikte durch zu  
365 große Verdichtung, erhöhte Anforderungen an Infrastrukturflächen, Mobilität,  
366 Belastung der natürlichen Ressourcen und der Lebensqualität. Potsdam muss das  
367 Wachstum sozialverträglich regulieren.

368 Dafür machen wir uns stark:

- 369 • effiziente Nutzung versiegelter Flächen, beispielsweise durch Sportflächen  
370 auf Flachdächern, bei Gewerbeflächen wenn möglich durch  
371 Gebäudeaufstockungen
- 372 • Wachstum entlang der Verkehrsstrassen (S+Bahn, bestehende und mögliche,  
373 künftige Tramlinien, Bussystem, Rad(Schnell)wege bzw. Errichtung neuer  
374 Wohngebiete möglichst zeitgleich in Verbindung mit der Errichtung sozialer  
375 und Verkehrsinfrastruktur
- 376 • Umwidmung von größeren Parkplatzflächen und Garagenstandorten für  
377 Wohnbebauung und Sportflächen
- 378 • Verdichtung der Wohngebiete vor allem dort, wo kommunales Eigentum,  
379 niedrigere Mieten und bessere Verkehrsanbindungen bestehen
- 380 • Neue Bauvorhaben unter Berücksichtigung der Interessen der  
381 Nachbarbevölkerung, der gewachsenen Strukturen und des  
382 landschaftskulturellen Charakters behutsam entwickeln, keine breite  
383 Zersiedelung

384 **Begrenzung des Mietenanstiegs durch strategische**  
385 **Bodenpolitik**

386 Ansteigende Mieten und der Austausch der Potsdamer Stadtbevölkerung durch  
387 Verdrängung der mittleren Einkommenschichten an die Randgemeinden von Potsdam  
388 beängstigt viele Potsdamer\*innen. Wir wollen, dass alle, die hier leben, in  
389 ihrem vertrauten Kiez zu sozialverträglichen Mieten bleiben können.

390 Das Gleichgewicht der Interessen durch die Ausgestaltung von Mietrecht und  
391 Steuerpolitik auf Bundesebene ist zuungunsten der Mieter gestört, die so  
392 bewirkte Steigerung der Mieten fällt durch das schnelle Wachstum in Potsdam  
393 besonders stark aus. Zwar haben die Sanierungssatzungen den Mietenanstieg  
394 verlangsamt, und wurde 20 % städtisches Wohneigentum bewahrt, das zusammen mit  
395 dem genossenschaftlichen Eigentum in der Stadt zur Senkung des Mietspiegels  
396 beiträgt.

397 Der zunehmend hohe Anteil der Mieten am Einkommen und eine zunehmende Gefährdung  
398 der sozialen Vielfalt in den Stadtteilen stören das soziale Klima und den  
399 gesellschaftlichen Zusammenhalt empfindlich. Neue, energische Maßnahmen sind  
400 dringend erforderlich, um koordiniert auf Bundes-, auf Landes- und auf  
401 Stadtebene Mieten- und Bodenspekulation einzudämmen.

402 Dafür machen wir uns stark:

- 403 • 30% des Wohnungsbauaufkommens soll als geförderter sozialer Wohnungsbau  
404 ausgeführt werden
- 405 • Erhöhung der Beteiligung von Wohnungsbauinvestor\*innen an den Kosten der  
406 durch ein Neubauvorhaben verursachten Bedarfe an sozialer Infrastruktur  
407 (z.B. Kitaplätze) nach dem sogenannten Potsdamer Baulandmodell
- 408 • Konsequente Umsetzung des Wohnungspolitischen Konzeptes der Stadt Potsdam
- 409 • Nutzung des bisher erfolgreichen Instruments der Sanierungssatzung zur  
410 Verlangsamung des Mietanstiegs in den dafür geeigneten Stadtgebieten
- 411 • Rechtssichere Mietpreisbremse in Potsdam
- 412 • Bewahrung von 20 % städtischem Wohneigentum am Gesamtbestand, d.h. stetige  
413 Neubauinvestition durch die städtische Pro Potsdam
- 414 • Bodenmanagement zum Erhalt und Erwerb wichtiger Entwicklungsgrundstücke,  
415 ohne zugleich wertvolle Naturräume infrage zu stellen
- 416 • Priorität der eigenen Entwicklung städtischer Flächen gegenüber dem  
417 Verkauf, Stärkung des Erbbaurechts zur Erreichung einer niedrigeren  
418 Kostenmiete, so z.B. in Krampnitz
- 419 • Einkauf von Flächen in Neubaugebieten (Bodenmanagement als Ausgangspunkt  
420 im Kampf gegen steigende Mieten, z.B. Brauhausberg, Gartenstadt Drewitz)
- 421 • konsequente Nutzung von kommunalen Vorkaufsrechten zum Aufbau eines  
422 städtischen Flächenpools aus dem Grundstücke in Erbbaupacht vergeben

- 423 werden können und Nutzung von kommunalen Vorkaufsrechten zu Gunsten  
424 Dritter gemeinwohlorientierter Wohnungsmarktakeure
- 425 • Unterstützung von genossenschaftlichem Wohnen
  - 426 • Sicherung der Wohnfunktion in der barocken Innenstadt und in Babelsberg,  
427 keine gewerbliche Nutzung von Wohnflächen
  - 428 • Kontrolle der kommerziellen Fremdnutzung von Wohnungen bzw. nach  
429 Möglichkeit Umnutzungsverbot (z.B. Airbnb), Regulierung von  
430 Urlaubsvermietung
  - 431 • Sicherung von Flächen für den Bau von Studierendenwohnheimen
  - 432 • grundsätzlich Vermeidung von Verkäufen von Grundstücken in städtischem  
433 Besitz
  - 434 • Grundstücksverkauf (wenn unvermeidbar) nicht nach Höchstgebot, sondern nur  
435 nach einer stärker am Gemeinwohl orientierten Konzeptvergabe wie in den  
436 Sanierungsgebieten
  - 437 • enge vertragliche Absicherung wie am Baufeld 3 in der Potsdamer Mitte  
438 (Punktesystem, das sozialverträgliches, energieeffizientes, klimaneutrales  
439 und gestalterisch qualitätsvolles Bauen begünstigt, kooperative  
440 Entscheidungen)

#### 441 **Lebensqualität durch Baukultur**

442 Potsdam hat herausragende Qualitäten durch bedeutende Bauten vom Barock und  
443 Klassizismus bis zur Moderne des frühen 20. Jahrhunderts sowie der DDR-Zeit,  
444 eingebettet in eine ökologisch und künstlerisch hochwertige Landschaft, die  
445 zugleich Weltkulturerbe ist. Die erste Sanierungswelle nach 1990 hat bauliche  
446 Originalsubstanz an Häusern und Straßen in vorbildlicher Weise bewahrt.  
447 Weiterbauen heißt hier Verantwortung wahrnehmen und damit zugleich  
448 Lebensqualität schützen.

449 Dafür machen wir uns stark:

- 450 • Beachtung der Klimaanforderungen sowie des städtebaulichen und  
451 gestalterischen Kontextes bzw. des Ensembledenkens im zeitgenössischen  
452 Bauen
- 453 • Mut zu modernen Bauformen
- 454 • öffentliche Sitzungen des Gestaltungsrates zur Steigerung der Bauqualität
- 455 • Würdigung der DDR-Architektur, Erhalt des Minsk, Qualität der DDR-  
456 Wohnviertel wahren und weiterentwickeln
- 457 • Sanierungen nach besten energetischen Möglichkeiten
- 458 • Berücksichtigung des Denkmalschutzes und des Umgebungsschutzes für  
459 Denkmale und für die UNESCO-Welterbelandschaft
- 460 • Erhalt und Ertüchtigung der Natursteinpflasterstraßen dort, wo Belange der  
461 Barrierefreiheit und der Fahrradfreundlichkeit nicht im Wege stehen. In  
462 der Innenstadt sind alle Straßen, besonders die Natursteinpflasterstraßen,  
463 zu Lasten der Parkplatzstreifen so umzugestalten, dass Barrierefreiheit  
464 gegeben und komfortabler Fahrradverkehr möglich ist.

## 465 **Lebendige Stadtteile, lebendige Mitten**

466 Jeder Stadtteil hat seine Individualität. Sie reichen von den dörflichen  
467 Bereichen im Norden, über die historisch geprägten Brandenburger-, Nauener und  
468 Berliner Vorstädte, die Mitte und Babelsberg bis zu den DDR-Plattenbaugebieten  
469 von Potsdam-West, Mitte-Süd, Zentrum Ost, Stern, Drewitz, Waldstadt und Schlaatz  
470 sowie zu den neuen Stadtteilen Kirchsteigfeld, Bornstedter Feld, Potsdam-Center  
471 und Speicherstadt.

472 Es gilt, für eine breite gesellschaftliche Durchmischung von  
473 Bevölkerungsschichten innerhalb der Stadtteile, für gleichberechtigtes Wohnen  
474 von Jung und Alt, von Menschen unterschiedlicher Bildungsniveaus und  
475 Einkommensstärken zu sorgen.

476 Dafür machen wir uns stark:

- 477 • soziale und funktionale Durchmischung der einzelnen Stadtteile sichern
- 478 • Ermöglichung der Ausweisung von Milieuschutzgebieten
- 479 • Ausgewogenheit von Wohnen, Gewerbe und öffentlichen Einrichtungen
- 480 • stadtteilbezogene öffentliche Einrichtungen wie Kitas, Jugendtreffs,  
481 Bürgerhäuser sowie nicht-kommerzielle Begegnungsräume
- 482 • Mehrgenerationenhäuser in Gegenden mit guter Versorgung mit vernetzten  
483 Einkaufsmöglichkeiten und Freizeitangeboten
- 484 • dezentrale medizinische Versorgung gewährleisten, evtl. in Ortsteilzentren  
485 integrieren
- 486 • Stadteigene Gewerbeflächen vorrangig inhaber\*ingeführten, nachhaltig  
487 wirtschaftenden und gemeinwohlorientierten Projekten und Unternehmen zur  
488 Verfügung stellen
- 489 • Regulierung des Wachstums durch das Baurecht (Bebauungspläne), Schutz der  
490 Wohnfunktion
- 491 • Wir wollen bei neuen und bestehenden öffentlichen Plätzen  
492 geschlechterdifferenzierte Analysen durchführen und die Sicherheit für  
493 Frauen und andere diskriminierte Personengruppen gewährleisten.

## 494 **Potsdamer Mitte weiterentwickeln**

495 Die Stadt hat sich für die Gestaltung der Potsdamer Mitte mit dem  
496 Landtagsschloss, der Haveluferbebauung, einem modernen Lustgarten und der  
497 Qualifizierung der öffentlichen Platzflächen und Räume entschieden und sichtbare  
498 Veränderungen bewirkt. Es wurden neue Erlebnisräume geschaffen und für die  
499 weitere Entwicklung sozialpolitische und gestalterische Weichen gestellt. Der  
500 lebhaft öffentliche Diskurs hat zur Qualifizierung der Beschlüsse geführt und  
501 wird auch die weiteren Entscheidungen prägen. Ziel ist eine multifunktionale,  
502 vor allem kulturräffine Stadtmitte, mit sozialverträglichen Mieten, hoher  
503 gestalterischer Qualität und lebendigen Räumen. Mit den Planungsprozessen und  
504 der sozialverträglichen Vergabe vor allem an Potsdamer  
505 Wohnungsbaugenossenschaften ist das neue Quartier am Alten  
506 Markt ein gelungener Modellfall für Deutschland. Um die Lebensqualität am  
507 künftigen Quartier zu erhöhen, setzen wir uns u.a. für eine Qualifizierung der  
508 Grünplanung ein.

509 Dafür machen wir uns stark:

- 510 • Weiterentwicklung der Potsdamer Mitte durch qualifizierte Verfahren und  
511 Beteiligung der Öffentlichkeit am Südrand des Lustgartens und im

- 512 Zusammenhang mit dem Kunst- und Kreativ-Quartier an der Plantage/Feuerwache  
513 (siehe Kapitel Kultur).
- 514 • Auch im Baufeld 4 an der Stadt- und Landesbibliothek Entwicklung  
515 Konzeptvergabe mit gestalterischen, wirtschaftlichen und insbesondere  
516 sozialen Kriterien, Prüfung eines Angebots altersgerechter Wohnungen.
- 517 • Beim Baukomplex Am Alten Markt 10 (Staudenhof) Einhaltung der  
518 wirtschaftlichen, sozial- und wohnungspolitischen Prämissen sowie  
519 Schaffung eines Modellquartiers für offene, kollektive Wohnformen und  
520 nichtkommerzielle Begegnungsräume durch die Pro Potsdam.
- 521 • Mehr Bäume auf dem Alten Markt, Steubenplatz und Lustgarten.

## 522 **Kommunale Forderungen an Bund und Land**

523 Über den Deutschen Städtetag soll Potsdam mit folgenden Forderungen auf  
524 grundlegende Änderungen auf Bundes- und Landesebene hinwirken.

525 Dafür machen wir uns stark:

- 526 • Kostenlose Abgabe von Grundstücken für gemeinnützigen Wohnungsbau und  
527 soziale Infrastruktur an die Kommunen
- 528 • Förderungen gemeinnützigen, genossenschaftlichen Wohnungsbaus mit  
529 deutlicher Erhöhung der Bindungsfristen
- 530 • Schaffung rechtlicher Grundlagen zum Aufbau einer kommunalen Bodenstiftung  
531 (zur Sicherung öffentlicher Funktionen und des sozialen Wohnungsbaus)
- 532 • Novellierung des Mietrechts zur stärkeren Begrenzung des Mieteranstiegs  
533 entsprechend dem „Münchener Ratschlag zur Bodenpolitik“, 2018
- 534 • bundeseinheitliche Regelung zur frühzeitigen Einbindung von Mietern zur  
535 Abstimmung des tatsächlichen Sanierungsbedarfs von Wohnungen.  
536 Sanierung die nur der Wertsteigerung der Immobilien und einer Erhöhung der  
537 Mieten dienen, wollen wir verhindern.
- 538 • Kreditaufnahme für das Studentenwerk für den Bau von  
539 Studierendenwohnheimen zulassen
- 540 • Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur Verhinderung gewerblicher Umnutzung  
541 von Wohnraum, z.B. durch Airbnb und zur Verhinderung des spekulativen  
542 leer stehen lassens von Wohnraum

## A3NEU5 Natur- und Umweltschutz im wachsenden Potsdam

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 16.01.2019

### Text

#### 543 Ressourcenmanagement

544 In einer dicht besiedelten Stadt wie Potsdam lassen sich ausreichende Ressourcen  
545 in guter Qualität nur durch klare Abstimmung von Nutzungsmaßen und deren  
546 Management – und Kontrolle – erreichen. Es existieren datenbasierte Erfahrungen  
547 dazu (Klimaschutzkonzept, Aktionsplan Masterplan Kommune Klimaschutz bis 2050).  
548 Wir wollen sie einsetzen und zur Qualifizierung von klaren Maßen von ihrer  
549 Nutzung oder auch ihren Einflüssen, wie bei den Schadstoffen nutzen. Potsdam hat  
550 Probleme beim Lärm (z.B. Bahntrassen längs der Wohnbebauungen in Babelsberg, P-  
551 West, Nutheschnellstraße) , bei Luftschadstoffen (Feinstaub, NO<sub>x</sub>,  
552 Schwermetallen), Boden- und Wasserschadstoffen (Altlasten,  
553 Grundwasserbelastungen, Schadstoffeinträge z.B. bei Graffitibeseitigungen).

554 Wir wollen klare Grenzen, die zukünftige Entwicklungen nicht in Frage stellen  
555 und Potsdam lebenswert erhalten. Hierbei soll der Schutz von Grünflächen stärker  
556 berücksichtigt werden, und in Einzelfallprüfungen für den jeweiligen Standort,  
557 die Interessen zur Bebauung mit dem Erhalt der Natur sorgfältig abgewogen  
558 werden.

559 Auch unter hohem Wachstumsdruck lässt sich in Potsdam ausreichend Grün erhalten,  
560 in guter Qualität aber nur durch überlegte Entwicklung der Siedlungen und Schutz  
561 wertvollen Grüns. Oft ist das Grün der entscheidende Punkt für hohe  
562 Lebensqualität und die Attraktivität Potsdams. Aber auch Wildtiere wie Vögel und  
563 Insekten profitieren davon. Das soll so bleiben. Auch wenn eine vorsichtige  
564 Verdichtung der Stadt sinnvoll ist, müssen die Funktionen und Werte der grünen  
565 Adern durch die Stadt, ihre Plätze und Parks möglichst vollständig erhalten  
566 bleiben.

567 Erst recht wenn es sich um kulturell bedeutendes Grün geht wiegt deren Wert  
568 Gewinne durch Neubebauung und Verdichtung schnell auf. Es geht gerade hier um  
569 eine Festlegung der Entwicklung Potsdams zugunsten von Grün. Durch das  
570 Umweltmonitoring (Grünvolumen) liegen seit 1992 für Potsdam zuverlässige Daten  
571 vor, um die Entwicklung anhand von überprüfbaren Indikatoren ausgewogen zu  
572 gestalten.

573 Für alle Lagen in der Stadt sollen tragfähige Werte gefunden und minimale  
574 Grünmengen und anzustrebende Grünmengen vereinbart werden.

575 Dafür machen wir uns stark:

- 576 • klare Grenzen, die zukünftige Entwicklungen nicht in Frage stellen
- 577 • Refugien erhalten
- 578 • Konkret Standorte ansprechen und lokale Lösungen zur Konfliktbewältigung  
579 finden
- 580 • Konsequente Umsetzung des Maßnahmenkatalogs aus dem Potsdamer  
581 Klimaschutzkonzept
- 582 • Konsequente Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen aus dem Beschluss zum  
583 Potsdamer Klimaschutz Masterplan „100 % Klimaschutzkommune“ bis 2050
- 584 • Fortschreibung und konsequente Umsetzung des Potsdamer Lärmaktionsplans
- 585 • Fortschreibung und konsequente Umsetzung des Potsdamer Luftreinhalteplans
- 586 • Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele
- 587 • Einbindung des Know-Hows wissenschaftlicher Einrichtung in Potsdam durch  
588 Kooperationen mit z.B.: PIK, UNI, FH, IASS, GFZ, ATB, ETB, DIfE.

## 589 **Mehr Bäume für Potsdam**

590 Der Baumbestand in Potsdam besonders in den Straßen ist nicht nur zu erhalten,  
591 sondern in kommenden Jahren deutlich zu erhöhen. Dies ist nicht nur aus  
592 ästhetischen Gründen erstrebenswert, sondern verbessert auch das Kleinklima in  
593 Potsdam und stabilisiert den Wasserhaushalt. Ein besonderes Augenmerk soll den  
594 Alleen in und um Potsdam gelten. Sie sind nicht nur als wichtige  
595 Naturbestandteile und Luftreiniger, sondern auch als Bestandteil der  
596 Kulturgeschichte und landschaftsprägende Bestandteile zu erhalten und zu  
597 erneuern.

## 598 **Naturhaushaltsplan aufstellen**

599 In den Städten wird das Ziel der nachhaltigen Entwicklung konkret. Wir möchten,  
600 dass Potsdam in Zukunft neben den finanziellen und personellen Ressourcen auch  
601 über die natürlichen Ressourcen der Stadt Rechenschaft ablegt. Dazu soll die  
602 Stadt einen Naturhaushaltsplan erstellen, in dem Budgetgrenzen für die  
603 Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen und Ziele für die Umweltqualität gesetzt  
604 werden. Mit einem solchen "Ökobudget" erhält die Potsdamer Kommunalpolitik ein  
605 Rahmensteuerungsinstrument, mit dem die natürlichen Ressourcen der Stadt im  
606 Querschnitt über alle Einzelprodukte des städtischen Haushaltes anhand von  
607 definierten Kennzahlen und zeitbezogenen Zielen geschickt organisiert werden.

## 608 **Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung**

609 Auch in einer dicht besiedelten Stadt wie Potsdam lässt sich ausreichend Wasser  
610 in guter Qualität nur durch den Einsatz von effizienten Anlagen zur  
611 Abwasserbehandlung und -wiederverwendung sowie zur Trinkwasseraufbereitung  
612 sicherstellen. Mit fortschrittlichen Technologien sowohl für die kommunale  
613 Wasserwirtschaft als auch für industrielle Anlagen sind Wasser- und  
614 Abwasserlösungen mit Hilfe von Filtrationstechnologien, über Biofeststoff-  
615 Management bis hin zu modernen Prozesssteuerungen Wassermanagement-Lösungen  
616 möglich.

617 Demografische Veränderungen, die Klimakrise, die Energiewende, das Alter der  
618 installierten Technik: Der Anpassungs- und Modernisierungsdruck bei den  
619 Infrastrukturen zur Wasserversorgung bzw. Abwasserentsorgung ist enorm.  
620 Innerstädtische Überflutungen und gewässerschädliche Mischwasserüberläufe  
621 infolge von überlasteten Kanälen bei Starkregen sind auch in Potsdam weit  
622 verbreitet und bereiten ernsthafte Probleme.

623 Die zunehmende und flächendeckende Belastung von Gewässern mit anthropogenen  
624 Spurenstoffen wie Arzneimitteln, Industriechemikalien oder Pflanzenschutzmitteln  
625 stellt gesteigerte Anforderungen an die Behandlungsverfahren für Trinkwasser und  
626 Abwasser zugleich.

627 Nicht zuletzt ist die ressourcenintensive Wasserwirtschaft dazu aufgefordert,  
628 ihren Beitrag zum Gelingen der Energiewende zu leisten.

629 Dafür machen wir uns stark:

- 630 • Bei künftigen Neubauten und Bestandssanierungen sind Grau- und  
631 Schwarzwasserkreisläufe mit zu planen (z.B. Aufbereitung von Abwasser aus  
632 Dusche/Badewanne zur Wiederverwendung als Toilettenspülwasser).
- 633 • Großflächenversickerung auf geeigneten Flächen.
- 634 • Grundwasserneubildung über Uferfiltration.
- 635 • Sparsamer und effizienterer Umgang mit kostbarem Trinkwasser.
- 636 • Erstellung von Notfallplänen für eventuelle Versorgungsengpässe.

637 Angesichts zunehmender Trockenheit in den Sommern gilt es, das Wasser in der  
638 Landschaft zu halten. Die Verunreinigung von Seen und Flüssen durch ungeklärte  
639 Einleitung von Straßenwasser zu unterbinden. Das Wasser von versiegelten Flächen  
640 ist daher vorrangig zu versickern, statt in Flüsse und Seen eingeleitet zu  
641 werden.

642 Dafür machen wir uns stark:

- 643 • Entfernung anthropogener Spurenstoffe (z.B. multiresistente Keime).
- 644 • Phosphatrecycling.
- 645 • Abgereinigtes Wasser in der Region halten (Stichpunkt:  
646 Großflächenversickerung).

## 647 **Abfallwirtschaft in Potsdam weiter verbessern**

648 Die Stadt Potsdam hat bereits viele, aber noch nicht sämtliche Ziele in der  
649 Abfallpolitik erreicht. Sie darf sich daher nicht auf dem Erreichten ausruhen.  
650 Beim Abfallmanagement steht Abfallvermeidung an erster Stelle. Es muss weiter  
651 daran gearbeitet werden, Vermeidung, Erfassung und Verwertung von Abfällen unter  
652 umwelt- und ressourcenpolitischen Gesichtspunkten zu verbessern.

653 Dafür machen wir uns stark:

- 654 • In Potsdam soll, wie in vielen anderen Kommunen auch, eine Wertstofftonne  
655 anstelle der gelben Tonne eingeführt werden, in der neben Verpackungen  
656 auch andere, stoffgleiche Abfälle gesammelt werden.
- 657 • Transparenz und Informationen darüber, wie die eingesammelten Abfälle  
658 tatsächlich entsorgt bzw. verwertet werden um überprüfen zu können, ob und  
659 wie die Vorgaben des Abfallwirtschaftsgesetzes eingehalten werden.
- 660 • Der innerstädtische Wertstoffhof in Babelsberg sollte neben dem zentralen  
661 Wertstoffhof in Drewitz aus Gründen der Nutzerfreundlichkeit und der  
662 Verkehrsvermeidung erhalten und im Potsdamer Norden ein weiterer  
663 Wertstoffhof eingerichtet werden.
- 664 • Um die bisherigen Überlegungen, mit umliegenden Landkreisen eine  
665 Verwertung von Bioabfällen in einer gemeinsamen Bioabfallvergärungsanlage  
666 vorzunehmen, müssen die Stadt und die Stadtentsorgung Potsdam (STEP) am  
667 Vorhaben festhalten und es zeitnah umsetzen.
- 668 • Bei städtischen und bei privat organisierten Großveranstaltungen sind  
669 Abfälle durch Nutzung von Einweggeschirr möglichst zu vermeiden. Dies ist  
670 im Rahmen der ordnungsrechtlichen Genehmigung von der Stadt vertraglich  
671 festzuschreiben.
- 672 • Das Mehrweg-Pfandbechersystem „PotsPresso“ ist perspektivisch und  
673 organisatorisch beim städtischen Entsorger StEP anzusiedeln.

## 674 **Umweltausschuss zum Umwelt- und Klimaausschuss** 675 **machen**

676 Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und landwirtschaftliche Entwicklung in  
677 der Stadtverordnetenversammlung muss endlich ein Fachausschuss werden, der den  
678 umwelt- und klimapolitischen Herausforderungen in der Landeshauptstadt Potsdam  
679 gerecht wird. Bisher interessieren sich die meisten Stadtverordneten in diesem  
680 Ausschuss kaum für Nachhaltigkeitsthemen – und so gut wie gar nicht für Energie-  
681 und Klimapolitik. Dies muss anders werden! In diesem Ausschuss sollen zukünftig  
682 vorwiegend Entscheidungen unter dem Klima- und Nachhaltigkeitsgesichtspunkten  
683 diskutiert und entschieden werden. Auch der Neubau von Straßen ist durch den  
684 Umwelt- und Klimaausschuss zu prüfen.

685 **Netzwerkarbeit und Bürgerbeteiligung für Klima-**  
686 **und Umweltschutz**

687 Dafür machen wir uns stark:

- 688 • Bestehende Foren und Netzwerke ausbauen. Hinter der Kommunikation darf  
689 nicht nur die bloße Information von Bürger\*innen stehen, sondern es muss  
690 ein Gesamtkonzept geben, das auch eine Dialogkomponente und die  
691 Beteiligungsmöglichkeiten berücksichtigt.
- 692 • Klimapreis zur Klimawoche weiterentwickeln (z.B. autofreie Tage).
- 693 • Stadtteilkonferenzen als neues Format des kommunalen Klimaschutzes. Das  
694 Kernelement für den Bereich Haushalte ist dabei die Erstellung eines  
695 integrierten Kommunikationskonzeptes.
- 696 • Entwicklung von neuen Kommunikationsstrategien.
- 697 • Akteure aus der Zivilgesellschaft identifizieren, zusammenzubringen und so  
698 bereits vorhandenes Engagement für die Öffentlichkeit sichtbar zu machen.
- 699 • Bildung einer Klimapartnerschaft.
- 700 • Bestehenden Angebote fortführen und weiter ausbauen.

## Beschluss Natur- und Umweltschutz im wachsenden Potsdam

Gremium: KVM Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

### Text

#### 701 Ressourcenmanagement

702 In einer dicht besiedelten Stadt wie Potsdam lassen sich ausreichende Ressourcen  
703 in guter Qualität nur durch klare Abstimmung von Nutzungsmaßen und deren  
704 Management – und Kontrolle – erreichen. Es existieren datenbasierte Erfahrungen  
705 dazu (Klimaschutzkonzept, Aktionsplan Masterplan Kommune Klimaschutz bis 2050).  
706 Wir wollen sie einsetzen und zur Qualifizierung von klaren Maßen von ihrer  
707 Nutzung oder auch ihren Einflüssen, wie bei den Schadstoffen nutzen. Potsdam hat  
708 Probleme beim Lärm (z.B. Bahntrassen längs der Wohnbebauungen in Babelsberg, P-  
709 West, Nutheschnellstraße) , bei Luftschadstoffen (Feinstaub, NO<sub>x</sub>,  
710 Schwermetallen), Boden- und Wasserschadstoffen (Altlasten,  
711 Grundwasserbelastungen, Schadstoffeinträge z.B. bei Graffitibeseitigungen).

712 Wir wollen klare Grenzen, die zukünftige Entwicklungen nicht in Frage stellen  
713 und Potsdam lebenswert erhalten. Hierbei soll der Schutz von Grünflächen stärker  
714 berücksichtigt werden, und in Einzelfallprüfungen für den jeweiligen Standort,  
715 die Interessen zur Bebauung mit dem Erhalt der Natur sorgfältig abgewogen  
716 werden.

717 Auch unter hohem Wachstumsdruck lässt sich in Potsdam ausreichend Grün erhalten,  
718 in guter Qualität aber nur durch überlegte Entwicklung der Siedlungen und Schutz  
719 wertvollen Grüns. Oft ist das Grün der entscheidende Punkt für hohe  
720 Lebensqualität und die Attraktivität Potsdams. Aber auch Wildtiere wie Vögel und  
721 Insekten profitieren davon. Das soll so bleiben. Auch wenn eine vorsichtige  
722 Verdichtung der Stadt sinnvoll ist, müssen die Funktionen und Werte der grünen  
723 Adern durch die Stadt, ihre Plätze und Parks möglichst vollständig erhalten  
724 bleiben.  
725 Erst recht wenn es sich um kulturell bedeutendes Grün geht wiegt deren Wert  
726 Gewinne durch Neubebauung und Verdichtung schnell auf. Es geht gerade hier um  
727 eine Festlegung der Entwicklung Potsdams zugunsten von Grün. Durch das  
728 Umweltmonitoring (Grünvolumen) liegen seit 1992 für Potsdam zuverlässige Daten  
729 vor, um die Entwicklung anhand von überprüfbaren Indikatoren ausgewogen zu  
730 gestalten.

731 Für alle Lagen in der Stadt sollen tragfähige Werte gefunden und minimale  
732 Grünmengen und anzustrebende Grünmengen vereinbart werden.

733 Dafür machen wir uns stark:

- 734 • klare Grenzen, die zukünftige Entwicklungen nicht in Frage stellen
- 735 • Refugien erhalten
- 736 • Konkret Standorte ansprechen und lokale Lösungen zur Konfliktbewältigung  
737 finden
- 738 • Konsequente Umsetzung des Maßnahmenkatalogs aus dem Potsdamer  
739 Klimaschutzkonzept
- 740 • Konsequente Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen aus dem Beschluss zum  
741 Potsdamer Klimaschutz Masterplan „100 % Klimaschutzkommune“ bis 2050
- 742 • Fortschreibung und konsequente Umsetzung des Potsdamer Lärmaktionsplans
- 743 • Fortschreibung und konsequente Umsetzung des Potsdamer Luftreinhalteplans
- 744 • Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele
- 745 • Einbindung des Know-Hows wissenschaftlicher Einrichtung in Potsdam durch  
746 Kooperationen mit z.B.: PIK, UNI, FH, IASS, GFZ, ATB, ETB, DIfE.

## 747 **Mehr Bäume für Potsdam**

748 Der Baumbestand in Potsdam besonders in den Straßen ist nicht nur zu erhalten,  
749 sondern in kommenden Jahren deutlich zu erhöhen. Dies ist nicht nur aus  
750 ästhetischen Gründen erstrebenswert, sondern verbessert auch das Kleinklima in  
751 Potsdam und stabilisiert den Wasserhaushalt. Ein besonderes Augenmerk soll den  
752 Alleen in und um Potsdam gelten. Sie sind nicht nur als wichtige  
753 Naturbestandteile und Luftreiniger, sondern auch als Bestandteil der  
754 Kulturgeschichte und landschaftsprägende Bestandteile zu erhalten und zu  
755 erneuern.

## 756 **Naturhaushaltsplan aufstellen**

757 In den Städten wird das Ziel der nachhaltigen Entwicklung konkret. Wir möchten,  
758 dass Potsdam in Zukunft neben den finanziellen und personellen Ressourcen auch  
759 über die natürlichen Ressourcen der Stadt Rechenschaft ablegt. Dazu soll die  
760 Stadt einen Naturhaushaltsplan erstellen, in dem Budgetgrenzen für die  
761 Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen und Ziele für die Umweltqualität gesetzt  
762 werden. Mit einem solchen "Ökobudget" erhält die Potsdamer Kommunalpolitik ein  
763 Rahmensteuerungsinstrument, mit dem die natürlichen Ressourcen der Stadt im  
764 Querschnitt über alle Einzelprodukte des städtischen Haushaltes anhand von  
765 definierten Kennzahlen und zeitbezogenen Zielen geschickt organisiert werden.

## 766 **Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung**

767 Auch in einer dicht besiedelten Stadt wie Potsdam lässt sich ausreichend Wasser  
768 in guter Qualität nur durch den Einsatz von effizienten Anlagen zur  
769 Abwasserbehandlung und -wiederverwendung sowie zur Trinkwasseraufbereitung  
770 sicherstellen. Mit fortschrittlichen Technologien sowohl für die kommunale  
771 Wasserwirtschaft als auch für industrielle Anlagen sind Wasser- und  
772 Abwasserlösungen mit Hilfe von Filtrationstechnologien, über Biofeststoff-  
773 Management bis hin zu modernen Prozesssteuerungen Wassermanagement-Lösungen  
774 möglich.

775 Demografische Veränderungen, die Klimakrise, die Energiewende, das Alter der  
776 installierten Technik: Der Anpassungs- und Modernisierungsdruck bei den  
777 Infrastrukturen zur Wasserversorgung bzw. Abwasserentsorgung ist enorm.  
778 Innerstädtische Überflutungen und gewässerschädliche Mischwasserüberläufe  
779 infolge von überlasteten Kanälen bei Starkregen sind auch in Potsdam weit  
780 verbreitet und bereiten ernsthafte Probleme.

781 Die zunehmende und flächendeckende Belastung von Gewässern mit anthropogenen  
782 Spurenstoffen wie Arzneimitteln, Industriechemikalien oder Pflanzenschutzmitteln  
783 stellt gesteigerte Anforderungen an die Behandlungsverfahren für Trinkwasser und  
784 Abwasser zugleich.

785 Nicht zuletzt ist die ressourcenintensive Wasserwirtschaft dazu aufgefordert,  
786 ihren Beitrag zum Gelingen der Energiewende zu leisten.

787 Dafür machen wir uns stark:

- 788 • Bei künftigen Neubauten und Bestandssanierungen sind Grau- und  
789 Schwarzwasserkreisläufe mit zu planen (z.B. Aufbereitung von Abwasser aus  
790 Dusche/Badewanne zur Wiederverwendung als Toilettenspülwasser).
- 791 • Großflächenversickerung auf geeigneten Flächen.
- 792 • Grundwasserneubildung über Uferfiltration.
- 793 • Sparsamer und effizienterer Umgang mit kostbarem Trinkwasser.
- 794 • Erstellung von Notfallplänen für eventuelle Versorgungsengpässe.

795 Angesichts zunehmender Trockenheit in den Sommern gilt es, das Wasser in der  
796 Landschaft zu halten. Die Verunreinigung von Seen und Flüssen durch ungeklärte  
797 Einleitung von Straßenwasser zu unterbinden. Das Wasser von versiegelten Flächen  
798 ist daher vorrangig zu versickern, statt in Flüsse und Seen eingeleitet zu  
799 werden.

800 Dafür machen wir uns stark:

- 801 • Entfernung anthropogener Spurenstoffe (z.B. multiresistente Keime).
- 802 • Phosphatrecycling.
- 803 • Abgereinigtes Wasser in der Region halten (Stichpunkt:  
804 Großflächenversickerung).

## 805 **Abfallwirtschaft in Potsdam weiter verbessern**

806 Die Stadt Potsdam hat bereits viele, aber noch nicht sämtliche Ziele in der  
807 Abfallpolitik erreicht. Sie darf sich daher nicht auf dem Erreichten ausruhen.  
808 Beim Abfallmanagement steht Abfallvermeidung an erster Stelle. Es muss weiter  
809 daran gearbeitet werden, Vermeidung, Erfassung und Verwertung von Abfällen unter  
810 umwelt- und ressourcenpolitischen Gesichtspunkten zu verbessern.

811 Dafür machen wir uns stark:

- 812 • In Potsdam soll, wie in vielen anderen Kommunen auch, eine Wertstofftonne  
813 anstelle der gelben Tonne eingeführt werden, in der neben Verpackungen  
814 auch andere, stoffgleiche Abfälle gesammelt werden.
- 815 • Transparenz und Informationen darüber, wie die eingesammelten Abfälle  
816 tatsächlich entsorgt bzw. verwertet werden um überprüfen zu können, ob und  
817 wie die Vorgaben des Abfallwirtschaftsgesetzes eingehalten werden.
- 818 • Der innerstädtische Wertstoffhof in Babelsberg sollte neben dem zentralen  
819 Wertstoffhof in Drewitz aus Gründen der Nutzerfreundlichkeit und der  
820 Verkehrsvermeidung erhalten und im Potsdamer Norden ein weiterer  
821 Wertstoffhof eingerichtet werden.
- 822 • Um die bisherigen Überlegungen, mit umliegenden Landkreisen eine  
823 Verwertung von Bioabfällen in einer gemeinsamen Bioabfallvergärungsanlage  
824 vorzunehmen, müssen die Stadt und die Stadtentsorgung Potsdam (STEP) am  
825 Vorhaben festhalten und es zeitnah umsetzen.
- 826 • Bei städtischen und bei privat organisierten Großveranstaltungen sind  
827 Abfälle durch Nutzung von Einweggeschirr möglichst zu vermeiden. Dies ist  
828 im Rahmen der ordnungsrechtlichen Genehmigung von der Stadt vertraglich  
829 festzuschreiben.
- 830 • Das Mehrweg-Pfandbechersystem „PotsPresso“ ist perspektivisch und  
831 organisatorisch beim städtischen Entsorger StEP anzusiedeln.

## 832 **Umweltausschuss zum Umwelt- und Klimaausschuss** 833 **machen**

834 Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und landwirtschaftliche Entwicklung in  
835 der Stadtverordnetenversammlung muss endlich ein Fachausschuss werden, der den  
836 umwelt- und klimapolitischen Herausforderungen in der Landeshauptstadt Potsdam  
837 gerecht wird. Bisher interessieren sich die meisten Stadtverordneten in diesem  
838 Ausschuss kaum für Nachhaltigkeitsthemen – und so gut wie gar nicht für Energie-  
839 und Klimapolitik. Dies muss anders werden! In diesem Ausschuss sollen zukünftig  
840 vorwiegend Entscheidungen unter dem Klima- und Nachhaltigkeitsgesichtspunkten  
841 diskutiert und entschieden werden. Auch der Neubau von Straßen ist durch den  
842 Umwelt- und Klimaausschuss zu prüfen.

843 **Netzwerkarbeit und Bürgerbeteiligung für Klima-**  
844 **und Umweltschutz**

845 Dafür machen wir uns stark:

- 846 • Bestehende Foren und Netzwerke ausbauen. Hinter der Kommunikation darf  
847 nicht nur die bloße Information von Bürger\*innen stehen, sondern es muss  
848 ein Gesamtkonzept geben, das auch eine Dialogkomponente und die  
849 Beteiligungsmöglichkeiten berücksichtigt.
- 850 • Klimapreis zur Klimawoche weiterentwickeln (z.B. autofreie Tage).
- 851 • Stadtteilkonferenzen als neues Format des kommunalen Klimaschutzes. Das  
852 Kernelement für den Bereich Haushalte ist dabei die Erstellung eines  
853 integrierten Kommunikationskonzeptes.
- 854 • Entwicklung von neuen Kommunikationsstrategien.
- 855 • Akteure aus der Zivilgesellschaft identifizieren, zusammenzubringen und so  
856 bereits vorhandenes Engagement für die Öffentlichkeit sichtbar zu machen.
- 857 • Bildung einer Klimapartnerschaft.
- 858 • Bestehenden Angebote fortführen und weiter ausbauen.

## A4NEU3 Klimaschutz fängt vor Ort an!

Antragsteller\*innen:

### Text

859 Die Klimakrise verändert die Welt, in der wir leben, entscheidend. Sie hat  
860 vielfältige Auswirkungen auf Natur, Gesellschaft und Wirtschaft und damit auch  
861 auf unser tägliches Leben. Erschreckende Beispiele, wie tauende Gletscher,  
862 verändertes Verhalten von Zugvögeln, Artensterben, Dürresommer, Waldbrände,  
863 Flutkatastrophen, Orkanbildungen oder veränderte Jahreszeiten sind bereits die  
864 ersten Vorboten.

865 Auch in unserer Region Berlin-Brandenburg haben die klimatischen Veränderungen  
866 schon erhebliche Auswirkungen. Sommerliche Dürreperioden, großflächige  
867 Waldbrände und sinkende Grundwasserstände, gehen einher mit Orkan- und  
868 Starkregenereignissen, die auch zu erheblichen Veränderungen von Flora und Fauna  
869 führen.

870  
871 Die Pariser Klimaschutzziele können wir nur erreichen, wenn wir auch auf  
872 kommunaler Ebene alle geeigneten Maßnahmen unverzüglich und konsequent umsetzen.  
873 Potsdam hat das Potential, zu einer Modellkommune für lokalen Klimaschutz zu  
874 werden. Daran wollen wir gemeinsam in einem breit angelegten Bündnis aus  
875 Bürger\*innen, Verwaltung, kommunalen Unternehmen und lokaler Wirtschaft  
876 arbeiten.

877 Zukunftsweisende Mobilität, energieeffiziente Gebäude und intelligente  
878 Energieversorgungseinrichtungen und -netze müssen das Wachstum der Stadt Potsdam  
879 nachhaltig gestalten. Mit innovativen Technologien können auch Potsdamer  
880 Stadtplaner\*innen die Stadt umweltfreundlicher machen, ihr eine höhere  
881 Lebensqualität bieten und dabei Kosten sparen.

882 Dafür machen wir uns stark:

- 883 • konsequente Umsetzung der bereits von der Stadtverordnetenversammlung  
884 beschlossenen Klimaschutzziele (20 % CO<sub>2</sub>-Reduzierung bis 2020 und  
885 mittelfristige Erreichung der Klima-Bündnisvorgabe von 2,5 t CO<sub>2</sub> pro  
886 Einwohner):
  - 887 ◦ Klimatische Ausgleichsfunktion zur Unterstützung bei der  
888 Klimaanpassung;
  - 889 ◦ Renaturierung, Sicherung und nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern  
890 und Niedermooren;
  - 891 ◦ Sofortige Umsetzung der Maßnahmen mit großem CO<sub>2</sub>-  
892 Reduktionspotenzial.
- 893 • mit der Stadt als vorbildlicher Akteur die konsequente Weiterverfolgung  
894 des Weges zur 100% Masterplan-Kommune Klimaschutz bis 2050, zur Minderung  
895 der CO<sub>2</sub>-Emissionen durch:
  - 896 ◦ klimaverträgliche Wärmedämmung der Gebäude;

- 897           ◦ Einsatz effizienter Kraft-Wärme-Kopplung;
- 898           ◦ sparsamer Elektrogeräte und Beleuchtungssysteme
- 899           ◦ sowie regenerative Energieerzeugung;
- 900           ◦ Potsdam durch Senkung der Abgas- und Emissionswerte für bessere
- 901           Luftqualität
- 902           ◦ und den Ausbau von Grünflächen.

## 903 Nachhaltige Bauleitplanung als Bündelung der 904 Fachplanungen

905 Die Bauleitplanung ist ein elementarer Bestandteil der kommunalen  
906 Selbstverwaltung. Baugesetzbuch, Naturschutzgesetz, Raumordnungs- und  
907 Landesplanungsgesetz geben dabei den Rahmen für eine nachhaltige  
908 Siedlungsentwicklung vor.

909 Zum Klimaschutz sind bei der Siedlungsentwicklung auch energetische  
910 Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Kurze Wege, eine gute Anbindung an den  
911 öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) sowie eine energetisch effiziente  
912 Bauweise und Energieversorgung sind Elemente einer energieoptimierten  
913 Siedlungsentwicklung.

914 Um die Anforderungen des Klimaschutzes in die Stadtentwicklung zu integrieren  
915 und gesamtstädtisch einzubetten, bieten das integrierte Klimaschutzkonzept  
916 Potsdams sowie das Maßnahmenpaket aus der Masterplan Kommune Klimaschutz gute  
917 Voraussetzungen. Nun gilt es, hieraus eine verbindlichere „Energie- und  
918 Klimaleitplanung“ zu entwickeln, mit der Schwerpunkte der Energieeinsparung und  
919 der Energieversorgung formuliert werden, Zielkonflikte abgewogen und Synergien  
920 hergestellt werden. Eine verbindliche "Energie- und Klimaleitplanung" kann eine  
921 integrative und kommunikative Wirkung sowohl in Hinblick auf die gesamte  
922 Stadtentwicklungspolitik, als auch auf die meist technisch ausgerichteten  
923 Einzelmaßnahmen entfalten.

924 Die Abwägung der Umweltbelange ist auch in größerem Zusammenhang zu betrachten.

925 Potsdam ist Bestandteil des sogenannten engeren Verflechtungsraumes Berlin-  
926 Brandenburg – einem wachsenden eng besiedelten Siedlungsraumes. Viele Erfolge  
927 zur Klimaanpassung und Energieeffizienzsteigerung können insbesondere in  
928 interkommunaler Zusammenarbeit erreicht werden: mit unseren Nachbarn, die oft  
929 auch Potsdams Angebote nutzen, seien es z.B. die Verkehrsnetze, die nicht an der  
930 Stadtgrenze enden, oder Hochschulen und Einkaufsmöglichkeiten.

931 Dafür machen wir uns stark:

- 932           • Alle Möglichkeiten der klimagerechten Bauleitplanung (Flächennutzungsplan  
933           und Bebauungspläne) in die Planungen einbeziehen.
- 934           • Anwendung des reformierten Städtebauinstrumentariums (z.B. Planungs- und  
935           Sanierungsrecht für Klimabelange einsetzen, Quartierskonzepte statt

- 936 Individuallösungen präferieren, Voraussetzungen für KfW-Gebäuförderung  
937 nutzen).
- 938 • Parallel zur existierenden verbindlichen Bauleitplanung ist eine  
939 Energieleitplanung als neues, dauerhaftes Planungsinstrument der Stadt zu  
940 schaffen. Auch die Energieleitplanung muss soweit wie möglich  
941 verbindlichen Charakter haben.
  - 942 • Ausbau der Verbundstrategie mit klaren Zielvereinbarungen  
943 zwischenkommunalen Unternehmen und der Stadt. Dazu soll ein  
944 Klimaschutzbezogenes Bonus-Malus-System bei der Vergütung von  
945 Entscheidungsträgern eingeführt werden. Dabei ist der Energieverbrauch  
946 sowie der CO<sub>2</sub>-Ausstoß sowohl bei den kommunalen Beteiligungen der  
947 Landeshauptstadt Potsdam als auch in der Verwaltung deutlich zu senken und  
948 über Zielvereinbarungen mit den jeweiligen Geschäftsführern sowie den  
949 Geschäftsbereichen verbindlich festzulegen.
  - 950 • Optimierung der energetischen Sanierung im Denkmalschutz und im UNESCO-  
951 Welterbe.
  - 952 • Bei der Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen die technischen, baulich-  
953 gestalterischen, ökonomischen, demografischen sowie ökologischen Ansprüche  
954 an Gebäude, mit bewährten und innovativen technischen Lösungen im Sinne  
955 der Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen. Nachhaltiges Bauen setzt eine  
956 ganzheitliche Betrachtung eines Gebäudes voraus.
  - 957 • Die regelmäßige Unterstützung energieeffizienter und ökologischer  
958 Sanierungen von Gebäuden durch die Klimastadt Potsdam: Hierfür fordern wir  
959 die Einrichtung eines Klimaschutzfonds, aus dem höhere Investive Ausgaben  
960 für den Klimaschutz sinnvoll abgepuffert werden können.
  - 961 • Innovative, aufeinander abgestimmte Lichtsysteme für den Innen- wie  
962 Außenbereich, die arbeitsaktives Licht mit hoher Wirtschaftlichkeit und  
963 Umweltfreundlichkeit verbinden. Wir fordern dies mit dem beschlossenen  
964 Lichtmasterplan für die Landeshauptstadt Potsdam umzusetzen: Moderne  
965 Beleuchtung sollte eine positive Lichtatmosphäre schaffen, die  
966 Lichtverschmutzung reduzieren und Energie sparen.
  - 967 • Typologisierung von Stadtgebieten zum Zweck geeignete Maßnahmen zum  
968 Klimaschutz individuell und passgenau umzusetzen.

## 969 **Energieversorgung und Infrastruktur**

970 Der städtische Strom- und Wärmerzeuger Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP)  
971 muss so schnell wie möglich den mittel- bis langfristigen Umstieg auf 100 %  
972 „Erneuerbare Energien“ (sowohl im Strom- als auch im Wärmebereich) vollziehen.  
973 Bei den bisher von der Stadtverwaltung benannten Umsetzungsschritten des  
974 Maßnahmenpaktes zum Klimaschutzkonzept stehen erster Linie CO<sub>2</sub> Reduktionen im  
975 Vordergrund. Eine umzusetzende Energiestrategie hin zu 100% erneuerbaren  
976 Energien ist jedoch nicht Bestandteil des Klimaschutzkonzeptes. Daher muss auch

977 der angestrebten Energiewende Rechnung getragen und konventionelle Energieträger  
978 bis 2050 Schritt für Schritt durch erneuerbare Energien ersetzen werden.

979 Dafür machen wir uns stark:

- 980 • Ausnutzung des Potenzials aus Erneuerbaren Energien in der Strom- und  
981 Wärmeversorgung
- 982 • Energie muss für alle Potsdamer\*innen bezahlbar bleiben. Mit den  
983 städtischen Unternehmen sind Maßnahmen zu vereinbaren, die Energiearmut  
984 und Energieschulden vermeiden helfen und die auch Mieter\*innen die  
985 Möglichkeit eröffnet, regenerativ erzeugte Energie zu beziehen  
986 (Mieterstrom und ähnliches).
- 987 • Senkung der Systemtemperaturen in der Fernwärme. Dazu ist das Potsdamer  
988 Fernwärmenetz für dezentral gewonnene Erdwärme und Solarthermie zu öffnen,  
989 um zu einem schrittweisen Übergang zur Energieerzeugung ohne Nutzung  
990 fossiler Brennstoffe überzuleiten.
- 991 • Ausbau dezentraler Energieversorgungsstrukturen.
- 992 • Alle städtischen Flächen und sonstigen Potentiale (z. B. jährliche  
993 Sonneneinstrahlung, Windpotential) für Wind, Sonne, tiefe und  
994 oberflächennahe Geothermie sowie Biomasse systematisch zu erfassen und die  
995 Ergebnisse einer öffentlichen Planung für den Ausbau erneuerbarer Energien  
996 zugrunde zu legen.
- 997 • Die Dachflächen städtischer Gebäude bieten ein riesiges, bisher  
998 ungenutztes Potential zur Energiegewinnung mittels Solartechnik. Auch  
999 Häuserfassaden können auf diese Art zur Energiegewinnung genutzt werden.  
1000 Nach dem Vorbild Berlins setzen wir uns für einen Masterplan Solarcity  
1001 ein, um das solare Potential zum Klimaschutz in Potsdam zu nutzen.
- 1002 • Neuauflage der EWP-Energiestrategie mit genauen Maßnahmen- und  
1003 Umsetzungsschritten zur Zielerreichung der Masterplan Kommune 100%  
1004 Klimaschutz.
- 1005 • Umsetzung und Fortführung der Beschlusslage zur aktiven Bürgerbeteiligung  
1006 an der EWP

## 1007 **Energieverbrauch von Gebäuden senken**

1008 Gebäude sind in Deutschland für 40 Prozent des Energieverbrauchs verantwortlich.  
1009 Damit bieten sie ein enormes Einsparpotenzial. Mit effizienten Technologien  
1010 lassen sich Strom- und Wärmeverbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen von Gebäuden senken,  
1011 ohne auf Komfort verzichten zu müssen. Bei bestehenden Gebäuden stehen den  
1012 einmaligen Kosten für die energetischen Modernisierungsmaßnahmen alljährliche  
1013 Einsparungen bei den Energiekosten und ein dauerhafter Anstieg des Wohnkomforts  
1014 und der Wohnbehaglichkeit gegenüber.

1015 Dafür machen wir uns stark:

- 1016 • In der Potsdamer Modellkommune Klimaschutz muss es selbstverständlich  
1017 sein, vorbildlich energieeffizient und ökologisch neu zu bauen. Für die  
1018 Stadt Potsdam bedeutet dies, bei Neubauten, mindestens das Niveau eines  
1019 Effizienzhauses-55 zu erreichen. Die Modernisierung des städtischen  
1020 Gebäudebestandes (inkl. der Gebäude der städtischen Gesellschaften) muss  
1021 auf einem hohen Energieeffizienzniveau weiter vorgebracht werden. Dabei  
1022 soll soweit wie möglich auf eine Wärmeversorgung mit Erneuerbaren Energien  
1023 gesetzt werden.
  
- 1024 • Erhöhung der Energiestandards im Neubaubereich: In Neubaugebieten muss als  
1025 Mindeststandard eine um zwanzig Prozentpunkte bessere Energieeffizienz  
1026 gelten, als die gültige Energieeinsparverordnung (EnEV) verlangt. Das  
1027 entspricht einem Energieeffizienzhaus-55, das von der Kreditanstalt für  
1028 Wiederaufbau (KfW) mit zinsgünstigen Krediten und Tilgungszuschüssen  
1029 gefördert wird.
  
- 1030 • Dieser Standard muss für Neubauten, aber auch beim Verkauf oder der  
1031 Bebauung stadteigener Grundstücke festgelegt werden.
  
- 1032 • Hohe Effizienzstandards und der Einsatz Erneuerbarer Energien auch bei  
1033 kommunalen Gesellschaften mit baulichen Aufgaben, an denen die Stadt  
1034 Potsdam beteiligt ist, sollten für den Klimaschutz vorbildlich agieren.
  
- 1035 • Wir fordern, dass die Stadt bei öffentlichen Baumaßnahmen den Einsatz  
1036 natürlicher Baustoffe zur Grundlage aller Ausschreibungen macht.
  
- 1037 • Die Verwaltung soll die privaten Gebäudeeigentümer der Stadt durch  
1038 verbesserte Energieberatung (Stichpunkt Klimaagentur) dabei unterstützen,  
1039 ihre Gebäude energetisch vorbildlich zu modernisieren, um so ihren Beitrag  
1040 zur Erreichung eines klimaneutralen Gebäudebestands zu leisten.

## Beschluss Klimaschutz fängt vor Ort an!

Gremium: KVM Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

### Text

1041 Die Klimakrise verändert die Welt, in der wir leben, entscheidend. Sie hat  
1042 vielfältige Auswirkungen auf Natur, Gesellschaft und Wirtschaft und damit auch  
1043 auf unser tägliches Leben. Erschreckende Beispiele, wie tauende Gletscher,  
1044 verändertes Verhalten von Zugvögeln, Artensterben, Dürresommer, Waldbrände,  
1045 Flutkatastrophen, Orkanbildungen oder veränderte Jahreszeiten sind bereits die  
1046 ersten Vorboten.

1047 Auch in unserer Region Berlin-Brandenburg haben die klimatischen Veränderungen  
1048 schon erhebliche Auswirkungen. Sommerliche Dürreperioden, großflächige  
1049 Waldbrände und sinkende Grundwasserstände, gehen einher mit Orkan- und  
1050 Starkregenereignissen, die auch zu erheblichen Veränderungen von Flora und Fauna  
1051 führen.

1052

1053 Die Pariser Klimaschutzziele können wir nur erreichen, wenn wir auch auf  
1054 kommunaler Ebene alle geeigneten Maßnahmen unverzüglich und konsequent umsetzen.  
1055 Potsdam hat das Potential, zu einer Modellkommune für lokalen Klimaschutz zu  
1056 werden. Daran wollen wir gemeinsam in einem breit angelegten Bündnis aus  
1057 Bürger\*innen, Verwaltung, kommunalen Unternehmen und lokaler Wirtschaft  
1058 arbeiten.

1059 Zukunftsweisende Mobilität, energieeffiziente Gebäude und intelligente  
1060 Energieversorgungseinrichtungen und -netze müssen das Wachstum der Stadt Potsdam  
1061 nachhaltig gestalten. Mit innovativen Technologien können auch Potsdamer  
1062 Stadtplaner\*innen die Stadt umweltfreundlicher machen, ihr eine höhere  
1063 Lebensqualität bieten und dabei Kosten sparen.

1064 Dafür machen wir uns stark:

- 1065 • die bereits von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen  
1066 Klimaschutzziele müssen konsequent weiterverfolgt werden (20 % CO<sub>2</sub>-  
1067 Reduzierung bis 2020 und mittelfristige Erreichung der Klima-  
1068 Bündnisvorgabe von 2,5 t CO<sub>2</sub> pro Einwohner):
  - 1069 ◦ Ausbau der regenerativen Energien im Stadtgebiet im Einklang mit  
1070 Natur und Denkmalschutz;
  - 1071 ◦ Klimatische Ausgleichsfunktion durch konsequente Erhaltung von Grün-  
1072 und Waldflächen, um z.B. den Luftaustausch bei sommerlicher  
1073 Wärmebelastung zu gewährleisten;
  - 1074 ◦ Renaturierung, Sicherung und nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern  
1075 und Niedermooren;
  - 1076 ◦ Sofortige Umsetzung der Maßnahmen mit großem CO<sub>2</sub>-  
1077 Reduktionspotenzial;

- 1078           ◦ Transparenter, öffentlicher Überblick über den aktuellen Status  
1079           sowie des Zeitplans zur Umsetzung der einzelnen Maßnahmen des  
1080           Masterplans 100% Klimaschutz Potsdam (z.B. in einem Online-Portal).
- 1081           • konsequente Weiterverfolgung des Weges zur 100% Masterplan-Kommune  
1082           Klimaschutz bis 2050 mit allen Mitteln, die der Landeshauptstadt als  
1083           vorbildlicher Akteur zur Verfügung stehen, vor allem:  
1084           ◦ energetische Modernisierung der öffentlichen Beleuchtung;
- 1085           ◦ Modernisierung des Flottenbestandes mit dem Ziel, die Abgas- und  
1086           Emissionswerte soweit wie möglich zu senken
- 1087           ◦ Dachbegrünung kommunaler Liegenschaften prüfen und nach Möglichkeit  
1088           realisieren;
- 1089           ◦ mit jedem einzelnen kommunalen Unternehmen entsprechende Ziele und  
1090           Maßnahmenkataloge für das jeweilige Unternehmen erarbeiten und  
1091           verbindlich vereinbaren.

## 1092 **Nachhaltige Bauleitplanung als Bündelung der** 1093 **Fachplanungen**

1094 Die Bauleitplanung ist ein elementarer Bestandteil der kommunalen  
1095 Selbstverwaltung. Baugesetzbuch, Naturschutzgesetz, Raumordnungs- und  
1096 Landesplanungsgesetz geben dabei den Rahmen für eine nachhaltige  
1097 Siedlungsentwicklung vor.

1098 Zum Klimaschutz sind bei der Siedlungsentwicklung auch energetische  
1099 Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Kurze Wege, eine gute Anbindung an den  
1100 öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) sowie eine energetisch effiziente  
1101 Bauweise und Energieversorgung sind Elemente einer energieoptimierten  
1102 Siedlungsentwicklung.

1103 Um die Anforderungen des Klimaschutzes in die Stadtentwicklung zu integrieren  
1104 und gesamtstädtisch einzubetten, bieten das integrierte Klimaschutzkonzept  
1105 Potsdams sowie das Maßnahmenpaket aus der Masterplan Kommune Klimaschutz gute  
1106 Voraussetzungen. Nun gilt es, hieraus eine verbindlichere „Energie- und  
1107 Klimaleitplanung“ zu entwickeln, mit der Schwerpunkte der Energieeinsparung und  
1108 der Energieversorgung formuliert werden, Zielkonflikte abgewogen und Synergien  
1109 hergestellt werden. Eine verbindliche "Energie- und Klimaleitplanung" kann eine  
1110 integrative und kommunikative Wirkung sowohl in Hinblick auf die gesamte  
1111 Stadtentwicklungspolitik, als auch auf die meist technisch ausgerichteten  
1112 Einzelmaßnahmen entfalten.

1113 Die Abwägung der Umweltbelange ist auch in größerem Zusammenhang zu betrachten.

1114 Potsdam ist Bestandteil des sogenannten engeren Verflechtungsraumes Berlin-  
1115 Brandenburg – einem wachsenden eng besiedelten Siedlungsraumes. Viele Erfolge  
1116 zur Klimaanpassung und Energieeffizienzsteigerung können insbesondere in  
1117 interkommunaler Zusammenarbeit erreicht werden: mit unseren Nachbarn, die oft  
1118 auch Potsdams Angebote nutzen, seien es z.B. die Verkehrsnetze, die nicht an der  
1119 Stadtgrenze enden, oder Hochschulen und Einkaufsmöglichkeiten.

1120 Dafür machen wir uns stark:

- 1121 • Alle Möglichkeiten der klimagerechten Bauleitplanung (Flächennutzungsplan  
1122 und Bebauungspläne) in die Planungen einbeziehen.
- 1123 • Anwendung des reformierten Städtebauinstrumentariums (z.B. Planungs- und  
1124 Sanierungsrecht für Klimabelange einsetzen, Quartierskonzepte statt  
1125 Individuallösungen präferieren, Voraussetzungen für KfW-Gebäuförderung  
1126 nutzen).
- 1127 • Parallel zur existierenden verbindlichen Bauleitplanung ist eine  
1128 Energieleitplanung als neues, dauerhaftes Planungsinstrument der Stadt zu  
1129 schaffen. Auch die Energieleitplanung muss soweit wie möglich  
1130 verbindlichen Charakter haben.
- 1131 • Ausbau der Verbundstrategie mit klaren Zielvereinbarungen  
1132 zwischenkommunalen Unternehmen und der Stadt. Dazu soll ein  
1133 Klimaschutzbezogenes Bonus-Malus-Systems bei der Vergütung von  
1134 Entscheidungsträgern eingeführt werden. Dabei ist der Energieverbrauch  
1135 sowie der CO<sub>2</sub>-Ausstoß sowohl bei den kommunalen Beteiligungen der  
1136 Landeshauptstadt Potsdam als auch in der Verwaltung deutlich zu senken und  
1137 über Zielvereinbarungen mit den jeweiligen Geschäftsführern sowie den  
1138 Geschäftsbereichen verbindlich festzulegen.
- 1139 • Optimierung der energetischen Sanierung im Denkmalschutz und im UNESCO-  
1140 Welterbe.
- 1141 • Bei der Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen die technischen, baulich-  
1142 gestalterischen, ökonomischen, demografischen sowie ökologischen Ansprüche  
1143 an Gebäude, mit bewährten und innovativen technischen Lösungen im Sinne  
1144 der Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen. Nachhaltiges Bauen setzt eine  
1145 ganzheitliche Betrachtung eines Gebäudes voraus.
- 1146 • Die regelmäßige Unterstützung energieeffizienter und ökologischer  
1147 Sanierungen von Gebäuden durch die Klimastadt Potsdam: Hierfür fordern wir  
1148 die Einrichtung eines Klimaschutzfonds (Klimaschutzstiftung), mit dem  
1149 höhere Investitionen für den Klimaschutz von Privatpersonen und  
1150 Unternehmen unterstützt werden können.
- 1151 • Innovative, aufeinander abgestimmte Lichtsysteme für den Innen- wie  
1152 Außenbereich, die arbeitsaktives Licht mit hoher Wirtschaftlichkeit und  
1153 Umweltfreundlichkeit verbinden. Wir fordern dies mit dem beschlossenen  
1154 Lichtmasterplan für die Landeshauptstadt Potsdam umzusetzen: Moderne  
1155 Beleuchtung sollte eine positive Lichtatmosphäre schaffen, die  
1156 Lichtverschmutzung reduzieren und Energie sparen.
- 1157 • Typologisierung von Stadtgebieten, um geeignete Maßnahmen zum Klimaschutz  
1158 individuell und passgenau umzusetzen. Je nach Siedlungsstruktur,  
1159 Einwohnerdichte, Versiegelungsgrad oder Heizwärmebedarf können  
1160 unterschiedliche Maßnahmen sinnvoll und effizient sein.

## 1161 **Energieversorgung und Infrastruktur**

1162 Der städtische Strom- und Wärmerzeuger Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP)  
 1163 muss so schnell wie möglich den mittel- bis langfristigen Umstieg auf 100 %  
 1164 „Erneuerbare Energien“ (sowohl im Strom- als auch im Wärmebereich) vollziehen.  
 1165 Bei den bisher von der Stadtverwaltung benannten Umsetzungsschritten des  
 1166 Maßnahmenpaktes zum Klimaschutzkonzept stehen erster Linie CO<sub>2</sub> Reduktionen im  
 1167 Vordergrund. Eine umzusetzende Energiestrategie hin zu 100% erneuerbaren  
 1168 Energien ist jedoch nicht Bestandteil des Klimaschutzkonzeptes. Daher muss auch  
 1169 der angestrebten Energiewende Rechnung getragen und konventionelle Energieträger  
 1170 bis 2050 Schritt für Schritt durch erneuerbare Energien ersetzen werden.

1171 Dafür machen wir uns stark:

- 1172 • Rekommunalisierung der Energie und Wasser Potsdam (EWP).
- 1173 • Systematische Erschließung des des Potenzials für Erneuerbare Energien in  
 1174 der Strom- und Wärmeversorgung.
- 1175 • Energie muss für alle Potsdammer\*innen bezahlbar bleiben. Mit den  
 1176 städtischen Unternehmen sind Maßnahmen zu vereinbaren, die Energiearmut  
 1177 und Energieschulden vermeiden helfen und die auch Mieter\*innen die  
 1178 Möglichkeit eröffnet, regenerativ erzeugte Energie zu beziehen  
 1179 (Mieterstrom und ähnliches).
- 1180 • Senkung der Systemtemperaturen in der Fernwärme. Dazu ist das Potsdamer  
 1181 Fernwärmenetz für dezentral gewonnene Erdwärme und Solarthermie zu öffnen,  
 1182 um zu einem schrittweisen Übergang zur Energieerzeugung ohne Nutzung  
 1183 fossiler Brennstoffe überzuleiten.
- 1184 • Ausbau dezentraler Energieversorgungsstrukturen.
- 1185 • Alle städtischen Flächen und sonstigen Potentiale (z. B. jährliche  
 1186 Sonneneinstrahlung, Windpotential) für Wind, Sonne, tiefe und  
 1187 oberflächennahe Geothermie sowie Biomasse systematisch zu erfassen und die  
 1188 Ergebnisse einer öffentlichen Planung für den Ausbau erneuerbarer Energien  
 1189 zugrunde zu legen.
- 1190 • Die Dachflächen städtischer Gebäude bieten ein riesiges, bisher  
 1191 ungenutztes Potential zur Energiegewinnung mittels Solartechnik. Auch  
 1192 Häuserfassaden können auf diese Art zur Energiegewinnung genutzt werden.  
 1193 Nach dem Vorbild Berlins setzen wir uns für einen Masterplan Solarcity  
 1194 ein, um das solare Potential zum Klimaschutz in Potsdam zu nutzen.
- 1195 • Neuauflage der EWP-Energiestrategie mit genauen Maßnahmen- und  
 1196 Umsetzungsschritten zur Zielerreichung der Masterplan Kommune 100%  
 1197 Klimaschutz.
- 1198 • Umsetzung und Fortführung der Beschlusslage zur aktiven Bürgerbeteiligung  
 1199 an der EWP

## 1200 **Energieverbrauch von Gebäuden senken**

1201 Gebäude sind in Deutschland für 40 Prozent des Energieverbrauchs verantwortlich.  
1202 Damit bieten sie ein enormes Einsparpotenzial. Mit effizienten Technologien  
1203 lassen sich Strom- und Wärmeverbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen von Gebäuden senken,  
1204 ohne auf Komfort verzichten zu müssen. Bei bestehenden Gebäuden stehen den  
1205 einmaligen Kosten für die energetischen Modernisierungsmaßnahmen alljährliche  
1206 Einsparungen bei den Energiekosten und ein dauerhafter Anstieg des Wohnkomforts  
1207 und der Wohnbehaglichkeit gegenüber.

1208 Dafür machen wir uns stark:

- 1209 • Die Stadt Potsdam muss ihrer Vorbildfunktion bei allen Neubauvorhaben und  
1210 Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen ohne Abstriche gerecht werden.
  - 1211 ◦ Neubauten der Stadt und der städtischen Unternehmen müssen künftig  
1212 bei Wohngebäuden das Niveau eines Effizienzhauses 40 erreichen, und  
1213 bei Nichtwohngebäuden das Niveau eines Effizienzhauses 55.
  - 1214 ◦ Die Modernisierung des städtischen Gebäudebestandes (inkl. der  
1215 Gebäude der städtischen Gesellschaften) muss auf einem hohen  
1216 Energieeffizienzniveau weiter vorangebracht werden.
  - 1217 ◦ Sowohl bei Neubauten als auch Gebäudemodernisierungen der Stadt soll  
1218 sie soweit wie möglich auf eine Wärmeversorgung mit Erneuerbaren  
1219 Energien setzen. In geeigneten Flächen sind gebäudeintegrierte  
1220 Solaranlagen der neuesten Generation zu realisieren, die als  
1221 Leuchtturm und Vorbild für private Bauherren dienen.
- 1222 • In der Stadt gibt es vielfältige Wärmequellen, die für die erneuerbare  
1223 Wärmeversorgung von Gebäuden genutzt werden können, beispielsweise im  
1224 Abwassersystem. Bauherren soll es ermöglicht werden, diese Wärmequellen im  
1225 Rahmen des technisch Möglichen zu erschließen. Die Stadt und die  
1226 städtischen Unternehmen müssen hierfür die bislang ungenutzte Abwärme  
1227 öffentlicher Einrichtungen zur Verfügung stellen. Außerdem sollen  
1228 gewerbliche Abwärmemengen für die Fernwärmeversorgung in Potsdam  
1229 erschlossen werden.
- 1230 • Hohe Effizienzstandards und der Einsatz Erneuerbarer Energien auch bei  
1231 kommunalen Gesellschaften mit baulichen Aufgaben, an denen die Stadt  
1232 Potsdam beteiligt ist, sollten für den Klimaschutz vorbildlich agieren.
- 1233 • Wir fordern, dass die Stadt bei öffentlichen Baumaßnahmen verbindliche  
1234 Anforderungen für die Ökobilanz verwendeter Materialien bzw. gesamter  
1235 Gebäude definiert, die den gesamten Lebenszyklus (Herstellung, Bau,  
1236 Nutzung, Instandhaltung, Rückbau und Entsorgung) berücksichtigen. Grundlage

1237 dafür sollen etablierte Zertifizierungssysteme (z.B. das Deutsche  
1238 Gütesiegel Nachhaltiges Bauen) sein.

1239 • Durch geeignete Anreizsysteme sollen auch private Bauträger zur Einhaltung  
1240 dieser Standards angehalten werden.

1241 • Die Verwaltung soll die privaten Gebäudeeigentümer der Stadt durch  
1242 verbesserte Energieberatung (Stichpunkt Klimaagentur) dabei unterstützen,  
1243 ihre Gebäude energetisch vorbildlich zu modernisieren, um so ihren Beitrag  
1244 zur Erreichung eines klimaneutralen Gebäudebestands zu leisten.

## A5 Mobilität neu denken: Verkehrswende für Potsdam!

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 16.01.2019

### Text

1245 Potsdam wird immer noch vom Autoverkehr dominiert. Dies führt zu schlechter  
1246 Luft, hohen Treibhausgas-Emissionen, Lärm, langen Staus, zugeparkten Geh- und  
1247 Radwegen, zu wenig Investitionsmitteln für den öffentlichen Personennahverkehr  
1248 (ÖPNV) und vielen Unfallrisiken für Fußgänger und Radfahrer. Wir beobachten,  
1249 dass es zurzeit eine massive Verletzung der Flächengerechtigkeit gibt: Eine  
1250 Minderheit von Personen beansprucht mit dem PKW den größten Teil der Flächen im  
1251 Verkehrsraum; dies geschieht zulasten derer, die zu Fuß gehen oder das Rad  
1252 nutzen, im Verkehrsraum aber an den Rand gedrängt werden; Busse stehen zudem im  
1253 Stau.

1254 Wir wollen, dass Potsdam wieder eine Stadt für alle wird, in der das öffentliche  
1255 Leben von Menschen und nicht von Autos geprägt ist. Dazu müssen der motorisierte  
1256 Individualverkehr reduziert und der Umweltverbund (ÖPNV, Fuß- und Radverkehr)  
1257 ausgebaut werden.

#### 1258 Auf dem Weg zur Fahrradstadt

1259 Fahrradfahren schont das Klima, fördert die Gesundheit, erzeugt keine Abgase  
1260 oder Lärm und verursacht keine Staus. Der Ausbau eines guten Radwegenetzes ist  
1261 deutlich preisgünstiger und nachhaltiger als Investitionen in den Autoverkehr.  
1262 Der positive Effekt des Radverkehrskonzeptes ist spürbar, aber noch nicht  
1263 durchgreifend genug.

1264 Dafür machen wir uns stark:

- 1265 • den Anteil des Fahrradverkehrs auf mindestens 40% des gesamten  
1266 Verkehrsaufkommens (Modal Split) erhöhen.
- 1267 • Förderung des Radverkehrs grundsätzlich nicht zu Lasten der  
1268 Fußgänger\*innen, sondern zu Lasten der Parkflächen und Fahrbahnen.
- 1269 • konsequente Umsetzung und Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes.
- 1270 • beschleunigte Realisierung der geplanten Radschnellwege nach Krampnitz,  
1271 Werder, Berlin, Stahnsdorf und Teltow.
- 1272 • Abstellanlagen für Fahrräder an geeigneten Haltestellen des ÖPNV und  
1273 insbesondere an Bahnhöfen, ggf. zulasten von PKW-Parkplätzen (Bike&Ride).
- 1274 • Mehr Abstellanlagen für Fahrräder anstelle von Autoparkplätzen vor  
1275 Einrichtungen und vor Mehrfamilienhäusern in Wohngebieten.
- 1276 • Das Angebot von Leihrädern, auch Lastenfahrräder, stadtweit  
1277 weiterentwickeln - nicht nur im Stadtzentrum
- 1278 • finanzielle Förderung der Anschaffung von Lastenrädern bei gleichzeitigem  
1279 Verzicht aufs Auto
- 1280 • Ausbau der Uferwege: Hauptbahnhof bis Zeppelinstraße, Hauptbahnhof bis  
1281 Hermannswerder
- 1282 • Mehr Öffentlichkeitsarbeit, z.B. 1 x pro Jahr kostenlose Fahrradklinik in  
1283 den Stadtteilen (gefördert durch die Stadt Potsdam).
- 1284 • Solarfahrradwege prüfen
- 1285 • Erhöhung der Fahrradfreundlichkeit auch von Natursteinpflasterstraßen

1286 Ausbau des städtischen ÖPNV

1287 Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist umweltverträglich, kostengünstig  
1288 und für viele Potsdamer\*innen bereits eine gute Alternative zum Auto. Auch für  
1289 Fußgänger\*innen und Fahrradfahrer\*innen ist er eine Ergänzung, wenn der Weg zu  
1290 weit oder das Wetter schlecht ist. Damit aber noch mehr Menschen bereit sind,  
1291 vom Auto auf den ÖPNV umzusteigen, ist ein Umdenken in der städtischen  
1292 Verkehrsplanung hin zu deutlich mehr Investitionen in den Ausbau des ÖPNV nötig.

1293 Dafür machen wir uns stark:

- 1294 • gemeindeübergreifende Konzepte, bessere Abstimmungen mit dem Umland, einen  
1295 gemeinsamen Verkehrsbetrieb.
- 1296 • Erweiterung des Tramnetzes (Bsp.: Verlängerung vom Campus Jungferensee nach  
1297 Krampnitz und Fahrland und evtl. später weiter nach Marquardt, Verknüpfung  
1298 von Babelsberg und Stern, Verlängerung vom Endpunkt Kirschallee nach

1299 Bornim, Anbindung von Eiche-Golm, Verlängerung nach Bergholz-Rehbrücke in  
1300 Kooperation mit Potsdam-Mittelmark)

1301 • Erweiterung des Busliniennetzes: dabei wollen wir eine stärkere Vernetzung  
1302 des Liniennetzes durch Lückenschlüsse, eine bessere Einbindung von  
1303 Bahnhöfen und mehr Querverbindungen zu den sternförmigen Strecken in die  
1304 Innenstadt, bisher nicht angeschlossene Gebiete wie das Industriegebiet  
1305 Potsdam-Süd von Waldstadt aus anschließen, Fahrzeitverkürzungen durch  
1306 Buslinien in möglichst gerader Linie statt Schlangenlinien und in weiten  
1307 Bögen – dadurch nicht mehr erreichte Haltestellen müssen durch andere,  
1308 parallel führende Linien angefahren werden.

1309 • zusätzliche Regionalbahnlinien gemeinsam mit den Umlandgemeinden  
1310 schaffen:  
1311 ◦ Stammbahn von Brandenburg HBF über Potsdam HBF über Griebnitzsee,  
1312 Dreilinden, Kleinmachnow nach Zehlendorf, dann parallel zur S1 zum  
1313 Potsdamer Platz und weiter nach Berlin HBF.

1314 ◦ Spandau-Bahn von Potsdam HBF über Golm und Marquardt nach Berlin-  
1315 Spandau.

1316 • in jedem Stadtteil städtische Mobilitätsstationen zur Anmietung von  
1317 (Lasten-) Fahrrädern, (Elektro-) Rollern und (Elektro-) Autos mit Umstieg  
1318 auf ÖPNV aufbauen – inkl. eines integrierten Tarifsystems (Kombi-Tarife)

1319 • günstige Jobtickets fördern (dabei sollte die Stadt als Vorbild für andere  
1320 Arbeitgeber vorangehen).

1321 • Einführung des 365 Euro-Jahresticket, auch für Pendler\*innen. Nach  
1322 Schaffung der landesgesetzlichen Grundlagen: Bürgerticket einführen.

1323 • Park&Ride-Konzept aktualisieren und konsequent umsetzen (z.B. am Havel-  
1324 Nuthe-Center).

1325 • erste Schritte zum autonomen Fahren testen (Kramnitz/Bornstedter Feld),  
1326 Einsatzmöglichkeiten auf der „letzten Meile“, d.h. von Wohngebieten zu  
1327 Haltestellen des ÖPNV.

## 1328 Mobilitätswende für Klima- und Gesundheitsschutz

1329 Der Autoverkehr ist in Potsdam für ca. 30% des CO<sup>2</sup>-Ausstoßes verantwortlich und  
1330 verbraucht gleichzeitig einen überproportionalen Anteil der Gesamtinvestitionen  
1331 in die Mobilität. Hier gibt es ein Gerechtigkeitsdefizit zulasten  
1332 umweltfreundlicher Verkehrsmittel sowie des Klimaschutzes. Motorisierter  
1333 Individualverkehr ist auch die Quelle für gesundheitsschädlichen Feinstaub,  
1334 Stickoxide und Lärm. Stadtplanung und Investitionen müssen daher eine  
1335 Mobilitätswende zum Ziel haben. Der Neubau einer Umgehungsstraße mit drittem  
1336 Havelübergang (Havelspange/Westtangente) würde Umwelt zerstören, neue Verkehre  
1337 anziehen und keine Entlastungswirkung haben. Er steht damit einer  
1338 zukunftsorientierten nachhaltigen Mobilität unvereinbar entgegen und wird von  
1339 uns vehement abgelehnt.

1340 Dafür machen wir uns stark:

- 1341 • mehr Gerechtigkeit bei Investitionen in den Verkehr: Diese sollen sich  
1342 zukünftig an den Anteilen der jeweiligen Mobilitätsformen am  
1343 Gesamtverkehrsaufkommen orientieren (Modal Split).
- 1344 • Anteil des Autoverkehrs durch umweltverträgliche Mobilitätsformen  
1345 verringern.
- 1346 • Elektro- und Hybridbusse (ÖPNV, Tourismusbusse) sowie Umrüstung älterer  
1347 Dieselnissen auf Elektroantrieb.
- 1348 • Ausbau stadtweiter E-Tankstellen.
- 1349 • Konzept und Förderung für umweltfreundlichen Wirtschaftsverkehr  
1350 (Lastenfahräder, gebündelter Lieferverkehr), Förderung von Lieferverkehr  
1351 mit E-Lastenrädern (z.B. Paketdienste).
- 1352 • Reduzierung des innerstädtischen LKW-Verkehrs durch geeignete Maßnahmen,  
1353 insbesondere an stark belasteten Straßen, z.B. Behlertstraße und Potsdamer  
1354 Straße.
- 1355 • verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, z.B. „Tag des ÖPNV“ in Potsdam  
1356 etablieren. Stärkere Bewerbung der flexiblen Nutzung und Kombination  
1357 umweltfreundlicher Verkehrsmittel.
- 1358 • innovative Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel des  
1359 Umweltverbundes.
- 1360 • Prüfung zum Einsatz von Oberleitungsbussen auf einzelnen Strecken.

1361 Verkehrssicherheit erhöhen

1362 Verkehrsunfälle haben besonders für Fußgänger\*innen und Fahrradfahrer\*innen  
1363 ernste Folgen. Eine Verkehrsplanung die sich vorrangig an Fußgänger\*innen und  
1364 Fahrradfahrer\*innen orientiert, stellt damit die Sicherheit der Menschen und  
1365 nicht das Recht des Stärkeren in den Mittelpunkt.

1366 Dafür machen wir uns stark:

- 1367 • eine Stadt ohne Verkehrstote und Verletzte („Vision Zero“).
- 1368 • Grundsätzlich Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit im bebauten Stadtgebiet;  
1369 Tempo 20-Zonen in Kita- und Schulbereichen.
- 1370 • Ampelregelungen zugunsten Rad, Fuß und ÖPNV stärken. Grüne Welle für  
1371 Radfahrer und ÖPNV statt für Autos.
- 1372 • LKWs der Stadt und der städtischen Betriebe mit Abbiegewarnsystem  
1373 ausstatten
- 1374 • Stärkere Förderung von Verkehrsunterricht in den Schulen
- 1375 • mehr Sicherheit für Radfahrer: wenn möglich Radwege baulich trennen, sonst  
1376 farbliche Kennzeichnung und Rubbelstreifen, Tempolimits für Autos,  
1377 Schutzstreifen (Radfahrstreifen auf der Fahrbahn) mit angemessener Breite  
1378 einrichten.

1379 **Dominanz des Autoverkehrs verringern - Lebensqualität**  
1380 **erhöhen**

1381 Die Potsdamer\*innen leiden täglich unter Abgasen und verstopften Straßen. Die  
1382 Potenziale zur Reduzierung von Fahrzeugzahlen im täglichen Verkehr sollten  
1383 ausgeschöpft werden, um den Verkehr zu verflüssigen und Abgase zu vermeiden.

1384 Ein großer Teil der Flächen in Potsdam wird vom Autoverkehr (Straßen und  
1385 Parkplätze) in Anspruch genommen. Wir wollen, dass insbesondere in der  
1386 Innenstadt und in anderen Wohnquartieren qualitätsvolle Freiräume zur Entfaltung  
1387 urbanen Lebens ohne Autoverkehr entstehen.

1388 Dafür machen wir uns stark:

- 1389 • die Innenstadt und die Kieze autofrei entwickeln: In der Innenstadt  
1390 umgehend mit den Abschnitten zwischen Gutenberg- und Charlottenstraße  
1391 beginnen. In den Kiezen autofreie Stadtteilzentren schaffen. Dabei ist  
1392 aber auch den Bedürfnissen von mobilitätseingeschränkten Personen und  
1393 Einzelhändler\*innen durch Ausnahmeregelungen (ggf. zeitlich beschränkt)  
1394 Rechnung zu tragen.
- 1395 • Durchgangsverkehre verringern.
- 1396 • Erhöhung der Parkkosten: Kosten für Anwohnerparken, Ausweitung der  
1397 Parkraumbewirtschaftung.
- 1398 • Verringerung der vorhandenen PKW-Parkplätze bei gleichzeitigem Ausbau von  
1399 Park&Ride.
- 1400 • Bebauungspläne nur noch mit einem Parkplatzangebot von 0.5 Fahrzeugen pro  
1401 Wohneinheit (nach dem Vorbild von Krampnitz).
- 1402 • Abschaffung der Stellplatzsatzung, nach der die Zahl der Stellplätze beim  
1403 Neubau eines Gebäudes vorgeschrieben wird. Dadurch werden Stellplätze

1404 auch dann gefordert, wenn sich die Bewohner eines Hauses gegen ein eigenes  
1405 Auto entscheiden oder eine gute ÖPNV-Anbindung keine/wenige Stellplätze  
1406 nötig macht. Die Baukosten werden unnötig erhöht und führen damit auch zu  
1407 höheren Mieten.

1408 • flexible Verkehrsregelungen an den Stadträndern, um einfließenden Verkehr  
1409 auf ein hinsichtlich Lebensqualität und Verkehrsfluss günstiges Maß zu  
1410 drosseln (z.B. Pfortnerampeln, LKW-Leitsystem).

1411 • Reduzierung von Fahrzeugzahlen durch Carsharing-Initiativen, insbesondere  
1412 mit Elektrofahrzeugen, ggf. städtisches Carsharing einführen.

1413 • Förderung von Mitfahrinitiativen (z.B. durch Kennzeichnung von Fahrzeugen,  
1414 die über Mitnahmekapazitäten verfügen).

## Beschluss Mobilität neu denken: Verkehrswende für Potsdam!

Gremium: KVM Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

### Text

1415 Potsdam wird immer noch vom Autoverkehr dominiert. Dies führt zu schlechter  
1416 Luft, hohen Treibhausgas-Emissionen, Lärm, langen Staus, zugeparkten Geh- und  
1417 Radwegen, zu wenig Investitionsmitteln für den öffentlichen Personennahverkehr  
1418 (ÖPNV) und vielen Unfallrisiken für Fußgänger und Radfahrer. Wir beobachten,  
1419 dass es zurzeit eine massive Verletzung der Flächengerechtigkeit gibt: Eine  
1420 Minderheit von Personen beansprucht mit dem PKW den größten Teil der Flächen im  
1421 Verkehrsraum; dies geschieht zulasten derer, die zu Fuß gehen oder das Rad  
1422 nutzen, im Verkehrsraum aber an den Rand gedrängt werden; Busse stehen zudem im  
1423 Stau.

1424 Wir wollen, dass Potsdam wieder eine Stadt für alle wird, in der das öffentliche  
1425 Leben von Menschen und nicht von Autos geprägt ist. Dazu müssen der motorisierte  
1426 Individualverkehr reduziert und der Umweltverbund (ÖPNV, Fuß- und Radverkehr)  
1427 ausgebaut werden.

#### 1428 Auf dem Weg zur Fahrradstadt

1429 Fahrradfahren schont das Klima, fördert die Gesundheit, erzeugt keine Abgase  
1430 oder Lärm und verursacht keine Staus. Der Ausbau eines guten Radwegenetzes ist  
1431 deutlich preisgünstiger und nachhaltiger als Investitionen in den Autoverkehr.  
1432 Der positive Effekt des Radverkehrskonzeptes ist spürbar, aber noch nicht  
1433 durchgreifend genug.

1434 Dafür machen wir uns stark:

- 1435 • den Anteil des Fahrradverkehrs auf mindestens 40% des gesamten  
1436 Verkehrsaufkommens (Modal Split) erhöhen.
- 1437 • Förderung des Radverkehrs grundsätzlich nicht zu Lasten der  
1438 Fußgänger\*innen, sondern zu Lasten der Parkflächen und Fahrbahnen.
- 1439 • konsequente Umsetzung und Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes.
- 1440 • beschleunigte Realisierung der geplanten Radschnellwege nach Krampnitz,  
1441 Werder, Berlin, Stahnsdorf und Teltow.
- 1442 • Abstellanlagen für Fahrräder an geeigneten Haltestellen des ÖPNV und  
1443 insbesondere an Bahnhöfen, ggf. zulasten von PKW-Parkplätzen (Bike&Ride).
- 1444 • Mehr Abstellanlagen für Fahrräder anstelle von Autoparkplätzen vor  
1445 Einrichtungen und vor Mehrfamilienhäusern in Wohngebieten.
- 1446 • Das Angebot von Leihrädern, auch Lastenfahrräder, stadtweit  
1447 weiterentwickeln - nicht nur im Stadtzentrum
- 1448 • finanzielle Förderung der Anschaffung von Lastenrädern bei gleichzeitigem  
1449 Verzicht aufs Auto
- 1450 • Ausbau der Uferwege: Hauptbahnhof bis Zeppelinstraße, Hauptbahnhof bis  
1451 Hermannswerder
- 1452 • Mehr Öffentlichkeitsarbeit, z.B. 1 x pro Jahr kostenlose Fahrradklinik in  
1453 den Stadtteilen (gefördert durch die Stadt Potsdam).
- 1454 • Solarfahrradwege prüfen
- 1455 • Erhöhung der Fahrradfreundlichkeit auch von Natursteinpflasterstraßen

1456 Ausbau des städtischen ÖPNV

1457 Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist umweltverträglich, kostengünstig  
1458 und für viele Potsdamer\*innen bereits eine gute Alternative zum Auto. Auch für  
1459 Fußgänger\*innen und Fahrradfahrer\*innen ist er eine Ergänzung, wenn der Weg zu  
1460 weit oder das Wetter schlecht ist. Damit aber noch mehr Menschen bereit sind,  
1461 vom Auto auf den ÖPNV umzusteigen, ist ein Umdenken in der städtischen  
1462 Verkehrsplanung hin zu deutlich mehr Investitionen in den Ausbau des ÖPNV nötig.

1463 Dafür machen wir uns stark:

- 1464 • gemeindeübergreifende Konzepte, bessere Abstimmungen mit dem Umland, einen  
1465 gemeinsamen Verkehrsbetrieb.
- 1466 • Erweiterung des Tramnetzes (Bsp.: Verlängerung vom Campus Jungferensee nach  
1467 Krampnitz und Fahrland und evtl. später weiter nach Marquardt, Verknüpfung  
1468 von Babelsberg und Stern, Verlängerung vom Endpunkt Kirschallee nach

1469 Bornim, Anbindung von Eiche-Golm, Verlängerung nach Bergholz-Rehbrücke in  
1470 Kooperation mit Potsdam-Mittelmark)

1471 • Erweiterung des Busliniennetzes: dabei wollen wir eine stärkere Vernetzung  
1472 des Liniennetzes durch Lückenschlüsse, eine bessere Einbindung von  
1473 Bahnhöfen und mehr Querverbindungen zu den sternförmigen Strecken in die  
1474 Innenstadt, bisher nicht angeschlossene Gebiete wie das Industriegebiet  
1475 Potsdam-Süd von Waldstadt aus anschließen, Fahrzeitverkürzungen durch  
1476 Buslinien in möglichst gerader Linie statt Schlangenlinien und in weiten  
1477 Bögen – dadurch nicht mehr erreichte Haltestellen müssen durch andere,  
1478 parallel führende Linien angefahren werden.

1479 • zusätzliche Regionalbahnlinien gemeinsam mit den Umlandgemeinden  
1480 schaffen:

1481 ◦ Stammbahn von Brandenburg HBF über Potsdam HBF über Griebnitzsee,  
1482 Dreilinden, Kleinmachnow nach Zehlendorf, dann parallel zur S1 zum  
1483 Potsdamer Platz und weiter nach Berlin HBF.

1484 ◦ Spandau-Bahn von Potsdam HBF über Golm und Marquardt nach Berlin-  
1485 Spandau.

1486 • in jedem Stadtteil städtische Mobilitätsstationen zur Anmietung von  
1487 (Lasten-) Fahrrädern, (Elektro-) Rollern und (Elektro-) Autos mit Umstieg  
1488 auf ÖPNV aufbauen – inkl. eines integrierten Tarifsystems (Kombi-Tarife)

1489 • günstige Jobtickets fördern (dabei sollte die Stadt als Vorbild für andere  
1490 Arbeitgeber vorangehen).

1491 • Einführung des 365 Euro-Jahresticket, auch für Pendler\*innen. Nach  
1492 Schaffung der landesgesetzlichen Grundlagen: Bürgerticket einführen.

1493 • Park&Ride-Konzept aktualisieren und konsequent umsetzen (z.B. am Havel-  
1494 Nuthe-Center).

1495 • erste Schritte zum autonomen Fahren testen (Kramnitz/Bornstedter Feld),  
1496 Einsatzmöglichkeiten auf der „letzten Meile“, d.h. von Wohngebieten zu  
1497 Haltestellen des ÖPNV.

## 1498 Mobilitätswende für Klima- und Gesundheitsschutz

1499 Der Autoverkehr ist in Potsdam für ca. 30% des CO<sup>2</sup>-Ausstoßes verantwortlich und  
1500 verbraucht gleichzeitig einen überproportionalen Anteil der Gesamtinvestitionen  
1501 in die Mobilität. Hier gibt es ein Gerechtigkeitsdefizit zulasten  
1502 umweltfreundlicher Verkehrsmittel sowie des Klimaschutzes. Motorisierter  
1503 Individualverkehr ist auch die Quelle für gesundheitsschädlichen Feinstaub,  
1504 Stickoxide und Lärm. Stadtplanung und Investitionen müssen daher eine  
1505 Mobilitätswende zum Ziel haben. Der Neubau einer Umgehungsstraße mit drittem  
1506 Havelübergang (Havelspange/Westtangente) würde Umwelt zerstören, neue Verkehre  
1507 anziehen und keine Entlastungswirkung haben. Er steht damit einer  
1508 zukunftsorientierten nachhaltigen Mobilität unvereinbar entgegen und wird von  
1509 uns vehement abgelehnt.

1510 Dafür machen wir uns stark:

- 1511 • mehr Gerechtigkeit bei Investitionen in den Verkehr: Diese sollen sich  
1512 zukünftig an den Anteilen der jeweiligen Mobilitätsformen am  
1513 Gesamtverkehrsaufkommen orientieren (Modal Split).
- 1514 • Anteil des Autoverkehrs durch umweltverträgliche Mobilitätsformen  
1515 verringern.
- 1516 • Elektro- und Hybridbusse (ÖPNV, Tourismusbusse) sowie Umrüstung älterer  
1517 Dieselnissen auf Elektroantrieb.
- 1518 • Ausbau stadtweiter E-Tankstellen.
- 1519 • Konzept und Förderung für umweltfreundlichen Wirtschaftsverkehr  
1520 (Lastenfahräder, gebündelter Lieferverkehr), Förderung von Lieferverkehr  
1521 mit E-Lastenrädern (z.B. Paketdienste).
- 1522 • Reduzierung des innerstädtischen LKW-Verkehrs durch geeignete Maßnahmen,  
1523 insbesondere an stark belasteten Straßen, z.B. Behlertstraße und Potsdamer  
1524 Straße.
- 1525 • verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, z.B. „Tag des ÖPNV“ in Potsdam  
1526 etablieren. Stärkere Bewerbung der flexiblen Nutzung und Kombination  
1527 umweltfreundlicher Verkehrsmittel.
- 1528 • innovative Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel des  
1529 Umweltverbundes.
- 1530 • Prüfung zum Einsatz von Oberleitungsbussen auf einzelnen Strecken.

1531 **Verkehrssicherheit erhöhen**

1532 Verkehrsunfälle haben besonders für Fußgänger\*innen und Fahrradfahrer\*innen  
1533 ernste Folgen. Eine Verkehrsplanung die sich vorrangig an Fußgänger\*innen und  
1534 Fahrradfahrer\*innen orientiert, stellt damit die Sicherheit der Menschen und  
1535 nicht das Recht des Stärkeren in den Mittelpunkt.

1536 Dafür machen wir uns stark:

- 1537 • eine Stadt ohne Verkehrstote und Verletzte („Vision Zero“).
- 1538 • Grundsätzlich Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit im bebauten Stadtgebiet;  
1539 Tempo 20-Zonen in Kita- und Schulbereichen.
- 1540 • Ampelregelungen zugunsten Rad, Fuß und ÖPNV stärken. Grüne Welle für  
1541 Radfahrer und ÖPNV statt für Autos.
- 1542 • LKWs der Stadt und der städtischen Betriebe mit Abbiegewarnsystem  
1543 ausstatten
- 1544 • Stärkere Förderung von Verkehrsunterricht in den Schulen
- 1545 • mehr Sicherheit für Radfahrer: wenn möglich Radwege baulich trennen, sonst  
1546 farbliche Kennzeichnung und Rubbelstreifen, Tempolimits für Autos,  
1547 Schutzstreifen (Radfahrstreifen auf der Fahrbahn) mit angemessener Breite  
1548 einrichten.

1549 **Dominanz des Autoverkehrs verringern - Lebensqualität**  
1550 **erhöhen**

1551 Die Potsdamer\*innen leiden täglich unter Abgasen und verstopften Straßen. Die  
1552 Potenziale zur Reduzierung von Fahrzeugzahlen im täglichen Verkehr sollten  
1553 ausgeschöpft werden, um den Verkehr zu verflüssigen und Abgase zu vermeiden.

1554 Ein großer Teil der Flächen in Potsdam wird vom Autoverkehr (Straßen und  
1555 Parkplätze) in Anspruch genommen. Wir wollen, dass insbesondere in der  
1556 Innenstadt und in anderen Wohnquartieren qualitätsvolle Freiräume zur Entfaltung  
1557 urbanen Lebens ohne Autoverkehr entstehen.

1558 Dafür machen wir uns stark:

- 1559 • In der Innenstadt den Bereich zwischen Schopenhauerstraße,  
1560 Hegelallee/Kurfürstenstraße, Hebbelstraße und Charlottenstraße autofrei  
1561 gestalten. Gutenbergstraße und Friedrich-Ebert-Straße sollen somit im  
1562 Innenstadtbereich autofrei und deutlich fahrradfreundlicher werden.
- 1563 • In den Kiezen autofreie Stadtteilzentren schaffen. Dabei ist aber auch den  
1564 Bedürfnissen von mobilitätseingeschränkten Personen und

- 1565 Einzelhändler\*innen durch Ausnahmeregelungen (ggf. zeitlich beschränkt)  
1566 Rechnung zu tragen.
- 1567 • Durchgangsverkehre verringern.
- 1568 • Erhöhung der Parkkosten: Kosten für Anwohnerparken, Ausweitung der  
1569 Parkraumbewirtschaftung.
- 1570 • Verringerung der vorhandenen PKW-Parkplätze bei gleichzeitigem Ausbau von  
1571 Park&Ride.
- 1572 • Bebauungspläne nur noch mit einem Parkplatzangebot von 0.5 Fahrzeugen pro  
1573 Wohneinheit (nach dem Vorbild von Krampnitz).
- 1574 • Abschaffung der Stellplatzsatzung, nach der die Zahl der Stellplätze beim  
1575 Neubau eines Gebäudes vorgeschrieben wird. Dadurch werden Stellplätze  
1576 auch dann gefordert, wenn sich die Bewohner eines Hauses gegen ein eigenes  
1577 Auto entscheiden oder eine gute ÖPNV-Anbindung keine/wenige Stellplätze  
1578 nötig macht. Die Baukosten werden unnötig erhöht und führen damit auch zu  
1579 höheren Mieten.
- 1580 • flexible Verkehrsregelungen an den Stadträndern, um einfließenden Verkehr  
1581 auf ein hinsichtlich Lebensqualität und Verkehrsfluss günstiges Maß zu  
1582 drosseln (z.B. Pfortnerampeln, LKW-Leitsystem).
- 1583 • Reduzierung von Fahrzeugzahlen durch Carsharing-Initiativen, insbesondere  
1584 mit Elektrofahrzeugen, ggf. städtisches Carsharing einführen.
- 1585 • Förderung von Mitfahrinitiativen (z.B. durch Kennzeichnung von Fahrzeugen,  
1586 die über Mitnahmekapazitäten verfügen).

## A6NEU Gemeinsam, gerecht und sozial: Alle mitnehmen!

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 24.01.2019

### Text

#### 1976 Toleranz in Potsdam leben

1977 Potsdam ist bunt! Als Partei und Stadtfraktion sind wir Mitglied im Bündnis  
1978 „Potsdam bekennt Farbe!“ und somit Teil eines breiten gesellschaftlichen  
1979 Zusammenschlusses. Gemeinsam mit anderen setzen wir auch in den kommenden Jahren  
1980 entschiedene Signale für ein weltoffenes, tolerantes Potsdam für eine  
1981 solidarische Stadtgesellschaft ohne Ausgrenzungen und gegen rechtsextreme  
1982 Veranstaltungen und Instrumentalisierungsversuche von Ereignissen und Orten in  
1983 Potsdam ein.

1984 Dafür machen wir uns stark:

- 1985 • Aktive Unterstützung des Bündnisses "Potsdam bekennt Farbe" durch  
1986 gemeinsame Aktionen für Demokratie, Weltoffenheit, gegen Rechtsextremismus  
1987 und Rassismus
- 1988 • Ausbau des interkulturellen und interreligiösen Dialoges in Potsdam z.B.  
1989 begrüßen wir den Aufbau der Synagoge, die Versöhnungsarbeit der Nagel-  
1990 Kreuzgemeinde, die Aktivitäten der muslimischen Gemeinde und der  
1991 französisch-reformierte Kirche sowie andere Dialoge der Religionen und  
1992 Glaubensgemeinschaften im Sinne des „Neuen Potsdamer Toleranzediktes“
- 1993 • um Minderheitenrechte zu stärken, Diskriminierungen entgegenwirken und  
1994 Hilfen zu ermöglichen, z. B. von Geflüchteten, Lesben, Schwulen, Bi- und  
1995 Transsexuellen (LSBTTIQ\*), Wohnungslosen u.a. regen wir an, die Benennung  
1996 einer Ansprechpartner\*in für die Belange von LSBTTIQ\* im Büro für  
1997 Chancengleichheit

#### 1998 Sozialen Zusammenhalt in allen Generationen 1999 fördern

2000 Der soziale Zusammenhalt in allen Generationen unserer Stadtgesellschaft und die  
2001 Unterstützung von Bürger\*innen in persönlichen finanziellen oder  
2002 gesundheitlichen Notlagen, bleibt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein wichtiges Ziel  
2003 kommunaler Politik. Wir fordern eine Einbindung sozialer Kriterien, wie die  
2004 Anlehnung der Löhne an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes, bei der  
2005 Vergabe an freie Träger der sozialen und gesundheitsversorgenden Arbeit.  
2006 Die großen Unterschiede und Zusammenhänge im Bereich von Einkommen und Zugang zu  
2007 guter Bildung sind vielfältig wissenschaftlich erforscht und dokumentiert.  
2008 Kinderarmut gerade in bildungsfernen Familien, viele davon mit  
2009 Migrationshintergrund, drückt sich auch durch die Verdrängung der weniger gut  
2010 gestellten Familien aus gewachsenen, solidarischen Nachbarschaften der  
2011 Innenstädte in die oft weniger attraktiven Außenbezirke (Gentrifizierung). Dabei  
2012 ist es für den solidarischen Zusammenhalt in Potsdam wichtig, dass die

2013 vielfältigen Lebensweisen in allen Stadtteilen vertreten sind und einander offen  
2014 gegenüber treten. Wir setzen uns dafür ein, dass in Projekten wie der  
2015 Gartenstadt Drewitz Raum für alle Einkommensschichten geboten wird.

2016 Dafür machen wir uns stark:

- 2017 • Soziale und ökologische Projekte nach dem Beispiel der „Gartenstadt  
2018 Drewitz“. Sie ist ein positiver Ansatz zur Verbesserung der Lebensqualität  
2019 der Menschen und ist beispielgebend für andere Stadtteile von Potsdam und  
2020 andere Regionen. Dafür sprechen auch zahlreiche Auszeichnungen, wie dem  
2021 Deutschen Städtebaupreises 2014 und einer Auszeichnung im Bundeswettbewerb  
2022 „Kommunaler Klimaschutz 2014“

## 2023 Familien vor sozialem Abstieg schützen- Armen 2024 Kindern Teilhabe ermöglichen und Perspektiven 2025 eröffnen

2026 Potsdam wächst und etabliert sich als familienfreundliche Stadt. Viele Familien  
2027 können in Potsdam gut leben. Die Schattenseite in Potsdam ist, dass ca. 15 %  
2028 Prozent der Kinder und Jugendlichen von Armut betroffen sind. Als arm gelten  
2029 3765 Kinder und Jugendliche im Bezug von ALG II Leistungen des SGB II. Diese  
2030 Kinder haben keine Chancen auf gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft  
2031 und damit auch weniger Perspektiven für die Zukunft.

2032 Deshalb ist es Ziel Grüner Politik, dafür Sorge zu tragen, dass alle Kinder und  
2033 Jugendlichen die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten erhalten. Mittels  
2034 frühzeitiger Bildung-, Jugend- und Sozialarbeit soll individuelle Problemlagen  
2035 und deren Verstetigung entgegengewirkt werden. Eine Stadt wie Potsdam kann die  
2036 Ursachen von Armut nicht beheben - vieles hängt von der Landes- und  
2037 Bundesgesetzgebung ab - kann aber deren Folgen minimieren.

2038 Dafür machen wir uns stark:

- 2039 • eine regelmäßige kommunale Armuts- und Reichtumsberichterstattung
- 2040 • Fortschreibung und Monitoring der Maßnahmen zur Minimierung der Folgen von  
2041 Armut
- 2042 • eine kostenfreie Bildung (Materialien, Klassenfahrten,  
2043 Nachmittagsangebote, Speisen)
- 2044 • die Einführung einer Bildungskarte, nach dem Beispiel der Stadt Münster.  
2045 Mit der Bildungskarte bezahlen berechnete Kinder und Jugendliche die

- 2046 Kosten für Tagesausflüge, Mittagessen, Lernförderung oder Vereinsbeiträge  
2047 direkt am Ort, ohne Papiergutschein oder Bargeld.
- 2048 • leicht zugängliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder,  
2049 Jugendliche und Eltern.
- 2050 • keine Zwangsräumung von Familien mit Kindern aus städtischen Wohnungen
- 2051 • Vereinfachung und Hilfen bei der Beantragung von Unterstützungsleistungen  
2052 aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BUT) für Familien mit geringem  
2053 Einkommen
- 2054 • Pflegekinderdienst personell aufstocken, bessere Einflussmöglichkeiten bei  
2055 Problemfällen in Elternhäusern und Pflegefamilien
- 2056 • Projekt „Leihgroßeltern“: Unterstützung Alleinerziehender und überlasteter  
2057 Familien
- 2058 • verstärkte Investitionen in die Prävention, um langfristig den Bedarf an  
2059 Hilfen zur Erziehung (HzE) zu verringern. Zur Prävention zählen z.B. die  
2060 verlässliche Finanzierung von Familienbildungsangeboten wie beispielsweise  
2061 Frühförderung, Erziehungsberatungsstellen und die Unterstützung von  
2062 Familienfreizeiten und Familienerholung

## 2063 **Bezahlbares Wohnen ermöglichen**

2064 Eine Aufgabe der Stadt ist es, für alle Bürger\*innen bezahlbaren Wohnraum in  
2065 allen Stadtteilen vorzuhalten und sozialökonomisch durchmischte Wohngebiete zu  
2066 ermöglichen.

2067 Die kommunalen Wohnungsunternehmen sollen geeignete barrierefreie und bezahlbare  
2068 Wohnmöglichkeiten für Familien, Menschen mit Behinderung und Senior\*innen  
2069 vorhalten und neu schaffen. Darüber hinaus sollten generationenübergreifende und  
2070 gemeinschaftliche Wohnprojekte in der Stadt gefördert und unterstützt werden.

2071 Die bisherige Politik der kommunalen Wohnungsunternehmen muss hinsichtlich der  
2072 Eigentumsbildung für Familien auf den Prüfstand gestellt. Modelle für die  
2073 Eigentumsentwicklung, gerade für Menschen in Sozialberufen, müssen in allen  
2074 Stadtteilen gefördert werden. Neben der Stabilität des Wohnumfeldes wirkt dies  
2075 auch der Altersarmut entgegen. Der mögliche Eigentumserwerb kann Anreize setzen  
2076 für Menschen zum Beispiel in Sozialberufen in der Stadt Potsdam zu wohnen und zu  
2077 arbeiten.

2078 • Neue Modelle zu Miete und Eigentumsbildung für niedrige und mittlere  
2079 Einkommen zu entwickeln, gerade für Sozialberufe in Potsdam

2080 • Subventionierter Wohnraum für Menschen mit geringen Einkommen in allen  
2081 Stadtteilen

2082 • Eigentumswohnungen im Niedrigkostensegment schaffen (mit Möglichkeit des  
2083 Eigenausbaus, mit Bereitstellung eines Kapitalstocks, mit Bürgschaften  
2084 oder über einen Rotationsfonds für Sozialberufe; auf bodenbezogene Steuern  
2085 verzichten; pro-bono Notare finden)

## 2086 Gleichstellung bedeutet Gerechtigkeit

2087 Seit vielen Jahren machen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine gelebte  
2088 Gleichstellung von Männern und Frauen stark. Dabei geht es uns sowohl um die  
2089 gerechte Verteilung von Führungspositionen zwischen Frauen und Männern als auch  
2090 um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auf kommunaler Ebene setzen  
2091 wir uns verstärkt für mehr Frauen in der Verwaltungsspitze und in öffentlichen  
2092 Ämtern ein. Wir unterstützen Projekte, die konkret auf das Ziel hinarbeiten,  
2093 Frauen wie Männern Beruf/Karriere und Familie zu ermöglichen. Wir Bündnisgrünen  
2094 setzen uns dafür ein, Gewalt gegen Frauen als unterschätztes Problem öffentlich  
2095 zum Thema zu machen und zeitgleich den Frauen einen Schutzraum zu bieten.

2096 Dafür machen wir uns stark:

- 2097 • Wir wollen die Gleichstellung von Frauen vor Ort voranbringen und die  
2098 kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in ihrer Arbeit stärken.
- 2099 • in Potsdam ein offenes und modernes Gesellschaftsbild ohne Diskriminierung  
2100 leben:
  - 2101 ◦ weitere Begleitung und Umsetzung des Konzepts zur Vermeidung  
2102 sexistische Werbung in Potsdam sowie der Kontaktstelle für  
2103 Beschwerden über sexistische Werbung
  - 2104 ◦ an öffentlichen Plätzen geschlechterdifferenzierte Analysen  
2105 durchführen und die Sicherheit für Frauen und andere diskriminierte  
2106 Personengruppen gewährleisten (z.B. durch Frauentaxis oder  
2107 Heimwegtelefon)
  - 2108 ◦ in städtisch-öffentlichen Gebäuden Unisex-Toiletten einrichten
  - 2109 ◦ geschlechtergerechte Sprache in der öffentlichen Verwaltung
- 2110 • Paritätische Besetzung in Verwaltungsspitzen (Fachbereichsleitung),  
2111 öffentlichen Ämtern bzw. Quote in Aufsichtsräten und Vorständen von  
2112 städtischen Gesellschaften
- 2113 • ein Frauenbeirat für Potsdam
- 2114 • Initiation eines Frauenpreises der Stadt Potsdam für besondere Verdienste  
2115 um die Geschlechtergerechtigkeit in der Stadt
- 2116 • nach dem Vorbild des von der Bündnisgrünen Fraktion im brandenburgischen  
2117 Landtag initiierten Paritätsgesetzes wollen wir uns für ein paritätisch  
2118 besetztes Stadtparlament einsetzen
- 2119 • Von sexualisierter und häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder  
2120 dürfen wir nicht allein lassen. Wir wollen Frauenhäuser und  
2121 Frauenschutzwohnungen verlässlich und ausreichend finanzieren.

- 2122 Pädagogische Angebote in Frauenhäusern, Frauenberatungsangebote und  
2123 präventive Maßnahmen wollen wir weiter ausbauen.
- 2124 • weiteren Mädchentreff in benachteiligten Stadtteilen schaffen
- 2125 • Orte der interreligiösen Austauschs für Frauen schaffen
- 2126 • Förderung der Gründung eines Zentrums für geflüchtete Frauen mit  
2127 selbstbestimmter Leitung und Gestaltung durch geflüchtete Frauen

## 2128 **Teilhabe von Senior\*innen am städtischen Leben**

2129 Die Frage des Zusammenlebens verschiedener Generationen in der Stadt muss  
2130 angesichts einer stetig alternden Bevölkerung verstärkt in den Vordergrund  
2131 treten. Dies betrifft die konkreten Auswirkungen wie Barrierefreiheit und die  
2132 Beförderung von Mehrgenerationenprojekten. Begegnungsstätten mit qualitativ  
2133 hochwertigen Angeboten mit der Beteiligung der Senior\*innen in den Stadtteilen  
2134 finden wir wichtig und erhaltenswert.

2135 Dafür machen wir uns stark:

- 2136 • Generationengerechtigkeit – z.B. Senioren-Treffs in den Stadtteilzentren
- 2137 • Servicewohnen für Senioren bei Neubauprojekten (beispielsweise in  
2138 Krampnitz)
- 2139 • altersgemischtes Wohnen fördern
- 2140 • altersgerechte Mobilität gestalten und fördern
- 2141 • Parks und Gärten als Erlebnisräume für Senior\*innen gestalten (Spiele,  
2142 Begleitungen, Vorträge, gesunde Ernährung)
- 2143 • Projekte für Arbeit für Ältere fördern

## 2144 **Junge Räume schaffen - Jugendhilfe stärken**

2145 Jugend bedeutet für uns freie Entfaltung. Dafür braucht es die richtigen  
2146 Voraussetzungen, Räume, Flächen, Angebote und vor allem: Freiheiten.

2147

2148 Um Diskriminierung den Rücken zu kehren und Risiken für Jugendliche zu  
2149 minimieren, wollen wir moderne und offene Aufklärungsarbeit im Bezug auf  
2150 Drogenkonsum, queeres Leben und psychische Belastung leisten.

2151

2152 Um Chancenungleichheit zu bekämpfen, wollen wir Nachhilfeangebote für sozial und  
2153 finanziell benachteiligte Kinder und Jugendliche stärken und ausbauen – auch  
2154 durch Kooperationen mit der Lehramtsfakultät der Universität Potsdam. Auch  
2155 gesundheitlich beeinträchtigte Kinder und Jugendliche sollen gestärkt und vor  
2156 Stigmatisierung (beispielsweise bei Legastheniker\*innen) geschützt werden.

2157

2158 Wir wollen nicht-kommerzielle Räume für junge Menschen schaffen. So sollen für  
2159 Jugendliche ohne eigenes Einkommen gute Alternativen zu teuren Kneipen und

2160 kommerziellen Treffpunkten angeboten werden. Die Stadt Potsdam soll Räume zur  
2161 Verfügung stellen und gegebenenfalls Vereine als Träger der Projekte  
2162 unterstützen. Mit gutem Beispiel vorangehen, wollen wir im Staudenhof-  
2163 Baukomplex. Dort möchten wir auf einer gesamten Etage einen „Solispace“  
2164 einrichten, inklusive einer nichtkommerziellen Kneipe, Umsonstladen,  
2165 Tischkicker-Räumen und Co-Working-Space. Es sollen nicht nur Freizeiträume,  
2166 sondern auch Orte für ungestörtes Arbeiten mit kostenlosem W-LAN entstehen.

2167  
2168 Freizeiträume sind jedoch nicht immer von vier Wänden umgeben. Wir setzen uns  
2169 dafür ein, dass zukünftig mehr Grünflächen – unter anderem in Parks – als  
2170 Liegewiesen zur Verfügung stehen. Außerdem sollen mehr kostenfreie Grillflächen  
2171 mit feuersicheren Entsorgungsmöglichkeiten angeboten werden. Wir wollen, dass  
2172 mehr frei zugängliche Sportflächen geschaffen werden. Zum Einen sollen  
2173 Schulsportanlagen nachmittags und am Wochenende der Öffentlichkeit zur Verfügung  
2174 stehen, zum Anderen sollen neue Anlagen, beispielsweise zum Skaten, errichtet  
2175 werden. Zudem wollen wir mehr legal zugängliche Badestellen schaffen.

2176  
2177 Dafür machen wir uns stark:

- 2178 • moderne und offene Aufklärungsarbeit (Drogenkonsum, queeres Leben,  
2179 psychische Erkrankungen)
- 2180 • Nachhilfeangebote für gesundheitlich, sozial und finanziell Benachteiligte
- 2181 • nicht-kommerzielle "Solispaces" mit Kneipen, Co-Working-Spaces und Co.
- 2182 • freies WLAN an gut besuchten, öffentlichen Plätzen
- 2183 • mehr Liegewiesen, Badestellen, Grillflächen, Sportflächen & Skate-Anlagen
- 2184 • Räume für Jugend-Initiativen, -zentren und -treffs schaffen und erhalten

2185 Seit dem 30. Juni 2018 sind die Brandenburger Kommunen verpflichtet, Kinder und  
2186 Jugendliche in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten zu beteiligen. So  
2187 schreibt es der neue Paragraf 18a der Brandenburger Kommunalverfassung  
2188 gesetzlich vor. Dort wird auch bestimmt, dass die Kommunen dafür  
2189 Beteiligungsformate entwickeln und nachweisen müssen, sie die Beteiligung  
2190 sichergestellt haben.

2191 Dafür machen wir uns stark:

- 2192 • Aufstockung der Mittel des Potsdamer Kinder- und Jugendbüro für die  
2193 Entwicklung und Begleitung von Formaten, die Beteiligung in all den  
2194 geforderten Gemeindeangelegenheiten sicherstellen
- 2195 • Etablierung eines ausfinanzierten Kinder- und Jugendparlaments (KiJuPa)  
2196 für die Stadt Potsdam, dessen Konzeption einen Etat vorsieht sowie  
2197 sicherstellt, dass die im KiJuPa getroffenen Entscheidungen durch die  
2198 Verwaltung auch umgesetzt werden

## 2199 Integration von Migrant\*innen fördern

2200 Wir sehen in der Integration der Geflüchteten und Migrant\*innen in Potsdam  
2201 Chancen und Herausforderungen, die weiterhin anzugehen sind. Daraus formulieren  
2202 wir den Auftrag an die Stadtverwaltung und die Bürger\*innen, positive  
2203 Entwicklungen und Projekte zu fördern und kritischen Tendenzen aktiv  
2204 entgegenzusteuern. Wir unterstützen die vielfältigen ehrenamtlichen Initiativen  
2205 zur Integration der Geflüchteten.

2206 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist weiterhin die bislang praktizierte, dezentrale,  
2207 stadtweite Unterbringung von Geflüchteten, auch in geeignetem Wohnraum in allen  
2208 Stadtteilen notwendig. Weiterhin ist anzustreben, die Aufenthaltsdauer in  
2209 Gemeinschaftsunterkünften, schrittweise zu reduzieren.

2210 Wir begrüßen und unterstützen die Interessenvertretung und die Arbeit des  
2211 Migrantenbeirates in Potsdam.

2212 Auf Bundes- und Landesebene müssen endlich Möglichkeiten geschaffen werden, dass  
2213 Migrant\*innen, ein kommunales Wahlrecht erlangen. Dafür werden wir uns weiterhin  
2214 einsetzen.

2215 Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung hat 2018 beschlossen, dass die Stadt  
2216 ein „sicherer Hafen“ für in Seenot geratene Geflüchtete wird. Im Rahmen der  
2217 europa- und bundesweiten Initiative „Seebrücke“ setzen wir uns dafür ein, das  
2218 Sterben im Mittelmeer zu beenden. Wir setzen uns für die Entkriminalisierung der  
2219 Seenotrettung ein. Wir wollen auf dem von uns mitgetragenen Beschluss der  
2220 Stadtverordnetenversammlung zur Solidarität mit Seenotrettungsmissionen und  
2221 Aufnahme von Geflüchteten aus Seenot aufbauen und ihn durch zügige Maßnahmen  
2222 konkretisieren. Die Stadt soll Seenotretter\*innen für ihre großartige Arbeit  
2223 auszeichnen.

2224 Dafür machen wir uns stark:

- 2225 • Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen, vorübergehend in kleinen  
2226 Gemeinschaftsunterkünften
- 2227 • Initiativen zur Unterstützung von Geflüchteten, Migrant\*innen und anderen  
2228 sozial Benachteiligten stärken
- 2229 • gute fachliche Beratung und Betreuung von Geflüchteten ausweiten;  
2230 zivilgesellschaftliches Engagement fördern
- 2231 • Gemeinschaftsbildung voranbringen
- 2232 • Erhöhung des Budgets zur Finanzierung von Integrationsmaßnahmen im  
2233 städtischen Haushalt
- 2234 • Förderung des Projekts „Stadtteilmütter“ zur schnellstmöglichen Einbindung  
2235 von jungen Zuwandererfamilien
- 2236 • kurzfristig: Feste, Begegnungen unterstützen; mittelfristig: Aufenthalts-  
2237 und Lebensqualität in den Plattensiedlungen stärken (wie am Schlaatz und

2238 in Drewitz begonnen), weitere (interkulturelle) Nachbarschaftsgärten  
2239 fördern und bestehende Gärten sichern

2240 • Beschluss der Stadtverordnetenversammlung "Sicherer Hafen" konsequent  
2241 umsetzen durch Schaffung von kommunalen Regelungen zur Aufnahme  
2242 Geflüchteter aus Seenotrettung, aber auch im Zuge von Kontingenten (z.B.  
2243 Jesid\*innen und aus den Geflüchtetenlagern in den Anrainerstaaten der  
2244 Kriegsschauplätze, bzw. Griechenland, Italien, Malta und Spanien)

2245 • Verhandlungen im deutschen Städtetag, um die legale Integration dieser  
2246 Geflüchteten zu ermöglichen

2247 • Seenotretter\*innen auszeichnen

2248

## 2249 **Teilhabe von Menschen mit besonderen** 2250 **Herausforderungen**

2251 Zu einer vielfältigen und inklusiven Gesellschaft gehört auch die  
2252 Unterschiedlichkeit aller Menschen. Zur Verwirklichung einer selbstbestimmten  
2253 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von Menschen mit Behinderungen setzen wir  
2254 uns für den Abbau aller Arten von Barrieren ein, wie es im Teilhabeplan der  
2255 Stadt Potsdam beschrieben ist. Dieses wollen wir weiter unterstützen und  
2256 kontinuierlich weiterentwickeln.

2257 Barrierefreiheit bedeutet auch die Ermöglichung eines eigenständigen Lebens.  
2258 Dazu gehören eine Auswahl von flexiblen Hilfsangeboten und umfassenden  
2259 Informationen, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt zwischen  
2260 verschiedenen Assistenzangeboten wählen können. Die Leistungsform des  
2261 „persönlichen Budgets“ kann in vielen Fällen eine selbstbestimmte Lebensführung  
2262 verbessern und stärken. Es bedarf daher einer fachlichen optimierten Beratung,  
2263 Begleitung und Bewilligungspraxis bei der Gewährung des „persönlichen Budgets“.

2264 Dafür machen wir uns stark:

2265 • Umsetzung des Teilhabeplans und finanzielle Unterstützung der dazugehörigen  
2266 Projekte

2267 • speziell für die Arbeit sollten Inklusionsprojekte, wie vom  
2268 Bundesteilhabegesetz (Teilhabe an Arbeit und Berufsbildung) vorgesehen,

- 2269 besser gefördert werden. Auch hier ist die Umsetzung des Teilhabepplans  
2270 finanziell zu untersetzen.
- 2271 • Ausruf eines Jahresthemas der Stadt zur Inklusion von Menschen mit  
2272 Beeinträchtigungen mit öffentlichen Veranstaltungen und Workshops
- 2273 • barrierefreie Ausgestaltung der Stadtverwaltung
- 2274 • eine unabhängige Beratungsstelle mit Begegnungshaus und Café für Menschen  
2275 mit Behinderung
- 2276 • Projekte für gemeinsames Wohnen für junge Erwachsene mit Behinderungen und  
2277 deren Förderung
- 2278 • gemeinsame Sportprojekte für Menschen mit und ohne Behinderungen fördern

## 2279 Gesundheitsförderung und Prävention weiter 2280 ausbauen

2281 Potsdam ist Mitglied im bundesweiten Netzwerk „Gesunde Städte“ und zeichnet sich  
2282 dadurch aus, dass Gesundheitsförderung und Prävention in vielen Bereichen der  
2283 Stadtpolitik eine hohe Beachtung findet.

2284 So bietet die Verkehrs- und Mobilitätspolitik der Stadt wesentliche  
2285 Schnittmengen mit dem Bereich Gesundheit, denn Lärm, Staub und Stress können  
2286 krank machen. Gemeinsam mit den Bewohner\*innen wollen wir Ideen für ein gesundes  
2287 Leben in den Stadtteilen entwickeln und die Lebensbedingungen in der Stadt so  
2288 gestalten, dass urbanes Leben ohne unnötige Gesundheitsbelastungen und –gefahren  
2289 attraktiv bleibt. Umso wichtiger ist es daher, sich für ein vielfältiges Angebot  
2290 von Freiräumen in der Stadt stark zu machen.

2291 Wir haben in Potsdam sehr gute Möglichkeiten Gesundheitsförderung und Prävention  
2292 praktisch umzusetzen. Dennoch sind wir als Stadt noch nicht optimal auf soziale  
2293 Benachteiligungen, die Alterung und die Pflegebedürftigkeit der Menschen  
2294 eingestellt. Ein hohes Gesundheitsrisiko besteht beispielsweise aufgrund von  
2295 Armut durch dauerhaft geringe Einkommen oder durch Langzeitarbeitslosigkeit und  
2296 drückt sich z.B. durch einseitige Mangel- bzw. Überernährung, oder durch  
2297 vermehrte Suchtmechanismen, wie Alkoholmissbrauch aus.  
2298 Die offensichtlichen sozialen Ungleichheiten führen bei immer mehr Menschen,  
2299 insbesondere bei betroffenen Kindern und Jugendlichen, oft zu gesundheitlichen  
2300 Einschränkungen bis hin zu Schädigungen. Hier braucht es strategische,  
2301 zielgerichtete Konzepte und Netzwerke, um gegen die gesundheitlichen Folgen von  
2302 Armut vorzugehen.

2303 Fakt ist es, dass in unserer Stadt viele Ältere und immer mehr pflegebedürftige  
2304 Menschen leben. Hier ist eine ganzheitliche Ausgestaltung nötig, die bei den  
2305 Wohnformen beginnt und mit Teilhabe z.B. durch ärztliche Hausbesuchen  
2306 oder ambulante und stationäre, medizinische Versorgung zusammenhängt. Hier sind  
2307 noch Reserven in den vielfältigen Netzwerken vorhanden. Deshalb begrüßen wir  
2308 Initiativen wie die Fachstelle "Altern und Pflege im Quartier" im Land  
2309 Brandenburg mit ihrer Geschäftsstelle in Potsdam und die interdisziplinäre

2310 Arbeit (Pflege- und Sozialarbeit) des Pflegestützpunktes Potsdam u.v.a., die  
2311 hier auf den immer höher werdenden Pflegebedarf reagieren.

2312 Dafür machen wir uns stark:

- 2313 • Ausbau von Präventionsangeboten, in Bezug auf Umwelt- und Mobilität
- 2314 • Strategische und zielgerichtete Konzepte und Stärkung von Netzwerken, um  
2315 gegen die gesundheitlichen Folgen von Armut vorzugehen
- 2316 • Aufbau einer kommunalen Altenhilfe- und Pflegeplanung und Alternsgerechte  
2317 Quartiersentwicklung in möglichst allen Stadtteilen in Potsdam
- 2318 • Ausbau altersgerechter, möglichst lange ambulanter Wohnformen und von  
2319 anderen alltagsunterstützenden Angeboten

## Beschluss Gemeinsam, gerecht und sozial: Alle mitnehmen!

Gremium: KMV Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

### Text

#### 1587 **Toleranz in Potsdam leben**

1588 Potsdam ist bunt! In der Tradition der Bürger\*innenbewegung, die als "Bündnis  
1589 90" in unserem Parteinamen dauerhaft verankert ist, unterstützen wir  
1590 Bürger\*inneninitiativen, die unseren programmatischen Grundsätzen entsprechen  
1591 und das Wohl der Stadt im Blick haben. Als Partei und Stadtfraktion sind wir  
1592 Mitglied im Bündnis „Potsdam bekennt Farbe!“ und somit Teil eines breiten  
1593 gesellschaftlichen Zusammenschlusses. Gemeinsam mit anderen setzen wir auch in  
1594 den kommenden Jahren entschiedene Signale für ein weltoffenes, tolerantes  
1595 Potsdam für eine solidarische Stadtgesellschaft ohne Ausgrenzungen und gegen  
1596 rechtsextreme Veranstaltungen und Instrumentalisierungsversuche von Ereignissen  
1597 und Orten in Potsdam ein.

1598 Dafür machen wir uns stark:

- 1599 • Aktive Unterstützung des Bündnisses "Potsdam bekennt Farbe" durch  
1600 gemeinsame Aktionen für Demokratie, Weltoffenheit, gegen Rechtsextremismus  
1601 und Rassismus
- 1602 • Ausbau des interkulturellen und interreligiösen Dialoges in Potsdam z.B.  
1603 begrüßen wir den Aufbau der Synagoge, die Versöhnungsarbeit der Nagel-  
1604 Kreuzgemeinde, die Aktivitäten der muslimischen Gemeinde und der  
1605 französisch-reformierte Kirche sowie andere Dialoge der Religionen und  
1606 Glaubensgemeinschaften im Sinne des „Neuen Potsdamer Toleranzediktes“
- 1607 • Minderheitenrechte stärken, z. B. für geflüchtete und wohnungslose  
1608 Menschen, sowie lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, trans\*,  
1609 inter\* und queere Menschen (LSBTTIQ\*), Diskriminierungen entgegenwirken  
1610 und Hilfen ermöglichen,
- 1611 • U.a. regen wir die Benennung einer/eines Ansprechpartner\*in für die  
1612 Belange von LSBTTIQ\* im Büro für Chancengleichheit an.

#### 1613 **Sozialen Zusammenhalt in allen Generationen** 1614 **fördern**

1615 Der soziale Zusammenhalt in allen Generationen unserer Stadtgesellschaft und die  
1616 Unterstützung von Bürger\*innen in persönlichen finanziellen oder  
1617 gesundheitlichen Notlagen, bleibt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein wichtiges Ziel  
1618 kommunaler Politik. Wir fordern eine Einbindung sozialer Kriterien, wie die  
1619 Anlehnung der Löhne an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes, bei der  
1620 Vergabe an freie Träger der sozialen und gesundheitsversorgenden Arbeit.  
1621 Die großen Unterschiede und Zusammenhänge im Bereich von Einkommen und Zugang zu  
1622 guter Bildung sind vielfältig wissenschaftlich erforscht und dokumentiert.

1623 Kinderarmut gerade in bildungsfernen Familien, viele davon mit  
1624 Migrationshintergrund, drückt sich auch durch die Verdrängung der weniger gut  
1625 gestellten Familien aus gewachsenen, solidarischen Nachbarschaften der  
1626 Innenstädte in die oft weniger attraktiven Außenbezirke (Gentrifizierung). Dabei  
1627 ist es für den solidarischen Zusammenhalt in Potsdam wichtig, dass die  
1628 vielfältigen Lebensweisen in allen Stadtteilen vertreten sind und einander offen  
1629 gegenüber treten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich in Projekten wie der  
1630 Gartenstadt Drewitz Menschen unterschiedlichster sozialer Herkunft begegnen  
1631 können.

1632 Dafür machen wir uns stark:

- 1633 • Soziale und ökologische Projekte nach dem Beispiel der „Gartenstadt  
1634 Drewitz“. Sie ist ein positiver Ansatz zur Verbesserung der Lebensqualität  
1635 der Menschen und ist beispielgebend für andere Stadtteile von Potsdam und  
1636 andere Regionen. Dafür sprechen auch zahlreiche Auszeichnungen, wie dem  
1637 Deutschen Städtebaupreises 2014 und einer Auszeichnung im Bundeswettbewerb  
1638 „Kommunaler Klimaschutz 2014“

### 1639 Familien vor sozialem Abstieg schützen- Armen 1640 Kindern Teilhabe ermöglichen und Perspektiven 1641 eröffnen

1642 Potsdam wächst und etabliert sich als familienfreundliche Stadt. Viele Familien  
1643 können in Potsdam gut leben. Die Schattenseite in Potsdam ist, dass ca. 15 %  
1644 Prozent der Kinder und Jugendlichen von Armut betroffen sind. Als arm gelten  
1645 3765 Kinder und Jugendliche im Bezug von ALG II Leistungen des SGB II. Diese  
1646 Kinder haben weniger Chancen auf gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft  
1647 und damit auch geringere Perspektiven für die Zukunft.

1648 Deshalb ist es Ziel Grüner Politik, dafür Sorge zu tragen, dass alle Kinder und  
1649 Jugendlichen die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten erhalten. Mittels  
1650 frühzeitiger Bildung-, Jugend- und Sozialarbeit soll individuelle Problemlagen  
1651 und deren Verstetigung entgegengewirkt werden. Eine Stadt wie Potsdam kann die  
1652 Ursachen von Armut nicht beheben - vieles hängt von der Landes- und  
1653 Bundesgesetzgebung ab - kann aber deren Folgen minimieren.

1654 Dafür machen wir uns stark:

- 1655 • eine regelmäßige kommunale Armuts- und Reichtumsberichterstattung
- 1656 • Fortschreibung und Monitoring der Maßnahmen zur Minimierung der Folgen von  
1657 Armut
- 1658 • eine kostenfreie Bildung (Materialien, Klassenfahrten,  
1659 Nachmittagsangebote, Speisen)
- 1660 • die Einführung einer Bildungskarte, nach dem Beispiel der Stadt Münster.  
1661 Mit der Bildungskarte bezahlen berechnete Kinder und Jugendliche die

- 1662 Kosten für Tagesausflüge, Mittagessen, Lernförderung oder Vereinsbeiträge  
1663 direkt am Ort, ohne Papiergutschein oder Bargeld.
- 1664 • leicht zugängliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder,  
1665 Jugendliche und Eltern.
- 1666 • Fortführung der Arbeit des Bildungsbüros auch nach Ablauf des  
1667 Förderzeitraums
- 1668 • keine Zwangsräumung von Familien mit Kindern aus städtischen Wohnungen
- 1669 • Vereinfachung und Hilfen bei der Beantragung von Unterstützungsleistungen  
1670 aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BUT) für Familien mit geringem  
1671 Einkommen
- 1672 • Pflegekinderdienst personell aufstocken, bessere Einflussmöglichkeiten bei  
1673 Problemfällen in Elternhäusern und Pflegefamilien
- 1674 • Projekt „Leihgroßeltern“: Unterstützung Alleinerziehender und überlasteter  
1675 Familien
- 1676 • verstärkte Investitionen in die Prävention, um Familien zu stärken, damit  
1677 sie ihre Kinder gut begleiten können und dadurch Fremdplatzierungen von  
1678 Kindern in Wohngruppen o.Ä. reduziert und nach Möglichkeit vermieden  
1679 werden können. Zur Prävention zählen z.B. die verlässliche Finanzierung  
1680 von Familienbildungsangeboten wie beispielsweise Frühförderung,  
1681 Erziehungsberatungsstellen und die Unterstützung von Familienfreizeiten  
1682 und Familienerholung
- 1683 Alle Familienformen unterstützen  
1684 Familienformen sind vielfältig. Ob Vater-Mutter-Kind, Mutter-Kind-Kind oder  
1685 Vater-Vater-Kind – Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Menschen  
1686 Verantwortung füreinander übernehmen. Wir wollen alle Familienformen  
1687 unterstützen.
- 1688  
1689 Dafür machen wir uns stark:
- 1690 • Wir wollen bestehende Familienzentren und Initiativen für die Gründung  
1691 neuer Familienzentren fördern. Hier können niedrigschwellige Angebote für  
1692 alle Familien wie Schwangerschaftsberatung, Eltern-Kind-Kurse, Vermittlung  
1693 von unterstützenden Patenschaften, Beratung und Aktivitäten für  
1694 Regenbogenfamilien oder Senior\*innenkreise stattfinden.
- 1695 • Wir wollen vielfältige Familienformen stärker in den Jugendhilfeplan der  
1696 Stadt Potsdam integrieren. Inklusion als oberste Maxime sollte daher auch  
1697 z.B. die Akzeptanz verschiedener geschlechtlicher oder sexueller  
1698 Identitäten beinhalten (neben den dort bereits benannten Gruppen). Ebenso  
1699 sollen die beiden Gruppen in der Ausgestaltung des Handlungsfeldes  
1700 „Chancengleichheit und Vielfalt“ ergänzend berücksichtigt werden.
- 1701 • Im kommunalen Verwaltungshandeln (Formulare, Vorschriften und allgemeine  
1702 Informationen) muss die Vielfalt der Familienformen angemessen  
1703 Berücksichtigung finden

## 1704 **Bezahlbares Wohnen ermöglichen**

1705 Eine Aufgabe der Stadt ist es, für alle Bürger\*innen bezahlbaren Wohnraum in  
1706 allen Stadtteilen vorzuhalten und sozialökonomisch durchmischte Wohngebiete zu  
1707 ermöglichen.

1708 Die kommunalen Wohnungsunternehmen sollen geeignete barrierefreie und bezahlbare  
1709 Wohnmöglichkeiten für Familien, Menschen mit Behinderung und Senior\*innen  
1710 vorhalten und neu schaffen. Darüber hinaus sollten generationenübergreifende und  
1711 gemeinschaftliche Wohnprojekte in der Stadt gefördert und unterstützt werden.

1712 Die bisherige Politik der kommunalen Wohnungsunternehmen muss hinsichtlich der  
1713 Eigentumsbildung für Familien auf den Prüfstand gestellt. Modelle für die  
1714 Eigentumsentwicklung, gerade für Menschen in Sozialberufen, müssen in allen  
1715 Stadtteilen gefördert werden. Neben der Stabilität des Wohnumfeldes wirkt dies  
1716 auch der Altersarmut entgegen. Der mögliche Eigentumserwerb kann Anreize setzen  
1717 für Menschen zum Beispiel in Sozialberufen in der Stadt Potsdam zu wohnen und zu  
1718 arbeiten.

- 1719 • Neue Modelle zu Miete und Eigentumsbildung für niedrige und mittlere  
1720 Einkommen zu entwickeln, gerade für Sozialberufe in Potsdam
- 1721 • Subventionierter Wohnraum für Menschen mit geringen Einkommen in allen  
1722 Stadtteilen
- 1723 • Eigentumswohnungen im Niedrigkostensegment schaffen (mit Möglichkeit des  
1724 Eigenausbaus, mit Bereitstellung eines Kapitalstocks, mit Bürgschaften  
1725 oder über einen Rotationsfonds für Sozialberufe; auf bodenbezogene Steuern  
1726 verzichten; pro-bono Notare finden)

## 1727 **Gleichstellung bedeutet Gerechtigkeit**

1728 Seit vielen Jahren machen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine gelebte  
1729 Gleichstellung von Männern und Frauen stark. Dabei geht es uns sowohl um die  
1730 gerechte Verteilung von Führungspositionen zwischen Frauen und Männern als auch  
1731 um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auf kommunaler Ebene setzen  
1732 wir uns verstärkt für mehr Frauen in der Verwaltungsspitze und in öffentlichen  
1733 Ämtern ein. Wir unterstützen Projekte, die konkret auf das Ziel hinarbeiten,  
1734 Frauen wie Männern Beruf/Karriere und Familie zu ermöglichen. Wir Bündnisgrünen  
1735 setzen uns dafür ein, Gewalt gegen Frauen als unterschätztes Problem öffentlich  
1736 zum Thema zu machen und zeitgleich den Frauen einen Schutzraum zu bieten.

1737 Dafür machen wir uns stark:

- 1738 • Wir wollen die Gleichstellung von Frauen vor Ort voranbringen und die  
1739 kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in ihrer Arbeit stärken.
- 1740 • in Potsdam ein offenes und modernes Gesellschaftsbild ohne Diskriminierung  
1741 leben:
  - 1742 ◦ weitere Begleitung und Umsetzung des Konzepts zur Vermeidung  
1743 sexistische Werbung in Potsdam sowie der Kontaktstelle für  
1744 Beschwerden über sexistische Werbung

- 1745           ◦ an öffentlichen Plätzen geschlechterdifferenzierte Analysen
- 1746           durchführen und die Sicherheit für Frauen und andere diskriminierte
- 1747           Personengruppen gewährleisten (z.B. durch Frauentaxis oder
- 1748           Heimwegtelefon)
  
- 1749           ◦ in städtisch-öffentlichen Gebäuden Unisex-Toiletten einrichten
  
- 1750           ◦ geschlechtergerechte Sprache in der öffentlichen Verwaltung
  
- 1751           • Die Umsetzung der auf Initiative von Bündnis90/Die Grünen beschlossenen
- 1752           paritätischen Besetzung in Verwaltungsspitzen (Fachbereichsleitung),
- 1753           öffentlichen Ämtern bzw. Quote in Aufsichtsräten und Vorständen von
- 1754           städtischen Gesellschaften verfolgen
  
- 1755           • ein Frauenbeirat für Potsdam
  
- 1756           • Initiation eines Frauenpreises der Stadt Potsdam für besondere Verdienste
- 1757           um die Geschlechtergerechtigkeit in der Stadt
  
- 1758           • nach dem Vorbild des von der Bündnisgrünen Fraktion im brandenburgischen
- 1759           Landtag initiierten Paritätsgesetzes wollen wir uns für ein paritätisch
- 1760           besetztes Stadtparlament einsetzen
  
- 1761           • Von sexualisierter und häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder
- 1762           dürfen wir nicht allein lassen. Wir wollen Frauenhäuser und
- 1763           Frauenschutzwohnungen verlässlich und ausreichend finanzieren.
- 1764           Pädagogische Angebote in Frauenhäusern, Frauenberatungsangebote und
- 1765           präventive Maßnahmen wollen wir weiter ausbauen.
  
- 1766           • Geschlechtsspezifische Angebote in möglichst allen Kinder- und Jugendclubs
- 1767           schaffen.
  
- 1768           • Orte der interreligiösen Austauschs für Frauen schaffen
  
- 1769           • Förderung der Gründung eines Zentrums für geflüchtete Frauen mit
- 1770           selbstbestimmter Leitung und Gestaltung durch geflüchtete Frauen

## 1771 **Teilhabe von Senior\*innen am städtischen Leben**

1772 Die Frage des Zusammenlebens verschiedener Generationen in der Stadt muss  
1773 angesichts einer alternden Bevölkerung verstärkt in den Vordergrund treten. Dies  
1774 betrifft die konkreten Auswirkungen wie Barrierefreiheit und die Beförderung von  
1775 Mehrgenerationenprojekten. Begegnungsstätten mit qualitativ hochwertigen  
1776 Angeboten mit der Beteiligung der Senior\*innen in den Stadtteilen finden wir  
1777 wichtig und erhaltenswert.

1778 Dafür machen wir uns stark:

- 1779 • Generationengerechtigkeit – z.B. Senioren-Treffs in den Stadtteilzentren
- 1780 • Servicewohnen für Senioren bei Neubauprojekten (beispielsweise in  
1781 Krampnitz)
- 1782 • altersgemischtes Wohnen fördern
- 1783 • altersgerechte Mobilität gestalten und fördern
- 1784 • Parks und Gärten als Erlebnisräume für Senior\*innen gestalten (Spiele,  
1785 Begleitungen, Vorträge, gesunde Ernährung)
- 1786 • Arbeitsmöglichkeiten für Ältere fördern

### 1787 **Junge Räume schaffen - Jugendhilfe stärken**

1788 Jugend bedeutet für uns freie Entfaltung. Dafür braucht es die richtigen  
1789 Voraussetzungen, Räume, Flächen, Angebote und vor allem: Freiheiten.

1790

1791 Um Diskriminierung den Rücken zu kehren und Risiken für Jugendliche zu  
1792 minimieren, wollen wir moderne und offene Aufklärungsarbeit im Bezug auf  
1793 Drogenkonsum, queeres Leben und psychische Belastung leisten.

1794

1795 Um Chancenungleichheit zu bekämpfen, wollen wir Nachhilfeangebote für sozial und  
1796 finanziell benachteiligte Kinder und Jugendliche stärken und ausbauen – auch  
1797 durch Kooperationen mit der Lehramtsfakultät der Universität Potsdam. Auch  
1798 gesundheitlich beeinträchtigte Kinder und Jugendliche sollen gestärkt und vor  
1799 Stigmatisierung (beispielsweise bei Legastheniker\*innen) geschützt werden.

1800

1801 Wir wollen nicht-kommerzielle Räume für junge Menschen in den 18 Kinder- und  
1802 Jugendclubs der Stadt weiter fördern, deren Attraktivität erhöhen und weitere  
1803 ungebundene Räume schaffen. So sollen für Jugendliche ohne eigenes Einkommen  
1804 gute Alternativen zu teuren Kneipen und kommerziellen Treffpunkten angeboten  
1805 werden. Die Stadt Potsdam soll Räume zur Verfügung stellen und gegebenenfalls  
1806 Vereine als Träger der Projekte unterstützen. Mit gutem Beispiel vorangehen,  
1807 wollen wir im Staudenhof-Baukomplex. Dort möchten wir auf einer gesamten Etage  
1808 einen „Solispace“ einrichten, inklusive einer nichtkommerziellen Kneipe,  
1809 Umsonstladen, Tischkicker-Räumen und Co-Working-Space. Es sollen nicht nur  
1810 Freizeiträume, sondern auch Orte für ungestörtes Arbeiten mit kostenlosem W-LAN  
1811 entstehen.

1812

1813 Freizeiträume sind jedoch nicht immer von vier Wänden umgeben. Wir setzen uns  
1814 dafür ein, dass zukünftig mehr Grünflächen – unter anderem in Parks – als  
1815 Liegewiesen zur Verfügung stehen. Außerdem sollen mehr kostenfreie Grillflächen  
1816 mit feuersicheren Entsorgungsmöglichkeiten angeboten werden. Wir wollen, dass  
1817 mehr frei zugängliche Sportflächen geschaffen werden. Zum Einen sollen  
1818 Schulsportanlagen nachmittags und am Wochenende der Öffentlichkeit zur Verfügung  
1819 stehen, zum Anderen sollen neue Anlagen, beispielsweise zum Skaten, errichtet  
1820 werden. Zudem wollen wir mehr legal zugängliche Badestellen schaffen.

1821

1822 Dafür machen wir uns stark:

- 1823 • moderne und offene Aufklärungsarbeit, wie sie z.B. von Chill Out geleistet  
1824 wird. (Drogenkonsum, queeres Leben, psychische Erkrankungen)
- 1825 • Nachhilfeangebote für gesundheitlich, sozial und finanziell Benachteiligte
- 1826 • nicht-kommerzielle "Solispaces" mit Kneipen, Co-Working-Spaces und Co.
- 1827 • freies WLAN an gut besuchten, öffentlichen Plätzen
- 1828 • mehr Liegewiesen, Badestellen, Grillflächen, Sportflächen & Skate-Anlagen
- 1829 • Attraktivität von Kinder- und Jugendclubs verbessern und zu Orten für alle  
1830 Jugendliche zu machen. Wir wollen, dass auch die neuen Stadtteile  
1831 entsprechende Angebote für Jugendliche vorhalten. Dringend nötig sind  
1832 endlich Jugendclubs im Bornstedter Feld.
- 1833 • mehr Streetworker

1834 Seit dem 30. Juni 2018 sind die Brandenburger Kommunen verpflichtet, Kinder und  
1835 Jugendliche in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten zu beteiligen. So  
1836 schreibt es der neue Paragraf 18a der Brandenburger Kommunalverfassung  
1837 gesetzlich vor, der auf Initiative unserer bündnisgrünen Landtagsfraktion  
1838 aufgenommen wurde. Dort wird auch bestimmt, dass die Kommunen dafür  
1839 Beteiligungsformate entwickeln und nachweisen müssen, sie die Beteiligung  
1840 sichergestellt haben. Wir wollen Kindern und Jugendlichen zeigen, dass ihre  
1841 Stimme zählt.

1842 Dafür machen wir uns stark:

- 1843 • Aufstockung der Mittel des Potsdamer Kinder- und Jugendbüro für die  
1844 Entwicklung und Begleitung von Formaten, die Beteiligung in all den  
1845 geforderten Gemeindeangelegenheiten sicherstellen
- 1846 • Entwicklung von neuen Angeboten für Kinder- und Jugendliche unter ihrer  
1847 Beteiligung, wie z.B. einen ausfinanzierten Kinder- und Jugendrat, dessen  
1848 Konzeption einen Etat vorsieht und sicherstellt, dass die die im KiJuPa  
1849 getroffenen Entscheidungen durch die Verwaltung auch umgesetzt werden.
- 1850 • Aufbereitung der Stadtverordnetenbeschlüsse, die Kinder- und  
1851 Jugendinteressen betreffen, in verständlicher Sprache und Aushängung in  
1852 den Schulen und Jugendclubs.

## 1853 **Integration von Migrant\*innen fördern**

1854 Wir sehen in der Integration der Geflüchteten und Migrant\*innen in Potsdam  
1855 Chancen und Herausforderungen, die weiterhin anzugehen sind. Daraus formulieren  
1856 wir den Auftrag an die Stadtverwaltung und die Bürger\*innen, positive  
1857 Entwicklungen und Projekte zu fördern und kritischen Tendenzen aktiv  
1858 entgegenzusteuern. Wir unterstützen die vielfältigen ehrenamtlichen Initiativen  
1859 zur Integration der Geflüchteten.

1860 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist weiterhin die bislang praktizierte, dezentrale,  
1861 stadtweite Unterbringung von Geflüchteten, auch in geeignetem Wohnraum in allen  
1862 Stadtteilen notwendig. Weiterhin ist anzustreben, die Aufenthaltsdauer in  
1863 Gemeinschaftsunterkünften, schrittweise zu reduzieren.

1864 Wir begrüßen und unterstützen die Interessenvertretung und die Arbeit des  
1865 Migrantenbeirates in Potsdam.

1866 Auf Bundes- und Landesebene müssen endlich Möglichkeiten geschaffen werden, dass  
1867 Migrant\*innen, ein kommunales Wahlrecht erlangen. Dafür werden wir uns weiterhin  
1868 einsetzen.

1869 Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung hat 2018 beschlossen, dass die Stadt  
1870 ein „sicherer Hafen“ für in Seenot geratene Geflüchtete wird. Im Rahmen der  
1871 europa- und bundesweiten Initiative „Seebrücke“ setzen wir uns dafür ein, das  
1872 Sterben im Mittelmeer zu beenden. Wir setzen uns für die Entkriminalisierung der  
1873 Seenotrettung ein. Wir wollen auf dem von uns mitgetragenen Beschluss der  
1874 Stadtverordnetenversammlung zur Solidarität mit Seenotrettungsmissionen und  
1875 Aufnahme von Geflüchteten aus Seenot aufbauen und ihn durch zügige Maßnahmen  
1876 konkretisieren. Die Stadt soll Seenotretter\*innen für ihre großartige Arbeit  
1877 auszeichnen.

1878 Dafür machen wir uns stark:

- 1879 • Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen, vorübergehend in kleinen  
1880 Gemeinschaftsunterkünften
- 1881 • Initiativen zur Unterstützung von Geflüchteten, Migrant\*innen und anderen  
1882 sozial Benachteiligten stärken
- 1883 • gute fachliche Beratung und Betreuung von Geflüchteten ausweiten;  
1884 zivilgesellschaftliches Engagement fördern
- 1885 • Gemeinschaftsbildung voranbringen
- 1886 • Erhöhung des Budgets zur Finanzierung von Integrationsmaßnahmen im  
1887 städtischen Haushalt
- 1888 • Förderung des Projekts „Stadtteilmütter“ zur schnellstmöglichen Einbindung  
1889 von jungen Zuwandererfamilien
- 1890 • kurzfristig: Feste, Begegnungen unterstützen; mittelfristig: Aufenthalts-  
1891 und Lebensqualität in den Plattensiedlungen stärken (wie am Schlaatz und  
1892 in Drewitz begonnen), weitere (interkulturelle) Nachbarschaftsgärten  
1893 fördern und bestehende Gärten sichern
- 1894 • Beschluss der Stadtverordnetenversammlung "Sicherer Hafen" konsequent  
1895 umsetzen durch Schaffung von kommunalen Regelungen zur Aufnahme  
1896 Geflüchteter aus Seenotrettung, aber auch im Zuge von Kontingenten (z.B.

1897 Jesid\*innen und aus den Geflüchtetenlagern in den Anrainerstaaten der  
1898 Kriegsschauplätze, bzw. Griechenland, Italien, Malta und Spanien)

1899 • Verhandlungen im deutschen Städtetag, um die legale Integration dieser  
1900 Geflüchteten zu ermöglichen

1901 • Seenotretter\*innen auszeichnen

1902

## 1903 **Teilhabe von Menschen mit besonderen** 1904 **Herausforderungen**

1905 Zu einer vielfältigen und inklusiven Gesellschaft gehört auch die  
1906 Unterschiedlichkeit aller Menschen. Zur Verwirklichung einer selbstbestimmten  
1907 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von Menschen mit Behinderungen setzen wir  
1908 uns für den Abbau aller Arten von Barrieren ein, wie es im Teilhabeplan der  
1909 Stadt Potsdam beschrieben ist. Dieses wollen wir weiter unterstützen und  
1910 kontinuierlich weiterentwickeln.

1911 Barrierefreiheit bedeutet auch die Ermöglichung eines eigenständigen Lebens.  
1912 Dazu gehören eine Auswahl von flexiblen Hilfsangeboten und umfassenden  
1913 Informationen, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt zwischen  
1914 verschiedenen Assistenzangeboten wählen können. Die Leistungsform des  
1915 „persönlichen Budgets“ kann in vielen Fällen eine selbstbestimmte Lebensführung  
1916 verbessern und stärken. Es bedarf daher einer fachlichen optimierten Beratung,  
1917 Begleitung und Bewilligungspraxis bei der Gewährung des „persönlichen Budgets“.

1918 Dafür machen wir uns stark:

1919 • Umsetzung des Teilhabeplans und finanzielle Untersetzung der dazugehörigen  
1920 Projekte

1921 • speziell für die Arbeit sollten Inklusionsprojekte, wie vom  
1922 Bundesteilhabegesetz (Teilhabe an Arbeit und Berufsbildung) vorgesehen,  
1923 besser gefördert werden. Auch hier ist die Umsetzung des Teilhabeplans  
1924 finanziell zu unterstützen.

1925 • Ausruf eines Jahresthemas der Stadt zur Inklusion von Menschen mit  
1926 Beeinträchtigungen mit öffentlichen Veranstaltungen und Workshops

1927 • barrierefreie Ausgestaltung der Stadtverwaltung

1928 • eine unabhängige Beratungsstelle mit Begegnungshaus und Café für Menschen  
1929 mit Behinderung

1930 • Projekte für gemeinsames Wohnen für junge Erwachsene mit Behinderungen und  
1931 deren Förderung

1932 • gemeinsame Sportprojekte für Menschen mit und ohne Behinderungen fördern

## 1933 Gesundheitsförderung und Prävention weiter 1934 ausbauen

1935 Potsdam ist Mitglied im bundesweiten Netzwerk „Gesunde Städte“ und zeichnet sich  
1936 dadurch aus, dass Gesundheitsförderung und Prävention in vielen Bereichen der  
1937 Stadtpolitik eine hohe Beachtung findet.

1938 So bietet die Verkehrs- und Mobilitätspolitik der Stadt wesentliche  
1939 Schnittmengen mit dem Bereich Gesundheit, denn Lärm, Staub und Stress können  
1940 krank machen. Gemeinsam mit den Bewohner\*innen wollen wir Ideen für ein gesundes  
1941 Leben in den Stadtteilen entwickeln und die Lebensbedingungen in der Stadt so  
1942 gestalten, dass urbanes Leben ohne unnötige Gesundheitsbelastungen und –gefahren  
1943 attraktiv bleibt. Umso wichtiger ist es daher, sich für ein vielfältiges Angebot  
1944 von Freiräumen in der Stadt stark zu machen.

1945 Wir haben in Potsdam sehr gute Möglichkeiten Gesundheitsförderung und Prävention  
1946 praktisch umzusetzen. Dennoch sind wir als Stadt noch nicht optimal auf soziale  
1947 Benachteiligungen, die Alterung und die Pflegebedürftigkeit der Menschen  
1948 eingestellt. Ein hohes Gesundheitsrisiko besteht beispielsweise aufgrund von  
1949 Armut durch dauerhaft geringe Einkommen oder durch Langzeitarbeitslosigkeit und  
1950 drückt sich z.B. durch einseitige Mangel- bzw. Überernährung, oder durch  
1951 vermehrte Suchtmechanismen, wie Alkoholmissbrauch aus.  
1952 Die offensichtlichen sozialen Ungleichheiten führen bei immer mehr Menschen,  
1953 insbesondere bei betroffenen Kindern und Jugendlichen, oft zu gesundheitlichen  
1954 Einschränkungen bis hin zu Schädigungen. Hier braucht es strategische,  
1955 zielgerichtete Konzepte und Netzwerke, um gegen die gesundheitlichen Folgen von  
1956 Armut vorzugehen.

1957 Fakt ist es, dass in unserer Stadt viele Ältere und immer mehr pflegebedürftige  
1958 Menschen leben. Hier ist eine ganzheitliche Ausgestaltung nötig, die bei den  
1959 Wohnformen beginnt und mit Teilhabe z.B. durchärztliche Hausbesuchen  
1960 oder ambulante und stationäre, medizinische Versorgung zusammenhängt. Hier sind  
1961 noch Reserven in den vielfältigen Netzwerken vorhanden. Deshalb begrüßen wir  
1962 Initiativen wie die Fachstelle "Altern und Pflege im Quartier" im Land  
1963 Brandenburg mit ihrer Geschäftsstelle in Potsdam und die interdisziplinäre  
1964 Arbeit (Pflege- und Sozialarbeit) des Pflegestützpunktes Potsdam u.v.a., die  
1965 hier auf den immer höher werdenden Pflegebedarf reagieren.

1966 Dafür machen wir uns stark:

- 1967 • Ausbau von Präventionsangeboten, in Bezug auf Umwelt- und Mobilität
- 1968 • Sexuelle Gesundheit wollen wir fördern und die Präventionsarbeit stärken.  
1969 Dafür unterstützen wir lokale Vereine wie z.B. die AIDS-Hilfe Potsdam.
- 1970 • Strategische und zielgerichtete Konzepte und Stärkung von Netzwerken, um  
1971 gegen die gesundheitlichen Folgen von Armut vorzugehen
- 1972 • Aufbau einer kommunalen Altenhilfe- und Pflegeplanung und Alternsgerechte  
1973 Quartiersentwicklung in möglichst allen Stadtteilen in Potsdam
- 1974 • Ausbau alternsgerechter, möglichst lange ambulanter Wohnformen und von  
1975 anderen alltagsunterstützenden Angeboten

## A7 Gute Bildungsorte für alle!

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 19.12.2018

### Text

2320 Mit unserem aktuellen bildungspolitischen Engagement in der  
2321 Stadtverordnetenversammlung, in den Ausschüssen und in der Öffentlichkeit (z.B.  
2322 durch die Vereinsgründung „Potsdam bewegt Bildung e.V.“) konnten wir Potsdamer  
2323 Bündnisgrüne bereits wichtige Projekte unseres Kommunalwahlprogramms von 2014  
2324 umsetzen. Das haben wir erreicht:

- 2325 • Wir haben reformpädagogische Schulansätze in Potsdam wirksam  
2326 vorangebracht, z.B. mit unseren Beiträgen zur Errichtung der neuen  
2327 Montessorischule am Stern (von Klasse 1 bis zum Abitur, in öffentlicher  
2328 Trägerschaft)
- 2329 • Unterstützung zur Ausweitung der Schulsozialarbeit
- 2330 • mehr Grün in Schularealen wie der Waldcampus in der Waldstadt II,  
2331 Unterstützung von Schüler\*innen-Projekten
- 2332 • Beteiligung von Schulleiter\*innen, Eltern und Schüler\*innen bei Neubau  
2333 oder Umgestaltung von Schulen

2334 Zugleich fehlen in Potsdam noch immer Plätze für Kitas, Schulen und  
2335 Sportanlagen; es besteht zudem immer noch an einigen Schulen erheblicher  
2336 Sanierungs- und Modernisierungsbedarf. Die zunehmende Ungleichheit gefährdet den  
2337 sozialen Zusammenhalt, aber besonders auch die Zukunftschancen gerade von  
2338 Kindern aus benachteiligten Familien. Gut ausgebildete Kinder sind der Reichtum  
2339 und die Zukunft der Stadt, wenn diese gut geführt und lebendig bleiben soll.

2340 Erhöhter Handlungsbedarf manifestiert sich in Schulen insbesondere in Teilen des  
2341 städtischen Südens. Am Schlaatz, in Drewitz und der Waldstadt gibt es oft  
2342 Schulklassen mit einem sehr hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen aus  
2343 bildungsfernen und sozial benachteiligten Familiensituationen und/oder mit  
2344 Migrationshintergrund und Fluchterfahrungen. Sie sind durch mangelnde  
2345 Deutschkenntnisse und fehlende Unterstützung für die Schulbewältigung doppelt  
2346 benachteiligt. Alle Schulkinder brauchen Orte zum Leben und Lernen, in denen  
2347 sich Lernfreude und Kreativität sowie Möglichkeiten zum selbständigen Arbeiten  
2348 entwickeln können. Hier entstehen erhöhte Raumbedarfe für individualisiertes und  
2349 reformpädagogisch orientiertes Lernen mit „Kopf, Herz und Hand“, sowie Raum und  
2350 Mittel für Inklusion, eine verlässliche Ganztagsbetreuung und Digitalisierung.

2351 Dafür machen wir uns stark:

- 2352 • Gesamtschulausbau und z. B. Errichtung einer Gesamtschule in Kramnitz
- 2353 • verlässliche Halbtagskonzepte an Grundschulen statt Wechsel von Schule zu  
2354 Hort
- 2355 • Schulneubauten nach modernen Erkenntnissen errichten (die Raumpläne sind  
2356 veraltet)
- 2357 • Inklusion voranbringen – bessere räumliche und personelle Ausstattung
- 2358 • mehr Reformpädagogik an staatliche Schulen bringen
- 2359 • ökologische und gesunde Ernährung an Schulen, Theorie und Praxis
- 2360 • Gesundheitsbildung; mit Handlungsprojekten umsetzen (städtische  
2361 Vernetzung)
- 2362 • grüne Erfahrungsräume an Schulen und Kitas, Naturgarten-Projekte
- 2363 • Qualitative Schulsozialarbeit auch an freien Schulen
- 2364 • Medienbus insbesondere für Stadtteile im Norden und in Randbereichen =  
2365 KULTUR
- 2366 • frühe Förderung (insbesondere von Sprache) bereits in der Kita, Sprechen  
2367 und Lesen in Kita und Schule als Kernthema (Lesepaten, Bibliotheken) -  
2368 dazu braucht es einen besseren Betreuungsschlüssel
- 2369 • Schulsportanlagen nachmittags für Kinder und Jugendliche öffnen
- 2370 • gemeinsame Projekte von weiterführenden Schulen und Jugendclubs fördern  
2371 z.B. Information und Beteiligung von Jugendlichen bei größeren  
2372 Neubauvorhaben u.ä. im Viertel, soziale und kulturelle Projekte gemeinsam  
2373 gestalten wie z.B. eine Eisbahn in Drewitz

## Beschluss Gute Bildungsorte für alle!

Gremium: KMV Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

### Text

2374 Mit unserem aktuellen bildungspolitischen Engagement in der  
2375 Stadtverordnetenversammlung, in den Ausschüssen und in der Öffentlichkeit (z.B.  
2376 durch die Vereinsgründung „Potsdam bewegt Bildung e.V.“) konnten wir Potsdamer  
2377 Bündnisgrüne bereits wichtige Projekte unseres Kommunalwahlprogramms von 2014  
2378 umsetzen. Das haben wir erreicht:

- 2379 • Wir haben reformpädagogische Schulansätze in Potsdam wirksam  
2380 vorangebracht, z.B. mit unserem Beitrag zur Umsetzung des Montessori-  
2381 Konzepts am neuen Schulzentrum am Stern (von Klasse 1 bis zum Abitur, in  
2382 öffentlicher Trägerschaft)
- 2383 • Unterstützung zur Ausweitung der Schulsozialarbeit um 5 Stellen pro Jahr,  
2384 so wie von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, jedoch mit  
2385 Ausweitung für die freien Schulen, die das wünschen.
- 2386 • mehr Grün in Schularealen, Unterstützung von Schüler\*innen-Projekten
- 2387 • Beteiligung von Schulleiter\*innen, Eltern und Schüler\*innen bei Neubau  
2388 oder Umgestaltung von Schulen
- 2389 • Umsetzung des Konzepts für digitale Bildung (IT an Schulen, Lerncloud)

2390 Zugleich fehlen in Potsdam noch immer Plätze für Kitas, Schulen und  
2391 Sportanlagen; es besteht zudem immer noch an einigen Schulen erheblicher  
2392 Sanierungs- und Modernisierungsbedarf. Die zunehmende Ungleichheit gefährdet den  
2393 sozialen Zusammenhalt, aber besonders auch die Zukunftschancen gerade von  
2394 Kindern aus benachteiligten Familien. Gut ausgebildete Kinder sind die Zukunft  
2395 unserer Stadt.

2396 Erhöhter Handlungsbedarf manifestiert sich in Schulen insbesondere in Teilen des  
2397 städtischen Südens. Am Schlaatz, in Drewitz und der Waldstadt gibt es oft  
2398 Schulklassen mit einem sehr hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen aus  
2399 bildungsfernen und sozial benachteiligten Familiensituationen und/oder mit  
2400 Migrationshintergrund und Fluchterfahrungen. Sie sind durch mangelnde  
2401 Deutschkenntnisse und fehlende Unterstützung für die Schulbewältigung doppelt  
2402 benachteiligt. Alle Schulkinder brauchen Orte zum Leben und Lernen, in denen  
2403 sich Lernfreude und Kreativität entfalten sowie Möglichkeiten zum selbständigen  
2404 Arbeiten entwickeln können. Dazu sind mehr Räume für individualisiertes und  
2405 reformpädagogisch orientiertes Lernen mit „Kopf, Herz und Hand“, sowie Raum und  
2406 Mittel für Inklusion, eine verlässliche Ganztagsbetreuung und Digitalisierung  
2407 nötig.

2408

2409 Inklusion bleibt auch im Sport ein herausragendes Thema. Die durch Bündnis90/Die  
2410 Grünen initiierte Umfrage zum Sport für Menschen mit Beeinträchtigungen stellte  
2411 im Ergebnis fest, dass es zu wenig Angebote und Information dazu gibt. Auch  
2412 zeigt das Verhältnis Leistungssport zu Breitensport in der Finanzierung eine

2413 deutliche Schiefelage. Mehr als zwei Drittel der städtischen Mittel dafür landen  
2414 beim Leistungssport. Eine wachsende Stadt benötigt jedoch in erster Linie  
2415 Sportangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, ob mit oder ohne  
2416 Beeinträchtigung, um Spaß an der Bewegung und damit einen gesunden Lebensstil zu  
2417 fördern.

2418 Dafür machen wir uns stark:

- 2419 • Gesamtschulausbau und z. B. Errichtung einer Gesamtschule in Krampnitz
- 2420 • verlässliche Halbtags- und/oder Ganztagskonzepte und damit ein  
2421 kombiniertes Schul- und Hortangebot zusammen an einem Ort (kommunale  
2422 Trägerschaft)
- 2423 • Schulneubauten nach modernen Erkenntnissen errichten (die Raumpläne sind  
2424 veraltet) und stärker an den Anforderungen von Ganztagschulen ausrichten.
- 2425 • Inklusion voranbringen – bessere räumliche und personelle Ausstattung
- 2426 • mehr Reformpädagogik an staatliche Schulen bringen
- 2427 • ökologische und gesunde Ernährung an Schulen, Theorie und Praxis
- 2428 • Gesundheitsbildung; mit Handlungsprojekten umsetzen (städtische  
2429 Vernetzung)
- 2430 • grüne Erfahrungsräume an Schulen und Kitas, Naturgarten-Projekte
- 2431 • Qualitative Schulsozialarbeit auch an freien Schulen
- 2432 • Medienbus insbesondere für Stadtteile im Norden und in Randbereichen =  
2433 KULTUR
- 2434 • frühe Förderung (insbesondere von Sprache) bereits in der Kita, Sprechen  
2435 und Lesen in Kita und Schule als Kernthema (Lesepaten, Bibliotheken) -  
2436 dazu braucht es einen besseren Betreuungsschlüssel
- 2437 • Schulsportanlagen nachmittags für Kinder und Jugendliche öffnen
- 2438 • gemeinsame Projekte von weiterführenden Schulen und Jugendclubs fördern  
2439 z.B. Information und Beteiligung von Jugendlichen bei größeren  
2440 Neubauvorhaben u.ä. im Viertel, soziale und kulturelle Projekte gemeinsam  
2441 gestalten wie z.B. eine Eisbahn in Drewitz
- 2442 • Sportförderung durch kommunale Mittel und Sponsoring kommunaler  
2443 Unternehmen transparent gestalten und zweijährlich auf den Prüfstand

- 2444 stellen. Die Aufwendungen für Leistungs- und Breitensport sollten  
2445 gleichwertig erfolgen.
- 2446 • Breitensportangebote am Luftschiffhafen schaffen
  - 2447 • Inklusive Sportangebote gemeinsam mit den Vereinen entwickeln und Beratung  
2448 dazu anbieten
  - 2449 • Vereinsneugründungen unterstützen
  - 2450 • Gezielte Förderung von Initiativen und Vereinen mit ausgeprägter und  
2451 qualitativ hochwertiger Kinder- und Jugendarbeit
  - 2452 • Teilhabe für Kinder aus sozial schwachen Familie ermöglichen durch  
2453 Übernahme des Mitgliedsbeitrags, der Trainingsfahrten,  
2454 Ausrüstungstauschbörse usw.
  - 2455 • Unterstützung und Ausweitung der bewährten lern- und schulbezogenen  
2456 Jugendhilfeleistungen durch freie Träger an den Schulen

## A8 Potsdamer Wissenschaftslandschaft für die Stadt nutzen!

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 16.01.2019

### Text

2457 Universität, Fachhochschule, Film-Universität und 30 renommierte,  
2458 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in einer Stadt sind bundesweit  
2459 einzigartig. Wenn wir Wissenschaft und Forschung zu einem Faktor der Potsdamer  
2460 Stadtentwicklung machen, profitieren davon die lokale Wirtschaft, die Stadt als  
2461 Lebensort und damit wir alle auf vielfältige Weise. Was durch unsere Initiativen  
2462 mit dem Wissenschafts- und Technologiepark Golm bereits erreicht wurde, sollte  
2463 ebenso in der Zusammenarbeit von Wissenschaft mit Schulen, Wirtschaft oder  
2464 Kultur möglich sein.

2465 Dafür machen wir uns stark:

- 2466 • die erst in den vergangenen 25 Jahren in Potsdam entstandene  
2467 Wissenschafts- und Forschungslandschaft legt Grundlagen für künftige  
2468 Unternehmen und schafft Voraussetzungen für wissenschaftsnahe  
2469 Neuansiedlungen, die durch die Stadt nach wie vor zu wenig gefördert  
2470 werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine proaktive  
2471 Ausgründungsförderung ein und die wirtschaftliche Nutzung von  
2472 Forschungsergebnissen insbesondere am Wissenschaftspark Golm und am  
2473 Medienstandort Babelsberg
- 2474 • die wissenschaftliche Expertise unserer Potsdamer Wissenschaftler\*innen  
2475 wollen wir stärker als bislang in Entscheidungs- und Beteiligungsprozesse  
2476 der Stadt einbeziehen. Das gelingt, wenn die Zusammenarbeit zwischen Stadt  
2477 und Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen bei Themen  
2478 der Stadtentwicklung, Bildung, Sozialarbeit, Klimaschutz usw. schon in  
2479 Planungsprozesse angeregt wird. So können Lehrforschungsprojekte initiiert  
2480 werden oder auch direkt Beratung oder Coaching der Verwaltung erfolgen.
- 2481 • die Arbeit des Vereins "Pro Wissen" wollen wir evaluieren lassen und  
2482 Schlussfolgerungen für die strategische Weiterentwicklung des Vereins  
2483 ziehen. Wir wollen die Wissenschaftsetage weiterentwickeln zu einem  
2484 Kommunikationszentrum der Potsdamer Wissenschaft und Projekte zur  
2485 Wissenschaftskommunikation unterstützen. Zugleich regen wir  
2486 Kooperationsprojekte mit den Kulturträgern in der Potsdamer Mitte an.

## Beschluss Potsdamer Wissenschaftslandschaft für die Stadt nutzen!

Gremium: KVM Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

### Text

2487 Universität, Fachhochschule, Film-Universität und 30 renommierte,  
2488 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in einer Stadt sind bundesweit  
2489 einzigartig. Wenn wir Wissenschaft und Forschung zu einem Faktor der Potsdamer  
2490 Stadtentwicklung machen, profitieren davon die lokale Wirtschaft, die Stadt als  
2491 Lebensort und damit wir alle auf vielfältige Weise. Was durch unsere Initiativen  
2492 mit dem Wissenschafts- und Technologiepark Golm bereits erreicht wurde, sollte  
2493 ebenso in der Zusammenarbeit von Wissenschaft mit Schulen, Wirtschaft oder  
2494 Kultur möglich sein.

2495 Dafür machen wir uns stark:

2496 • die in den vergangenen 29 Jahren in Potsdam entstandene Wissenschafts- und  
2497 Forschungslandschaft legt Grundlagen für künftige Unternehmen und schafft  
2498 Voraussetzungen für wissenschaftsnahe Neuansiedlungen, die durch die Stadt  
2499 nach wie vor zu wenig gefördert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich  
2500 für eine proaktive Ausgründungsförderung ein und die wirtschaftliche  
2501 Nutzung von Forschungsergebnissen insbesondere am Wissenschaftspark Golm  
2502 und am Medienstandort Babelsberg

2503 • die wissenschaftliche Expertise unserer Potsdamer Wissenschaftler\*innen  
2504 wollen wir stärker als bislang in Entscheidungs- und Beteiligungsprozesse  
2505 der Stadt einbeziehen. Das gelingt, wenn die Zusammenarbeit zwischen Stadt  
2506 und Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen bei Themen  
2507 der Stadtentwicklung, Bildung, Sozialarbeit, Klimaschutz usw. schon in  
2508 Planungsprozesse angeregt wird. So können Lehrforschungsprojekte initiiert  
2509 werden oder auch direkt Beratung oder Coaching der Verwaltung erfolgen.

2510 • die Arbeit des Vereins "Pro Wissen" wollen wir evaluieren lassen und  
2511 Schlussfolgerungen für die strategische Weiterentwicklung des Vereins  
2512 ziehen. Wir wollen die Wissenschaftsetage weiterentwickeln zu einem  
2513 Kommunikationszentrum der Potsdamer Wissenschaft und Projekte zur  
2514 Wissenschaftskommunikation unterstützen. Zugleich regen wir  
2515 Kooperationsprojekte mit den Kulturträgern in der Potsdamer Mitte an.

## A9 Kultur in Potsdam: Vielfalt fördern, Identität schaffen

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 16.01.2019

### Text

2516 Die Kultur ist ein wichtiges Bindeglied von Lebensqualität, kultureller  
2517 Identität und sozialem Miteinander und dem Zusammenhalt der Gesellschaft.  
2518 Potsdam ist durch eine große Vielfalt und ein hohes Niveau kultureller Angebote  
2519 und Betätigungsmöglichkeiten gekennzeichnet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich  
2520 für gute Rahmenbedingungen ein, um das reiche Kulturleben in Potsdam weiter zu  
2521 stärken.

2522 Es ist Aufgabe der Politik, die kulturelle Vielfalt in der Gesamtstadt zu  
2523 bewahren, zu unterstützen und zu stärken. Dazu gehören sozialraumbezogene  
2524 kulturelle und soziokulturelle Initiativen, kulturelle Bildung, kulturelle  
2525 Partizipation, interreligiöser Dialog, Weiterentwicklung der Hauptstandorte wie  
2526 der Schiffbauergasse und der Potsdamer Mitte mit ihren unterschiedlichen  
2527 Angeboten.

### 2528 **Kulturelle Bildung und Partizipation**

2529 Wir Bündnisgrünen sehen in der Kulturellen Bildung eine zentrale  
2530 kulturpolitische Querschnittsaufgabe, der wir uns in den nächsten Jahren unter  
2531 Einbeziehung aller Kulturträger intensiv widmen werden. Kulturelle Bildung ist  
2532 die Voraussetzung zur Teilhabe am künstlerisch kulturellen Geschehen einer  
2533 Gesellschaft. Mit einem Ausbau kulturpädagogischer Angebote, mehr Angeboten zur  
2534 Kulturvermittlung und Maßnahmen für ein erweitertes Kulturpublikum (Kultur)  
2535 möchten wir stärker als bisher auch kulturferne Schichten erreichen.

2536 Dafür machen wir uns stark:

- 2537 • Umsetzung und Fortschreibung des städtischen Konzepts zur kulturellen  
2538 Bildung
- 2539 • Mehr Angebote der Kulturellen Bildung in Kultureinrichtungen in Stadt und  
2540 Land verankern, auch in Projekten zur Digitalisierung
- 2541 • Mehr Angebote für unterversorgte Stadtteile z.B. Stern, Drewitz unter  
2542 Einbeziehung Potsdamer Kulturträger und Begegnungszentren.
- 2543 • Förderung von Angeboten für Menschen mit Beeinträchtigungen
- 2544 • Förderung partizipativer, generationsoffener Angebote in allen Stadtteilen
- 2545 • mehr partizipative Kunst im öffentlichen Raum.

## 2546 **Kulturmarketing = Stadtmarketing**

2547 Dafür machen wir uns stark:

- 2548 • Neuaufstellung des Stadtmarketings unter Einbeziehung des Kultur- und  
2549 Wissenschaftsmarketing.

## 2550 **Kulturquartiere stärken**

2551 **Das „Elflein-Viertel“ als Standort für Bildende Kunst  
2552 stärken und fördern**

2553 Bündnis 90/die Grünen begreifen das in den vergangenen Jahren gewachsene  
2554 Quartier um die Elflein-Straße mit seinen Galerien, dem Offenen Kunstverein  
2555 Potsdam, dem Museumshaus „zum Guldernen Arm“, dem Potsdamer Kunstverein, dem KuZe  
2556 (Studentisches Kulturzentrum) und dem "11-line" als Gesamtstandort. Ihn gilt es  
2557 als solchen weiterzuentwickeln, zu stärken und zu fördern.

2558 Dafür machen wir uns stark:

- 2559 • Das städtische Museumshaus „den Guldernen Arm“ als Standort für regionale  
2560 Kunst und Kulturelle Bildung auf finanziell stabile Beine stellen.

2561 **Das Erlebnisquartier in der Schiffbauergasse**

2562 Das Kunst- und Kulturquartier Schiffbauergasse mit seinen langjährig etablierten  
2563 Trägern HOT, fabrik, t-werk, Waschhaus (mit Kunstraum) u.a. ist zentraler  
2564 kultureller Standort der Stadt Potsdam, der weiter gestärkt, gefördert und  
2565 deutlich ausgebaut werden soll.

2566 Dafür machen wir uns stark:

- 2567 • Ankauf und Umbau der Garde-Husarenkaserne als Standort für die Kunst- und  
2568 Kreativwirtschaft an der Schiffbauergasse, insbesondere auch für  
2569 Bandprobenräume und Musikalisches.
- 2570 • Schaffen von Räumen und Möglichkeiten für temporäre Projekte aus Kunst und  
2571 Wissenschaften
- 2572 • Schaffen von weiteren Spiel-, Erlebnis- und Aufenthaltsbereichen auf dem  
2573 Gelände

2574 **Die historische Mitte als geistiges Zentrum stärken und  
2575 fördern**

2576 Bündnis 90/Die Grünen begreifen Potsdam Museum, Museum Barberini, Filmmuseum,  
2577 Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Zentrum für Zeithistorische  
2578 Forschung, Nikolaisaal, Naturkundemuseum, Bildungsforum mit Stadt- und  
2579 Landesbibliothek, religiöse Einrichtungen, Wissenschaftsetage Potsdam und  
2580 Einsteinforum als geistiges Zentrum, das mit gegenseitigen Angeboten stärker als  
2581 bisher noch in die Öffentlichkeit strahlen soll.

2582 Dafür machen wir uns stark:

- 2583 • Unterstützung der weiteren Entwicklung der kulturellen Vielfalt und von  
2584 Angeboten alternativer Kultur im öffentlichen Raum
- 2585 • Unterstützung des Kunsthauses Sans Titre in der Französischen Straße
- 2586 • Kooperation der Einrichtungen in der Potsdamer Mitte in Programm und  
2587 Marketing

2588

2589 Kunst- und Kreativquartier in der historischen Mitte

2590 Bis 2023 soll das neue Kunst- und Kreativquartier in der historischen Mitte  
2591 entstehen (Plantage, Alte Feuerwache).

2592 Dafür machen wir uns stark:

- 2593 • Wir setzen uns dafür ein, dass für Künstler und Kreativschaffende  
2594 dauerhaft Arbeitsmöglichkeiten entstehen und zugleich eine verbindende  
2595 kulturelle Achse zwischen Altem und Neuem Markt bis zur Plantage entsteht.
- 2596 • Wir begleiten den Prozess des Workshopverfahrens für die Gestaltung dieses  
2597 Neuen Kreativquartiers und unterstützen Ergebnisoffenheit, Vielfalt  
2598 entstehender Gebäude -unter Beteiligung von Künstlerinnen und Künstlern-,  
2599 das Schaffen von flexiblen und wandelbaren Möglichkeitsräume und faire  
2600 Mietpreisgestaltung.
- 2601 • Wir setzen uns für einen offenen und partizipativen Gestaltungsprozess zur  
2602 Zukunft des Areals Kirchenschiff und Rechenzentrum ein

2603 Dezentrale kulturelle Versorgung der Stadtteile

2604 Dafür machen wir uns stark:

- 2605 • Begegnungszentrum "Oskar" als Vorbild für die Stärkung der Stadtteilarbeit  
2606 in den dezentralen Bürger\*innenhäusern durch Angebote von Kunst und Kultur  
2607 und kultureller Bildung
- 2608 • dezentrales Kulturhauskonzept: Förderung Kulturhaus Babelsberg, Förderung  
2609 von Atelierhäusern- und Kreativräumen (z.B. in der Geschwister-Scholl-  
2610 Straße u.a.)
- 2611 • Bornstedt: Stadtteilkulturzentrum und Jugendzentrum, entsprechend der  
2612 Forderungen der Stadtteilinitiative
- 2613 • Weiterentwicklung von Projekten wie der Kulturscheune Marquardt und  
2614 Kulturladen Fahrland
- 2615 • Ankauf und Umbau des Gutshauses Satzkorn zur Nutzung als soziokulturelles  
2616 Zentrum
- 2617 • Unterstützung des Begegnungszentrums "Alexander-Haus" in Groß-Glienicke

2618 **Orte der Jugendkultur und interkulturelle**  
2619 **Jugendbegegnungen stärken und fördern**

2620 Dafür machen wir uns stark:

- 2621 • Das Freiland als soziokulturelles Zentrum sichern und stärken.
- 2622 • Offenen Kunstverein stärken und fördern, insbesondere Ausbau des  
2623 Schwerpunkts internationale- und interkulturelle Kulturarbeit.
- 2624 • Suche nach weiteren Bandprobenräumen (auch außerhalb der Garde-Husaren-  
2625 Kaserne) fortsetzen.
- 2626 • Sicherung eines alternativen, nichtkommerziellen Begegnungsraumes im  
2627 Bereich des Areals Alter Markt 10/Staudenhof

2628 **Festivalförderung und OPEN-Air-Räume**

2629 Dafür machen wir uns stark:

- 2630 • Errichtung einer beispielbaren Bühne in der Schiffbauergasse, Open-Air-Raum  
2631 und Niederreißen der alten, unbespielbaren Bühne
- 2632 • Fortschreibung und Ausbau der von uns initiierten Festivalförderung und  
2633 damit verbunden u.a. auch Öffnung des Projektfördertopfes für  
2634 Straßenfeste, Kulturelle-Quartiersfeste (organisiert von Bürger\*innen für  
2635 Bürger\*innen) zur Wiederbelebung des Straßenraums.

2636 **Angleichung der Kostensteigerungen für freie**  
2637 **Träger**

2638 Dafür machen wir uns stark:

- 2639 • Stärkung der freien Szene durch  
2640 ◦ Angleichung der Personalkosten
- 2641 ◦ Ausstellungshonorare
- 2642 ◦ Stärkung der Kammerakademie Potsdam

## 2643 Museen stärken und fördern

2644 Dafür machen wir uns stark:

- 2645 • Eröffnung der Diskussion über die Perspektiven eines Stadtmuseums an dem  
2646 Standort Alter Markt. Evaluierung der Konzeption des Potsdamer  
2647 Stadtmuseums
- 2648 • Standortentwicklung Naturkundemuseum
- 2649 • Wir Grünen unterstützen das Konzept eines zentral gelegenen Schaudepots  
2650 mit langfristiger Perspektive und angemessenen Bedingungen. Auch  
2651 unterstützen wir die bereits eingerichtete interdisziplinäre Arbeitsgruppe  
2652 „Zentraldepot“ und die Pläne, einer Ansiedlung am Standort des ehemaligen  
2653 Landeshauptarchivs am Windmühlenberg bis 2020.

## 2654 Gedenkkultur

2655 Potsdam weist aufgrund seiner widersprüchlichen Geschichte zahlreiche Gedenkort  
2656 auf. Sie berichten zum Einen von den Bemühungen der Menschen um Gerechtigkeit,  
2657 Toleranz, Demokratie und Freiheit, zum anderen aber auch von Unrecht,  
2658 Unterdrückung, Verfolgung und Unfreiheit.

2659

2660 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine differenzierte Gedenkkultur ein,  
2661 welche die Pflege und Entwicklung der Gedenkort ebenso wie die lebendige Arbeit  
2662 in ihnen fördert.

2663 Dafür machen wir uns stark:

- 2664 • Belebung des bestehenden Gedenkkonzeptes: Vermittlungsarbeit in den  
2665 Gedenkstätten Lindenstraße und Leistikowstraße, Schutz und Pflege des  
2666 Deserteursdenkmals auf dem Platz der Einheit, Weiterführung des Max-Dortu-  
2667 Preises, Fortführung der Aktion Stolpersteine von Gunter Demnig
- 2668 • Errichtung eines Bodendenkmals auf dem Luisenplatz zur Erinnerung an die  
2669 Großdemonstration am 4. November 1998, aus Anlass des 30. Jahrestages  
2670 beginnend 2019
- 2671 • einen zukunftsorientierten Dialog zur inhaltlichen Arbeit am Standort  
2672 Garnisonkirche zur Aufarbeitung preußischer und deutscher Geschichte in  
2673 all ihrer Widersprüchlichkeit

## 2674 Etablierung eines Standortes für DDR-und 2675 Gegenwartskunst.

2676 Das Potsdam-Museum umfasst auch eine Sammlung Bildender Kunst der DDR-Zeit, die  
2677 unterschiedliche Strömungen vom sozialistischen Realismus bis zur Abstraktion  
2678 aufweist. Sie bietet einen über das Historische hinausgehende Einblick in die  
2679 Zeit zwischen 1945 und 1990. Darüber hinaus muss es Aufgabe des Museums sein,  
2680 seine Kunstsammlung in die Gegenwart weiterzuführen und seine Bestände  
2681 öffentlich zu machen. Räumliche Möglichkeiten fehlen bisher.

2682 Dafür machen wir uns stark:

- 2683 • Einrichtung eines Ankaufetats
- 2684 • Schaffung eines Standortes am Potsdam-Museum oder im Minsk
- 2685 • Erhaltung der Kunstwerke im öffentlichen Raum

## Beschluss Kultur in Potsdam: Vielfalt fördern, Identität schaffen

Gremium: KMV Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

### Text

2686 Die Kultur ist ein wichtiges Bindeglied von Lebensqualität, kultureller  
2687 Identität und sozialem Miteinander und dem Zusammenhalt der Gesellschaft.  
2688 Potsdam ist durch eine große Vielfalt und ein hohes Niveau kultureller Angebote  
2689 und Betätigungsmöglichkeiten gekennzeichnet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich  
2690 für gute Rahmenbedingungen ein, um das reiche Kulturleben in Potsdam weiter zu  
2691 stärken.

2692 Es ist Aufgabe der Politik, die kulturelle Vielfalt in der Gesamtstadt zu  
2693 bewahren, zu unterstützen und zu stärken. Dazu gehören sozialraumbezogene  
2694 kulturelle und soziokulturelle Initiativen, kulturelle Bildung, kulturelle  
2695 Partizipation, interreligiöser Dialog, Weiterentwicklung der Hauptstandorte wie  
2696 der Schiffbauergasse und der Potsdamer Mitte mit ihren unterschiedlichen  
2697 Angeboten.

### 2698 **Kulturelle Bildung und Partizipation**

2699 Wir Bündnisgrünen sehen in der Kulturellen Bildung eine zentrale  
2700 kulturpolitische Querschnittsaufgabe, der wir uns in den nächsten Jahren unter  
2701 Einbeziehung aller Kulturträger intensiv widmen werden. Kulturelle Bildung ist  
2702 die Voraussetzung zur Teilhabe am künstlerisch kulturellen Geschehen einer  
2703 Gesellschaft. Mit einem Ausbau kulturpädagogischer Angebote, mehr Angeboten zur  
2704 Kulturvermittlung und Maßnahmen für ein erweitertes Kulturpublikum (Kultür)  
2705 möchten wir stärker als bisher auch kulturferne Schichten erreichen.

2706 Dafür machen wir uns stark:

- 2707 • Umsetzung und Fortschreibung des städtischen Konzepts zur kulturellen  
2708 Bildung
- 2709 • Mehr Angebote der Kulturellen Bildung in Kultureinrichtungen in Stadt und  
2710 Land verankern, auch in Projekten zur Digitalisierung
- 2711 • Mehr Angebote für unterversorgte Stadtteile z.B. Stern, Drewitz unter  
2712 Einbeziehung Potsdamer Kulturträger und Begegnungszentren.
- 2713 • Förderung von Angeboten für Menschen mit Beeinträchtigungen
- 2714 • Förderung partizipativer, generationsoffener Angebote in allen Stadtteilen
- 2715 • mehr partizipative Kunst im öffentlichen Raum.

## 2716 Kulturmarketing = Stadtmarketing

2717 Dafür machen wir uns stark:

- 2718 • Neuaufstellung des Stadtmarketings unter Einbeziehung des Kultur- und  
2719 Wissenschaftsmarketing.

## 2720 Kulturquartiere stärken

2721 Das „Elflein-Viertel“ als Standort für Bildende Kunst  
2722 stärken und fördern

2723 Bündnis 90/die Grünen begreifen das in den vergangenen Jahren gewachsene  
2724 Quartier um die Elflein-Straße mit seinen Galerien, dem Offenen Kunstverein  
2725 Potsdam, dem Museumshaus „zum Göldehen Arm“, dem Potsdamer Kunstverein, dem KuZe  
2726 (Studentisches Kulturzentrum) und dem "11-line" als Gesamtstandort. Ihn gilt es  
2727 als solchen weiterzuentwickeln, zu stärken und zu fördern.

2728 Dafür machen wir uns stark:

- 2729 • Das städtische Museumshaus „den Göldehen Arm“ als Standort für regionale  
2730 Kunst und Kulturelle Bildung auf finanziell stabile Beine stellen.

## 2731 Das Erlebnisquartier in der Schiffbauergasse

2732 Das Kunst- und Kulturquartier Schiffbauergasse mit seinen langjährig etablierten  
2733 Trägern HOT, fabrik, t-werk, Waschhaus (mit Kunstraum) u.a. ist zentraler  
2734 kultureller Standort der Stadt Potsdam, der weiter gestärkt, gefördert und  
2735 deutlich ausgebaut werden soll.

2736 Dafür machen wir uns stark:

- 2737 • Ankauf und Umbau der Garde-Husarenkaserne als Standort für die Kunst- und  
2738 Kreativwirtschaft an der Schiffbauergasse, insbesondere auch für  
2739 Bandprobenräume und Musikalisches.
- 2740 • Schaffen von Räumen und Möglichkeiten für temporäre Projekte aus Kunst und  
2741 Wissenschaften
- 2742 • Schaffen von weiteren Spiel-, Erlebnis- und Aufenthaltsbereichen auf dem  
2743 Gelände

2744 Die historische Mitte als geistiges Zentrum stärken und  
2745 fördern

2746 Bündnis 90/Die Grünen begreifen Potsdam Museum, Museum Barberini, Filmmuseum,  
2747 Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Zentrum für Zeithistorische  
2748 Forschung, Nikolaisaal, Naturkundemuseum, Bildungsforum mit Stadt- und  
2749 Landesbibliothek, religiöse Einrichtungen, Wissenschaftsetage Potsdam und  
2750 Einsteinforum als geistiges Zentrum, das mit gegenseitigen Angeboten stärker als  
2751 bisher noch in die Öffentlichkeit strahlen soll.

2752 Dafür machen wir uns stark:

- 2753 • Unterstützung der weiteren Entwicklung der kulturellen Vielfalt und von  
2754 Angeboten alternativer Kultur im öffentlichen Raum
- 2755 • Unterstützung des Kunsthauses Sans Titre in der Französischen Straße
- 2756 • Kooperation der Einrichtungen in der Potsdamer Mitte in Programm und  
2757 Marketing

2758

2759 Kunst- und Kreativquartier in der historischen Mitte

2760 Wir Bündnisgrünen unterstützen die politische Entscheidung, mit dem Kreativ  
2761 Quartier<sup>3</sup> einen lebendigen, wirksamen und zukunftstauglichen Ort für und mit  
2762 Kreativen für die Stadtgesellschaft Potsdam bis 2023 in der historischen Mitte  
2763 zu entwickeln(Plantage, Alte Feuerwache).

2764 Dafür machen wir uns stark:

- 2765 • Wir setzen uns dafür ein, dass für Künstler und Kreativschaffende  
2766 dauerhaft Arbeitsmöglichkeiten entstehen und zugleich eine verbindende  
2767 kulturelle Achse zwischen Altem und Neuem Markt bis zur Plantage entsteht.
- 2768 • Wir begleiten den Prozess des Workshopverfahrens für die Gestaltung dieses  
2769 Neuen Kreativquartiers und unterstützen Ergebnisoffenheit, Vielfalt  
2770 entstehender Gebäude -unter Beteiligung von Künstlerinnen und Künstlern-,  
2771 das Schaffen von flexiblen und wandelbaren Möglichkeitsräume und faire  
2772 Mietpreisgestaltung.
- 2773 • Wir setzen uns für einen offenen und partizipativen Gestaltungsprozess zur  
2774 Zukunft des Areals Rechenzentrum und ehemalige Garnisonkirche ein

## 2775 Dezentrale kulturelle Versorgung der Stadtteile

2776 Dafür machen wir uns stark:

- 2777 • Begegnungszentrum "Oskar" als Vorbild für die Stärkung der Stadtteilarbeit  
2778 in den dezentralen Bürger\*innenhäusern durch Angebote von Kunst und Kultur  
2779 und kultureller Bildung
- 2780 • dezentrales Kulturhauskonzept: Förderung Kulturhaus Babelsberg, Förderung  
2781 von Atelierhäusern- und Kreativräumen (z.B. in der Geschwister-Scholl-  
2782 Straße u.a.)
- 2783 • Bornstedt: Stadtteilkulturzentrum und Jugendzentrum, entsprechend der  
2784 Forderungen der Stadtteilinitiative
- 2785 • Weiterentwicklung von Projekten wie der Kulturscheune Marquardt und  
2786 Kulturladen Fahrland
- 2787 • Ankauf und Umbau des Gutshauses Satzkorn zur Nutzung als soziokulturelles  
2788 Zentrum
- 2789 • Unterstützung des Begegnungszentrums "Alexander-Haus" in Groß-Glienicke

## 2790 Orte der Jugendkultur und interkulturelle 2791 Jugendbegegnungen stärken und fördern

2792 Dafür machen wir uns stark:

- 2793 • Das Freiland als soziokulturelles Zentrum sichern und stärken.
- 2794 • Offenen Kunstverein stärken und fördern, insbesondere Ausbau des  
2795 Schwerpunkts internationale- und interkulturelle Kulturarbeit.
- 2796 • Schaffung von weiteren Bandprobenräumen .
- 2797 • Sicherung einer alternativen, nichtkommerziellen Begegnungsetage im  
2798 Bereich des Areals Alter Markt 10/Staudenhof

## 2799 Festivalförderung und OPEN-Air-Räume

2800 Dafür machen wir uns stark:

- 2801 • Errichtung einer beispielbaren Bühne in der Schiffbauergasse, Open-Air-Raum  
2802 und Niederreißen der alten, unbespielbaren Bühne
- 2803 • Fortschreibung und Ausbau der von uns initiierten Festivalförderung und  
2804 damit verbunden u.a. auch Öffnung des Projektfördertopfes für  
2805 Straßenfeste, Kulturelle-Quartiersfeste (organisiert von Bürger\*innen für  
2806 Bürger\*innen) zur Wiederbelebung des Straßenraums.

## 2807 **Angleichung der Kostensteigerungen für freie** 2808 **Träger**

2809 Dafür machen wir uns stark:

- 2810 • Stärkung der freien Szene durch
- 2811     ◦ Angleichung der Personalkosten
- 2812     ◦ Ausstellungshonorare
- 2813     ◦ Stärkung der Kammerakademie Potsdam

## 2814 **Museen stärken und fördern**

2815 Dafür machen wir uns stark:

- 2816 • Eröffnung der Diskussion über die Perspektiven eines Stadtmuseums an dem
- 2817 Standort Alter Markt. Evaluierung der Konzeption des Potsdamer
- 2818 Stadtmuseums
- 2819 • Standortentwicklung Naturkundemuseum
- 2820 • Wir Grünen unterstützen das Konzept eines zentral gelegenen Schaudepots
- 2821 mit langfristiger Perspektive und angemessenen Bedingungen. Auch
- 2822 unterstützen wir die bereits eingerichtete interdisziplinäre Arbeitsgruppe
- 2823 „Zentraldepot“ und die Pläne, einer Ansiedlung am Standort des ehemaligen
- 2824 Landeshauptarchivs am Windmühlenberg bis 2020.

## 2825 **Gedenkkultur**

2826 Potsdam weist aufgrund seiner widersprüchlichen Geschichte zahlreiche Gedenkkorte

2827 auf. Sie berichten zum Einen von den Bemühungen der Menschen um Gerechtigkeit,

2828 Toleranz, Demokratie und Freiheit, zum anderen aber auch von Unrecht,

2829 Unterdrückung, Verfolgung und Unfreiheit.

2830

2831 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine differenzierte Gedenkkultur ein,

2832 welche die Pflege und Entwicklung der Gedenkkorte ebenso wie die lebendige Arbeit

2833 in ihnen fördert.

2834 Dafür machen wir uns stark:

- 2835 • Belegung des bestehenden Gedenkkonzeptes: Vermittlungsarbeit in den
- 2836 Gedenkstätten Lindenstraße und Leistikowstraße, Schutz und Pflege des

- 2837 Deserteursdenkmals auf dem Platz der Einheit, Weiterführung des Max-Dortu-  
2838 Preises, Fortführung der Aktion Stolpersteine von Gunter Demnig
- 2839 • Errichtung eines Denkmals auf dem Luisenplatz zur Erinnerung an die  
2840 Großdemonstration am 4. November 1989, aus Anlass des 30. Jahrestages der  
2841 friedlichen Revolution (Projektbeginn 2019)
- 2842 • keine öffentliche Förderung für das Projekt Neubau der Garnisonkirche und  
2843 einen zukunftsorientierten Dialog zur möglichen Bebauung und inhaltlichen  
2844 Arbeit am Standort der ehemaligen Garnisonkirche zur Aufarbeitung  
2845 preußischer und deutscher Geschichte in all ihrer Widersprüchlichkeit

2846 **Etablierung eines Standortes für DDR-und**  
2847 **Gegenwartskunst.**

2848 Das Potsdam-Museum umfasst auch eine Sammlung Bildender Kunst der DDR-Zeit, die  
2849 unterschiedliche Strömungen vom sozialistischen Realismus bis zur Abstraktion  
2850 aufweist. Sie bietet einen über das Historische hinausgehende Einblick in die  
2851 Zeit zwischen 1945 und 1990. Darüber hinaus muss es Aufgabe des Museums sein,  
2852 seine Kunstsammlung in die Gegenwart weiterzuführen und seine Bestände  
2853 öffentlich zu machen. Räumliche Möglichkeiten fehlen bisher.

2854 Dafür machen wir uns stark:

- 2855 • Einrichtung eines Ankaufetats
- 2856 • Schaffung eines Standortes am Potsdam-Museum oder im Minsk
- 2857 • Erhaltung der Kunstwerke im öffentlichen Raum

## A10NEU Wirtschaft und Arbeit entwickeln: zukunftsfähig, nachhaltig, fair!

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 16.01.2019

### Text

#### 2997 Wirtschaftsverwaltung aus einer Hand

2998 Potsdam braucht eine Neuorientierung seiner Wirtschafts- und  
2999 Innovationsförderpolitik. Es fehlt an einer übergeordneten  
3000 Entwicklungsstrategie, an einer Betreuung aus einer Hand („One-Stop“) für  
3001 interessierte Startups und Unternehmen, einem langfristigen  
3002 Gewerbeflächenmanagement und einem abgestimmten Marketing. Diese Aufgaben sind  
3003 derzeit über verschiedene institutionell-organisatorische Einheiten verteilt,  
3004 wie der Wirtschaftsförderung der Stadt, der Pro Potsdam, der GTZP oder dem  
3005 Standortmanagement in Golm. Sowohl potentielle Interessenten als auch die  
3006 Akteure selbst werden dadurch behindert, dass verschiedene Zuständigkeiten,  
3007 Verantwortlichkeiten und Dienstleistungen oft unkoordiniert und aneinander  
3008 vorbei agieren.

3009 Dafür machen wir uns stark:

3010 Bündnis90/Die Grünen werden sich deshalb für eine Neuordnung der Strukturen  
3011 einsetzen. Die Stadt soll als alleinige Gesellschafterin oder durch  
3012 Beteiligungen die wirtschaftliche Entwicklung Potsdams im Bereich der  
3013 wissenschafts-, technologie- und innovationsbasierten Gründerszene sowie der  
3014 klein- und mittelständischen Unternehmen unterstützen. So besteht die Chance,  
3015 beispielsweise den Wissenschafts- und Technologiepark Golm zu einem  
3016 erfolgreichen Motor qualitativen Wirtschaftswachstums mit hochwertigen,  
3017 umweltverträglichen Arbeitsplätzen zu entwickeln.

#### 3018 Nachhaltigen Einzelhandel und „sanften“ Tourismus stärken

3019 Der lokale Einzelhandel ist für Potsdam nicht nur ökonomisch gesehen  
3020 unerlässlich, sondern auch entscheidend für das Stadtbild und die Lebens- und  
3021 Aufenthaltsqualität vor Ort. Daher wollen wir den Einzelhandel in den einzelnen  
3022 Stadtvierteln stärken.

3023 Wir wollen die nachhaltige Weiterentwicklung eines sanften Tourismus fördern.

3024 Dafür machen wir uns stark:

- 3025 • die von den Grünen angestoßene Idee der Bewerbung von Potsdam um eine  
3026 Anerkennung als „Fair Trade City“ konsequent weiterzuverfolgen
- 3027 • eine rechtssichere, für alle Seiten verträgliche Regelung zum Thema  
3028 verkaufsoffene Sonntage
- 3029 • ein Angebot nachhaltiger Waren und Dienstleistungen für Bürger\*innen und  
3030 Gäste Potsdams mit Förderung der Stadt, z.B. durch Unterstützung der

3031 „Bürgerstiftung gegen Müllberge“ (Potspresso-Initiative) und von  
3032 Marktständen mit ökologischen Produkten

3033 • als Umsetzung des Grünen Mobilitätskonzepts: die Neugestaltung der  
3034 Brandenburger Straße und Schaffung weiterer autofreier (Einkaufs-)Straßen  
3035 rings um die Brandenburger Straße, zugunsten von Radfahrer\*innen,  
3036 Rollstuhlfahrer\*innen, Menschen mit Kinderwagen und  
3037 mobilitätseingeschränkten Personen, zur Belebung der Innenstadt und damit  
3038 auch des Einzelhandels – bei gleichzeitiger Stärkung dezentraler, lokaler  
3039 Einzelhandelsangebote in den Stadtteilen

3040 • die Entwicklung innovativer Konzepte für den Potsdamer Einzelhandel, die  
3041 zugleich die Nachhaltigkeit stärken, wie z.B. einen städtisch initiierten  
3042 lokalen Onlineshop für die Potsdamer Einzelhandelsgeschäfte, über den  
3043 ergänzend zum Einkauf in den Geschäften auch Onlinebestellungen möglich  
3044 sind; gerade für kleinere Geschäfte böte dies eine Chance in der  
3045 Konkurrenz gegen auswärtige große Online-Anbieter, und die Auslieferung  
3046 der Waren könnte in nachhaltiger Weise geschehen

3047 • die Unterstützung von Wasserwandertourismus und Radverkehrstourismus, z.B.  
3048 durch Schaffung von Anlegeplätzen und Informationsmöglichkeiten. Auch  
3049 „sanfter“, nachhaltiger Tourismus schafft Arbeitsplätze!

#### 3050 Mehr Gewerbeflächen für innovative Betriebe schaffen

3051 Über Jahrzehnte hinweg wurden in Potsdam Gewerbeflächen durch Wohnbebauung  
3052 verdrängt. Die vorhandenen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung („STEK-  
3053 Gewerbe“ und Gewerbeflächensicherungskonzept), die diesen Trend umkehren, müssen  
3054 mit Blick auf die Planungssicherheit auch Bestand haben und konsequenter  
3055 umgesetzt werden.

3056 Gewerbeansiedlungspolitik sollte vor allem Anbieter zukunftsweisender  
3057 Technologien im Blick haben, die mit den wissenschaftlichen Einrichtungen  
3058 kooperieren möchten. In Potsdam besteht mittlerweile ein erheblicher Bedarf an  
3059 Gewerbeflächen, vor allem im Bereich wirtschaftsnaher Dienstleistungen und von  
3060 Betrieben mit Forschungs- und Mediennähe.

3061 Dafür machen wir uns stark:

- 3062 • Gewerbeansiedlungen auf stadtteilnahen Flächen, weil dies zusätzlichen  
3063 Verkehr vermeidet. Hierfür kann der neue Ansatz der Bauleitplanung  
3064 hilfreich sein, ein gemischt genutztes „urbanes Gebiet“ auszuweisen.
- 3065 • Flächen- und Raumangebote speziell für Start-Ups aus Hochschulen - wie  
3066 beispielsweise bei „Go.In I“
- 3067 • ein Förderprogramm auch für Startups der Kreativszene
- 3068 • zusätzliche Vernetzungs- und Unterstützungsangebote, um Unternehmen auch  
3069 nach einer erfolgreichen Startphase an Potsdam zu binden
- 3070 • Ausbau der Kooperationen mit den Umlandgemeinden für eine erfolgreichere  
3071 Wirtschaftsansiedlung (z.B. Ketzin Gewerbehof)
- 3072 • ein städtisches Programm zur Förderung von Gründerinnen.

### 3073 **Dem Fachkräftemangel begegnen**

3074 Aktuell wohl das größte Problem für Potsdams Wirtschaft und Verwaltung ist der  
3075 zum Teil akute Fachkräftemangel. Eine Voraussetzung dafür, Fachkräfte zu  
3076 gewinnen und zu halten, sind gute Arbeitsbedingungen.

3077 Dafür machen wir uns stark:

- 3078 • Unterstützung der Fachkräftevermittlung durch die Stadt
- 3079 • mehr und spezifischere Angebote für Aus- und Fortbildung
- 3080 • Eingliederungsmaßnahmen für Flüchtlinge in Arbeit und den „Spurwechsel“  
3081 für Menschen mit dem Aufenthaltsstatus „geduldet“
- 3082 • größere Anstrengungen zur Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in Arbeit
- 3083 • gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Bezahlung nach Tarif in städtischen  
3084 Einrichtungen und Unternehmen ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Die  
3085 Potsdamer Grünen setzen sich z.B. dafür ein, dass die Gehälter der  
3086 nichtärztlichen Beschäftigten im Klinikverbund in mehreren Stufen so  
3087 ansteigen, dass Vergütungsverbesserungen bis hin zur Rückkehr in den VKA-  
3088 Tarifverbund bis Ende der Wahlperiode umgesetzt werden.

### 3089 **Kommunale Unternehmen stärker steuern und mehr** 3090 **Partizipation der Bürger\*innen ermöglichen**

3091 Klar ist: Die Landeshauptstadt Potsdam braucht leistungsfähige kommunale  
3092 Unternehmen, um ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen zu können. Notwendige  
3093 Investitionen zur Zukunftssicherung müssen langfristig gesichert werden; dazu  
3094 gehören auch der Klimaschutz, die langfristige Wahrung der Wasser- und  
3095 Luftqualität und die Umsetzung eines schadstoffvermeidenden Mobilitätskonzepts.

3096 Entsprechend muss ein haushaltsverträgliches Beteiligungsmanagement für die  
3097 öffentlichen Unternehmen im Besitz der Stadt konzipiert sein.

3098 Die Stadt muss geeignete Strukturen schaffen, um die verantwortliche politische  
3099 Steuerung auf die strategische Entwicklung der städtischen Unternehmen  
3100 sicherzustellen. Zusätzlich zum vorhandenen Einfluss der  
3101 Stadtverordnetenversammlung durch ihre Beschlüsse, die die Stadtverwaltung und  
3102 die städtischen Unternehmen binden, und durch die Kontrolle durch die von ihr  
3103 entsandten Vertreter in den Aufsichtsräten der Unternehmen (mit  
3104 Verschwiegenheitspflicht) ist es auch erforderlich, die Steuerung durch die  
3105 Stadt als Gesellschafter der Unternehmen strukturell zu stärken. BÜNDNIS 90/DIE  
3106 GRÜNEN setzen sich dafür ein, das Beteiligungsmanagement deutlich aufzuwerten.  
3107 Angesichts der hohen finanziellen und sozialen Verantwortung für die  
3108 Daseinsvorsorge der Bürger\*innen ist die in der Verwaltung angesiedelte  
3109 Beteiligungssteuerung mit hochqualifiziertem Personal mit Expertise im  
3110 Qualitätsmanagement aufzuwerten und mit klaren Rahmenbedingungen für eine  
3111 erfolgreiche, nachhaltige, an Gemeinwohlziele gebundene kommunale Wirtschaft  
3112 auszustatten. Gleichzeitig müssen hier die Vereinbarungen mit Transparency  
3113 International umgesetzt und sollten zusätzliche Transparenz und (auch  
3114 wirtschaftliche) Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürger\*innen geschaffen  
3115 werden, z.B. bei der städtischen Energiewende durch Beteiligungsmöglichkeiten in  
3116 Form von attraktiveren Klimafonds und die Ermöglichung von Bürger\*innen-  
3117 Energiegenossenschaften.

3118 Dafür machen wir uns stark:

- 3119 • schnellstmögliche Rekommunalisierung sowohl der EWP als auch der STEP zur  
3120 Vermeidung von Zielkonflikten zwischen privaten gewinnorientierten  
3121 Gesellschafterinteressen und denen der langfristig und am Gemeinwohl  
3122 orientierten öffentlichen Hand, sowohl bei wirtschaftlich indizierten  
3123 Umstrukturierungen als auch bei strategischen Zukunftsentscheidungen, zum  
3124 Beispiel über Investitionen
- 3125 • Verbesserung des Beteiligungsmanagements durch die Stadt, v.a. durch  
3126 klarere Formulierung und Durchsetzung städtischer Zielvorgaben bei den  
3127 Beteiligungsunternehmen
- 3128 • Orientierung an den Ergebnissen aus dem soeben abgeschlossenen BSC-  
3129 Verfahren (Balanced Scorecard)
- 3130 • personelle Stärkung und Aufwertung des Beteiligungsmanagements zu einem  
3131 Bereich „Beteiligungssteuerung“
- 3132 • mehr Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger\*innen.

## Beschluss Wirtschaft und Arbeit entwickeln: zukunftsfähig, nachhaltig, fair!

Gremium: KVM Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

### Text

#### 2858 Wirtschaftsverwaltung aus einer Hand

2859 Potsdam braucht eine Neuorientierung seiner Wirtschafts- und  
2860 Innovationsförderpolitik. Es fehlt an einer übergeordneten  
2861 Entwicklungsstrategie, an einer Betreuung aus einer Hand („One-Stop“) für  
2862 interessierte Startups und Unternehmen, einem langfristigen  
2863 Gewerbeflächenmanagement und einem abgestimmten Marketing. Diese Aufgaben sind  
2864 derzeit über verschiedene institutionell-organisatorische Einheiten verteilt,  
2865 wie der Wirtschaftsförderung der Stadt, der Pro Potsdam, der GTZP oder dem  
2866 Standortmanagement in Golm. Sowohl potentielle Interessenten als auch die  
2867 Akteure selbst werden dadurch behindert, dass verschiedene Zuständigkeiten,  
2868 Verantwortlichkeiten und Dienstleistungen oft unkoordiniert und aneinander  
2869 vorbei agieren.

2870 Dafür machen wir uns stark:

2871 Bündnis90/Die Grünen werden sich deshalb für eine Neuordnung der Strukturen  
2872 einsetzen. Die Stadt soll als alleinige Gesellschafterin oder durch  
2873 Beteiligungen die wirtschaftliche Entwicklung Potsdams im Bereich der  
2874 wissenschafts-, technologie- und innovationsbasierten Gründerszene sowie der  
2875 klein- und mittelständischen Unternehmen unterstützen. So besteht die Chance,  
2876 beispielsweise den Wissenschafts- und Technologiepark Golm zu einem  
2877 erfolgreichen Motor qualitativen Wirtschaftswachstums mit hochwertigen,  
2878 umweltverträglichen Arbeitsplätzen zu entwickeln.

#### 2879 Nachhaltigen Einzelhandel und „sanften“ Tourismus stärken

2880 Der lokale Einzelhandel ist für Potsdam nicht nur ökonomisch gesehen  
2881 unerlässlich, sondern auch entscheidend für das Stadtbild und die Lebens- und  
2882 Aufenthaltsqualität vor Ort. Daher wollen wir den Einzelhandel in den einzelnen  
2883 Stadtvierteln stärken.

2884 Wir wollen die nachhaltige Weiterentwicklung eines sanften Tourismus fördern.

2885 Dafür machen wir uns stark:

- 2886 • die von den Grünen angestoßene Idee der Bewerbung von Potsdam um eine  
2887 Anerkennung als „Fair Trade City“ konsequent weiterzuverfolgen
- 2888 • eine rechtssichere, für alle Seiten verträgliche Regelung zum Thema  
2889 verkaufsoffene Sonntage
- 2890 • ein Angebot nachhaltiger Waren und Dienstleistungen für Bürger\*innen und  
2891 Gäste Potsdams mit Förderung der Stadt, z.B. durch Unterstützung der

2892 „Bürgerstiftung gegen Müllberge“ (Potspresso-Initiative) und von  
2893 Marktständen mit ökologischen Produkten

2894 • als Umsetzung des Grünen Mobilitätskonzepts: die Neugestaltung der  
2895 Brandenburger Straße und Schaffung weiterer autofreier (Einkaufs-)Straßen  
2896 rings um die Brandenburger Straße, zugunsten von Radfahrer\*innen,  
2897 Rollstuhlfahrer\*innen, Menschen mit Kinderwagen und  
2898 mobilitätseingeschränkten Personen, zur Belebung der Innenstadt und damit  
2899 auch des Einzelhandels – bei gleichzeitiger Stärkung dezentraler, lokaler  
2900 Einzelhandelsangebote in den Stadtteilen

2901 • die Entwicklung innovativer Konzepte für den Potsdamer Einzelhandel, die  
2902 zugleich die Nachhaltigkeit stärken, wie z.B. einen städtisch initiierten  
2903 lokalen Onlineshop für die Potsdamer Einzelhandelsgeschäfte, über den  
2904 ergänzend zum Einkauf in den Geschäften auch Onlinebestellungen möglich  
2905 sind; gerade für kleinere Geschäfte böte dies eine Chance in der  
2906 Konkurrenz gegen auswärtige große Online-Anbieter, und die Auslieferung  
2907 der Waren könnte in nachhaltiger Weise geschehen

2908 • die Unterstützung von Wasserwandertourismus und Radverkehrstourismus, z.B.  
2909 durch Schaffung von Anlegeplätzen und Informationsmöglichkeiten. Auch  
2910 „sanfter“, nachhaltiger Tourismus schafft Arbeitsplätze!

#### 2911 Mehr Gewerbeflächen für innovative Betriebe schaffen

2912 Über Jahrzehnte hinweg wurden in Potsdam Gewerbeflächen durch Wohnbebauung  
2913 zurückgedrängt. Die vorhandenen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung  
2914 („STEK-Gewerbe“ und Gewerbeflächensicherungskonzept), die diesem Trend  
2915 entgegenwirken, müssen mit Blick auf die Planungssicherheit auch Bestand haben  
2916 und konsequenter umgesetzt werden.

2917 Gewerbeansiedlungspolitik sollte vor allem Anbieter zukunftsweisender  
2918 Technologien im Blick haben, die mit den wissenschaftlichen Einrichtungen  
2919 kooperieren möchten. In Potsdam besteht mittlerweile ein erheblicher Bedarf an  
2920 Gewerbeflächen, vor allem im Bereich wirtschaftsnaher Dienstleistungen und von  
2921 Betrieben mit Forschungs- und Mediennähe.

2922 Dafür machen wir uns stark:

- 2923 • Gewerbeansiedlungen auf stadtteilnahen Flächen, weil dies zusätzlichen  
2924 Verkehr vermeidet. Hierfür kann der neue Ansatz der Bauleitplanung  
2925 hilfreich sein, ein gemischt genutztes „urbanes Gebiet“ auszuweisen.
- 2926 • Flächen- und Raumangebote speziell für Start-Ups aus Hochschulen - wie  
2927 beispielsweise bei „Go.In I“
- 2928 • ein Förderprogramm auch für Startups der Kreativszene
- 2929 • zusätzliche Vernetzungs- und Unterstützungsangebote, um Unternehmen auch  
2930 nach einer erfolgreichen Startphase an Potsdam zu binden
- 2931 • Ausbau der Kooperationen mit den Umlandgemeinden für eine erfolgreichere  
2932 Wirtschaftsansiedlung (z.B. Ketzin Gewerbehof)
- 2933 • ein städtisches Programm zur Förderung von Gründerinnen.

### 2934 **Dem Fachkräftemangel begegnen**

2935 Aktuell wohl das größte Problem für Potsdams Wirtschaft und Verwaltung ist der  
2936 zum Teil akute Fachkräftemangel. Eine Voraussetzung dafür, Fachkräfte zu  
2937 gewinnen und zu halten, sind gute Arbeitsbedingungen.

2938 Dafür machen wir uns stark:

- 2939 • Unterstützung der Fachkräftevermittlung durch die Stadt
- 2940 • mehr und spezifischere Angebote für Aus- und Fortbildung
- 2941 • Eingliederungsmaßnahmen für Flüchtlinge in Arbeit und den „Spurwechsel“  
2942 für Menschen mit dem Aufenthaltsstatus „geduldet“
- 2943 • größere Anstrengungen zur Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in Arbeit
- 2944 • gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Bezahlung nach Tarif in städtischen  
2945 Einrichtungen und Unternehmen ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Die  
2946 Potsdamer Grünen setzen sich z.B. dafür ein, dass die Gehälter der  
2947 nichtärztlichen Beschäftigten im Klinikverbund in mehreren Stufen so  
2948 ansteigen, dass Vergütungsverbesserungen bis hin zur Rückkehr in den VKA-  
2949 Tarifverbund bis Ende der Wahlperiode umgesetzt werden.

### 2950 **Kommunale Unternehmen stärker steuern und mehr 2951 Partizipation der Bürger\*innen ermöglichen**

2952 Klar ist: Die Landeshauptstadt Potsdam braucht leistungsfähige kommunale  
2953 Unternehmen, um ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen zu können. Notwendige  
2954 Investitionen zur Zukunftssicherung müssen langfristig gesichert werden; dazu  
2955 gehören auch der Klimaschutz, die langfristige Wahrung der Wasser- und  
2956 Luftqualität und die Umsetzung eines schadstoffvermeidenden Mobilitätskonzepts.

2957 Entsprechend muss ein haushaltsverträgliches Beteiligungsmanagement für die  
2958 öffentlichen Unternehmen im Besitz der Stadt konzipiert sein.

2959 Die Stadt muss geeignete Strukturen schaffen, um die verantwortliche politische  
2960 Steuerung auf die strategische Entwicklung der städtischen Unternehmen  
2961 sicherzustellen. Zusätzlich zum vorhandenen Einfluss der  
2962 Stadtverordnetenversammlung durch ihre Beschlüsse, die die Stadtverwaltung und  
2963 die städtischen Unternehmen binden, und durch die Kontrolle durch die von ihr  
2964 entsandten Vertreter in den Aufsichtsräten der Unternehmen (mit  
2965 Verschwiegenheitspflicht) ist es auch erforderlich, die Steuerung durch die  
2966 Stadt als Gesellschafter der Unternehmen strukturell zu stärken. BÜNDNIS 90/DIE  
2967 GRÜNEN setzen sich dafür ein, das Beteiligungsmanagement deutlich aufzuwerten.  
2968 Angesichts der hohen finanziellen und sozialen Verantwortung für die  
2969 Daseinsvorsorge der Bürger\*innen ist die in der Verwaltung angesiedelte  
2970 Beteiligungssteuerung mit hochqualifiziertem Personal mit Expertise im  
2971 Qualitätsmanagement aufzuwerten und mit klaren Rahmenbedingungen für eine  
2972 erfolgreiche, nachhaltige, an Gemeinwohlziele gebundene kommunale Wirtschaft  
2973 auszustatten. Gleichzeitig müssen hier die Vereinbarungen mit Transparency  
2974 International umgesetzt und sollten zusätzliche Transparenz und (auch  
2975 wirtschaftliche) Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürger\*innen geschaffen  
2976 werden, z.B. bei der städtischen Energiewende durch Beteiligungsmöglichkeiten in  
2977 Form von attraktiveren Klimafonds und die Ermöglichung von Bürger\*innen-  
2978 Energiegenossenschaften.

2979 Dafür machen wir uns stark:

- 2980 • schnellstmögliche Rekommunalisierung sowohl der EWP als auch der STEP zur  
2981 Vermeidung von Zielkonflikten zwischen privaten gewinnorientierten  
2982 Gesellschafterinteressen und denen der langfristig und am Gemeinwohl  
2983 orientierten öffentlichen Hand, sowohl bei wirtschaftlich indizierten  
2984 Umstrukturierungen als auch bei strategischen Zukunftsentscheidungen, zum  
2985 Beispiel über Investitionen
- 2986 • Verbesserung des Beteiligungsmanagements durch die Stadt, v.a. durch  
2987 klarere Formulierung und Durchsetzung städtischer Zielvorgaben bei den  
2988 Beteiligungsunternehmen
- 2989 • Orientierung an den Ergebnissen aus dem soeben abgeschlossenen BSC-  
2990 Verfahren (Balanced Scorecard)
- 2991 • personelle Stärkung und Aufwertung des Beteiligungsmanagements zu einem  
2992 Bereich „Beteiligungssteuerung“
- 2993 • mehr Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger\*innen.
- 2994 • weitere Bekämpfung und Vermeidung von Korruption, auch durch Ausbau der  
2995 Zusammenarbeit mit Transparency International, deren Mitglied die  
2996 Landeshauptstadt Potsdam auf bündnisgrüne Initiative wurde

## A11 Selbstbestimmt, demokratisch und transparent: Digitalisierung in der Kommune

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 16.01.2019

### Text

3133 Die meisten unserer Lebensbereiche sind in der einen oder anderen Weise von der  
3134 Digitalisierung berührt. Wir wollen die neuen Möglichkeiten nutzen, die sich  
3135 ergeben um Menschen näher zusammenzubringen, Prozesse demokratischer und  
3136 transparenter zu gestalten, Verwaltung effizienter zu machen und Teilhabe zu  
3137 stärken. Wir wollen die Chancen im Sinne der Gesamtgesellschaft nutzen und dabei  
3138 die Rechte und Bedürfnisse der Bürger\*innen in den Mittelpunkt stellen. Wir  
3139 wollen die Begeisterung, mit der Neues ausprobiert wird, fördern wo immer es  
3140 geht und gerade junge Menschen in die Lage versetzen, sich selbstbestimmt mit  
3141 Technik auseinanderzusetzen.  
3142 Wichtigste Voraussetzung für alle staatlichen IT-Unternehmungen sind für uns  
3143 Datenschutz, IT-Sicherheit und Einbindung der betroffenen Menschen. Dies muss  
3144 immer von Beginn an bedacht werden, um nachhaltige Lösungen und Akzeptanz zu  
3145 erreichen. Eine bündnisgrüne Digitalisierung fördert nicht Monopole,  
3146 Abhängigkeiten und Bevormundung, sondern dient der Allgemeinheit und einem  
3147 selbstbestimmten Leben.

### 3148 IT-Service in der Stadtverwaltung

3149 Dafür machen wir uns stark:

- 3150 • Ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung des IT-Service der  
3151 Stadtverwaltung um eine professionelle Betreuung zu ermöglichen
- 3152 • E-Government vorantreiben um Bürger\*innen und Verwaltung zu entlasten -  
3153 möglichst viele Services müssen online erledigt werden können. Jede  
3154 Behörden-Dienstleistung muss jedoch auch analog vor Ort angeboten werden.
- 3155 • Unbedingte Beachtung von Sicherheits- und Datenschutzstandards bei  
3156 Ausschreibungen, No-Spy-Klausel gegen Anbieter\*innen, die mit  
3157 ausländischen Geheimdiensten zusammenarbeiten
- 3158 • Ende-zu-Ende-Verschlüsselung bei Kommunikation mit Bürger\*innen und  
3159 anderen Stellen
- 3160 • Beachtung der Energieeffizienz bei Anschaffung neuer Hard- und Software
- 3161 • Langfristig Umstellung auf freie und quelloffene Software

### 3162 Smart City Potsdam

3163 Verschiedene Smart-City-Konzepte werden seit Jahren weltweit getestet oder  
3164 umgesetzt. Wir stehen der gemeinwohlorientierten Nutzung von Daten, die in der  
3165 Stadt anfallen grundsätzlich positiv gegenüber. Allerdings darf dies nicht mit  
3166 einem Ausverkauf des öffentlichen Raums an Firmen einhergehen, welche die

3167 dahinter liegenden technischen Strukturen als Geschäftsgeheimnis behandeln und  
3168 damit eine unkontrollierte Machtstellung in der Stadt einnehmen. Stattdessen  
3169 sollen kleinteilige, offene und in Zusammenarbeit mit Bürger\*innen und  
3170 Zivilgesellschaft entwickelte Konzepte erprobt werden. Als Vorbild für eine an  
3171 Bedürfnissen der Menschen und nicht an proprietärer Technologie ausgerichteter  
3172 Digitalisierung der Stadt, dient uns das in Barcelona praktizierte Konzept.

3173

3174 Auswirkungen auf die Gesellschaft werden wir weiterhin sehr genau im Blick  
3175 behalten und eine breite gesellschaftliche Debatte einfordern, bevor Fakten  
3176 geschaffen werden, die schwer zurück zu nehmen sind.

3177 Dafür machen wir uns stark:

- 3178 • Proaktive Veröffentlichung möglichst aller Verwaltungsdaten auf der Open-  
3179 Data-Plattform (siehe Demokratie-Kapitel)
- 3180 • Stärkung von Online-Beteiligungsverfahren, z.B. Erprobung von Plattformen  
3181 für strukturierte Debatten (siehe auch Demokratie-Kapitel)

### 3182 Zivilgesellschaft einbinden und unterstützen

3183 Zivilgesellschaftliche Gruppen, die an der Schnittstelle zwischen Politik und  
3184 Technik im Dienste der Gesellschaft aktiv sind - wie z.B. die Freifunk- oder  
3185 Open-Data-Community - wollen wir aktiv einbinden und soweit wie möglich  
3186 unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass in Gebäuden der Stadt ein Freifunk-  
3187 WLAN angeboten wird, wie es unsere bündisgrüne Geschäftsstelle schon seit vielen  
3188 Jahren der Fall ist.

## Beschluss Selbstbestimmt, demokratisch und transparent: Digitalisierung in der Kommune

Gremium: KMV Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

### Text

3189 Die meisten unserer Lebensbereiche sind in der einen oder anderen Weise von der  
3190 Digitalisierung berührt. Wir wollen die neuen Möglichkeiten nutzen, die sich  
3191 ergeben um Menschen näher zusammenzubringen, Prozesse demokratischer und  
3192 transparenter zu gestalten, Verwaltung effizienter zu machen und Teilhabe zu  
3193 stärken. Wir wollen die Chancen im Sinne der Gesamtgesellschaft nutzen und dabei  
3194 die Rechte und Bedürfnisse der Bürger\*innen in den Mittelpunkt stellen. Wir  
3195 wollen die Begeisterung, mit der Neues ausprobiert wird, fördern wo immer es  
3196 geht und gerade junge Menschen in die Lage versetzen, sich selbstbestimmt mit  
3197 Technik auseinanderzusetzen.  
3198 Wichtigste Voraussetzung für alle Staatlichen IT-Unternehmungen sind für uns  
3199 Datenschutz, IT-Sicherheit und Einbindung der betroffenen Menschen. Dies muss  
3200 immer von Beginn an bedacht werden, um nachhaltige Lösungen und Akzeptanz zu  
3201 erreichen. Eine bündnisgrüne Digitalisierung fördert nicht Monopole,  
3202 Abhängigkeiten und Bevormundung, sondern dient der Allgemeinheit und einem  
3203 selbstbestimmten Leben.

### 3204 IT-Service in der Stadtverwaltung

3205 Dafür machen wir uns stark:

- 3206 • Ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung des IT-Service der  
3207 Stadtverwaltung um eine professionelle Betreuung zu ermöglichen
- 3208 • E-Government vorantreiben um Bürger\*innen und Verwaltung zu entlasten -  
3209 möglichst viele Services müssen online erledigt werden können. Jede  
3210 Behörden-Dienstleistung muss jedoch auch analog vor Ort angeboten werden.
- 3211 • Unbedingte Beachtung von Sicherheits- und Datenschutzstandards bei  
3212 Ausschreibungen, No-Spy-Klausel gegen Anbieter\*innen, die mit  
3213 ausländischen Geheimdiensten zusammenarbeiten
- 3214 • Ende-zu-Ende-Verschlüsselung bei Kommunikation mit Bürger\*innen und anderen  
3215 Stellen
- 3216 • Beachtung der Energieeffizienz bei Anschaffung neuer Hard- und Software
- 3217 • Langfristig Umstellung auf freie und quelloffene Software

### 3218 Smart City Potsdam

3219 Verschiedene Smart-City-Konzepte werden seit Jahren weltweit getestet oder  
3220 umgesetzt. Wir stehen der gemeinwohlorientierten Nutzung von Daten, die in der  
3221 Stadt anfallen grundsätzlich positiv gegenüber. Allerdings darf dies nicht mit  
3222 einem Ausverkauf des öffentlichen Raums an Firmen einhergehen, welche die

3223 dahinter liegenden technischen Strukturen als Geschäftsgeheimnis behandeln und  
3224 damit eine unkontrollierte Machtstellung in der Stadt einnehmen. Stattdessen  
3225 sollen kleinteilige, offene und in Zusammenarbeit mit Bürger\*innen und  
3226 Zivilgesellschaft entwickelte Konzepte erprobt werden. Als Vorbild für eine an  
3227 Bedürfnissen der Menschen und nicht an proprietärer Technologie ausgerichteter  
3228 Digitalisierung der Stadt, dient uns das in Barcelona praktizierte Konzept.

3229

3230 Auswirkungen auf die Gesellschaft werden wir weiterhin sehr genau im Blick  
3231 behalten und eine breite gesellschaftliche Debatte einfordern, bevor Fakten  
3232 geschaffen werden, die schwer zurück zu nehmen sind.

3233 Dafür machen wir uns stark:

- 3234 • Proaktive Veröffentlichung möglichst aller Verwaltungsdaten auf der Open-  
3235 Data-Plattform (siehe Kapitel 9)
- 3236 • Stärkung von Online-Beteiligungsverfahren, z.B. Erprobung von Plattformen  
3237 für strukturierte Debatten (siehe auch Kapitel 9)
- 3238 • verständliche, detaillierte und transparente Veröffentlichung aller  
3239 kommunalen Kosten und Ausgaben (z.B. jede von der Stadt bezahlte  
3240 Dienstleistung)

3241 **Zivilgesellschaft einbinden und unterstützen**

3242 Zivilgesellschaftliche Gruppen, die an der Schnittstelle zwischen Politik und  
3243 Technik im Dienste der Gesellschaft aktiv sind - wie z.B. die Freifunk- oder  
3244 Open-Data-Community - wollen wir aktiv einbinden und soweit wie möglich  
3245 unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass in Gebäuden der Stadt ein Freifunk-  
3246 Wlan angeboten wird, wie es unsere Bündidgrünen Geschäftsstelle schon seit  
3247 vielen Jahren der Fall ist.

## A12NEU Das neue Europa in Potsdam

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 01.02.2019

### Text

3301 Potsdam ist eine zunehmend europäische und internationale Stadt. Nicht nur  
3302 Tourist\*innen kommen, sondern auch Hochschulen, Forschungseinrichtungen und  
3303 Unternehmen ziehen immer mehr Menschen aus Europa und der Welt zum Arbeiten und  
3304 Leben in unsere Stadt.

3305 Die Europäische Union gewinnt auf verschiedenen Ebenen für Kommunen an Bedeutung  
3306 und zwar konkret in der EU-Gesetzgebung, wie z. B. im Vergaberecht, in der  
3307 Dienstleistungsrichtlinie und bei Standardsetzungen mit Bedeutung für die  
3308 Kommunen im Klimabereich. Ebenfalls können Kommunen durch EU-Fördermittel (auch  
3309 und insbesondere außerhalb der Strukturfondmittel) eigene Vorhaben (ko-  
3310 )finanzieren, initiieren und umsetzen.

3311 Heutzutage sind bereits 70 Prozent unserer kommunalen Entscheidungen von EU-  
3312 Richtlinien betroffen. Gerade in der Fördermittelvergabe sind neben der  
3313 kommunalen Verwaltung auch die Wirtschaft vor Ort (von selbstständig Tätigen bis  
3314 hin zu mittelständischen Unternehmen) sowie einzelnen Bürger\*innen,  
3315 Initiativen, Vereine, Kultur und Sport betroffen. Um die Möglichkeiten für alle  
3316 Beteiligten bestmöglich auszuschöpfen, sind mehr europapolitische Kompetenz und  
3317 der Zugang zu Informationen auf allen Ebenen gefordert.

3318 Weiterhin werden zur Durchsetzung politischer Interessen europäische  
3319 Kooperationen und Netzwerke wichtiger und erfordern die Mitwirkung in  
3320 gemeinsamen Gremien und im Erfahrungs- und Wissensaustausch durch den von der EU  
3321 geförderten Fortbildungs- und Qualifizierungsangeboten im europäischen Verbund.

3322 Dafür machen wir uns stark:

- 3323 • Verstärkung der europapolitischen Kompetenz innerhalb der Verwaltung durch  
3324 die Schaffung der Position eines Beauftragten für Europa und  
3325 Internationales am Büro des Oberbürgermeisters
- 3326 • Etablierung einer zentralen Anlaufstelle, eines „One-Stop-Shop“ für Fragen  
3327 rund um Europäische Politik und Fördergrundsätze der EU-Förderprogramme  
3328 für alle Bürger\*innen

3329 Folgende Aufgabenbereiche sollen mit diesen ineinander zu verzahnenden  
3330 Bereichen abgedeckt werden:

- 3331 • Stärkung der Verwaltung
- 3332 • Kommunikation und Information der Bürger\*innen zu EU-relevanten Themen
- 3333 • Mehr Informationen und weitere Unterstützung bei der Fördermittelakquise  
3334 (Gemeinden mit Europabeauftragten stellen häufiger Förderanträge)
- 3335 • Einsatz für die Einrichtung einer Informations- und Kontaktstelle für die  
3336 Brandenburger Kommunen in Brüssel
- 3337 • Beobachtung und Analyse von Gesetzesvorhaben und Entwicklungen auf  
3338 europäischer Ebene mit Einfluss auf die Stadt Potsdam,
- 3339 • Verfassen von Stellungnahmen z.B. innerhalb des Netzwerks der  
3340 Europabeauftragten beim Rat der Gemeinden und Regionen Europas
- 3341 • Mitarbeit in europäischen Netzwerken, beispielsweise den Nachfolgeprogramm  
3342 von „EU Urban Mobility Partnerschaft“ im Rahmen der Urban Agenda der EU.
- 3343 • Zusammenarbeit mit den Partnerstädten
- 3344 • Einführung eines Austauschs für Mandatsträger\*innen

### 3345 **Mitgliedschaft bei Energie Cities**

3346 Für die Zukunft ist es entscheidend, die Zukunft der Energie zu gestalten. Dazu  
3347 gehört vor allem, Potsdam Fähigkeiten und Ressourcen im Bereich der Erneuerbaren  
3348 Energien zu gestalten. Hierfür gilt es einen wirkungsvollen Erfahrungsaustausch  
3349 mit anderen Kommunen sowie den Transfer von Know-how und die Umsetzung  
3350 gemeinsamer Projekte zu stärken. Für dieses Ziel haben sich bereits mehr als  
3351 1000 Städte aus 30 Ländern im Europäischen Zusammenschluss „Energy Cities“  
3352 zusammengefunden. Wir wollen, dass Potsdam Mitglied in diesem Netzwerk wird und  
3353 dadurch effektiv an der Zukunft der kommunalen Energie mitarbeiten kann.

## Beschluss Das neue Europa in Potsdam

Gremium: KMV Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

### Text

3248 Potsdam ist eine zunehmend europäische und internationale Stadt. Nicht nur  
3249 Tourist\*innen kommen, sondern auch Hochschulen, Forschungseinrichtungen und  
3250 Unternehmen ziehen immer mehr Menschen aus Europa und der Welt zum Arbeiten und  
3251 Leben in unsere Stadt.

3252 Die Europäische Union gewinnt auf verschiedenen Ebenen für Kommunen an Bedeutung  
3253 und zwar konkret in der EU-Gesetzgebung, wie z. B. im Vergaberecht, in der  
3254 Dienstleistungsrichtlinie und bei Standardsetzungen mit Bedeutung für die  
3255 Kommunen im Klimabereich. Ebenfalls können Kommunen durch EU-Fördermittel (auch  
3256 und insbesondere außerhalb der Strukturfondmittel) eigene Vorhaben (ko-  
3257 )finanzieren, initiieren und umsetzen.

3258 Heutzutage sind bereits 70 Prozent unserer kommunalen Entscheidungen von EU-  
3259 Richtlinien betroffen. Gerade in der Fördermittelvergabe sind neben der  
3260 kommunalen Verwaltung auch die Wirtschaft vor Ort (von selbstständig Tätigen bis  
3261 hin zu mittelständischen Unternehmen) sowie einzelnen Bürger\*innen,  
3262 Initiativen, Vereine, Kultur und Sport betroffen. Um die Möglichkeiten für alle  
3263 Beteiligten bestmöglich auszuschöpfen, sind mehr europapolitische Kompetenz und  
3264 der Zugang zu Informationen auf allen Ebenen gefordert.

3265 Weiterhin werden zur Durchsetzung politischer Interessen europäische  
3266 Kooperationen und Netzwerke wichtiger und erfordern die Mitwirkung in  
3267 gemeinsamen Gremien und im Erfahrungs- und Wissensaustausch durch den von der EU  
3268 geförderten Fortbildungs- und Qualifizierungsangeboten im europäischen Verbund.

3269 Dafür machen wir uns stark:

- 3270 • Verstärkung der europapolitischen Kompetenz innerhalb der Verwaltung durch  
3271 die Schaffung der Position eines Beauftragten für Europa und  
3272 Internationales am Büro des Oberbürgermeisters
- 3273 • Etablierung einer zentralen Anlaufstelle, eines „One-Stop-Shop“ für Fragen  
3274 rund um Europäische Politik und Fördergrundsätze der EU-Förderprogramme  
3275 für alle Bürger\*innen

3276 Folgende Aufgabenbereiche sollen mit diesen ineinander zu verzahnenden  
3277 Bereichen abgedeckt werden:

- 3278 • Stärkung der Verwaltung
- 3279 • Kommunikation und Information der Bürger\*innen zu EU-relevanten Themen
- 3280 • Mehr Informationen und weitere Unterstützung bei der Fördermittelakquise  
3281 (Gemeinden mit Europabeauftragten stellen häufiger Förderanträge)
- 3282 • Einsatz für die Einrichtung einer Informations- und Kontaktstelle für die  
3283 Brandenburger Kommunen in Brüssel
- 3284 • Beobachtung und Analyse von Gesetzesvorhaben und Entwicklungen auf  
3285 europäischer Ebene mit Einfluss auf die Stadt Potsdam,
- 3286 • Verfassen von Stellungnahmen z.B. innerhalb des Netzwerks der  
3287 Europabeauftragten beim Rat der Gemeinden und Regionen Europas
- 3288 • Mitarbeit in europäischen Netzwerken, beispielsweise den Nachfolgeprogramm  
3289 von „EU Urban Mobility Partnerschaft“ im Rahmen der Urban Agenda der EU.
- 3290 • Zusammenarbeit mit den Partnerstädten
- 3291 • Einführung eines Austauschs für Mandatsträger\*innen

### 3292 **Mitgliedschaft bei Energie Cities**

3293 Für die Zukunft ist es entscheidend, die Zukunft der Energie zu gestalten. Dazu  
3294 gehört vor allem, Potsdam Fähigkeiten und Ressourcen im Bereich der Erneuerbaren  
3295 Energien zu gestalten. Hierfür gilt es einen wirkungsvollen Erfahrungsaustausch  
3296 mit anderen Kommunen sowie den Transfer von Know-how und die Umsetzung  
3297 gemeinsamer Projekte zu stärken. Für dieses Ziel haben sich bereits mehr als  
3298 1000 Städte aus 30 Ländern im Europäischen Zusammenschluss „Energy Cities“  
3299 zusammengefunden. Wir wollen, dass Potsdam Mitglied in diesem Netzwerk wird und  
3300 dadurch effektiv an der Zukunft der kommunalen Energie mitarbeiten kann.

## A13NEU Demokratisches Potsdam

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 23.01.2019

### Text

#### 3535 **Neue politische Kultur, moderne Stadtverwaltung** 3536 **und Bürger\*innenbeteiligung**

3537 Demokratie lebt vom Mitmachen und Mitgestalten: Die Stadt gehört uns allen. Für  
3538 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedeutet Demokratie mehr als Parlamentarismus. Demokratie  
3539 ist kein starrer Rahmen, sondern einem steten Wandel unterworfen. Diesen Wandel  
3540 wollen wir aktiv im Sinne demokratischer Willensbildung voranbringen. Wir wollen  
3541 direkte, dialogische und repräsentative Formen der Beteiligung miteinander  
3542 verzahnen, um die Vorteile der verschiedenen Verfahren zur Geltung zu bringen.  
3543 Wir stehen ein für größtmögliche Transparenz und einen fairen Umgang  
3544 miteinander.  
3545 Politik und Sprache gehören eng zusammen; Sprache gestaltet unsere Wirklichkeit.  
3546 Deshalb gehen wir verantwortlich mit ihr und unserer demokratischen Streitkultur  
3547 um. Wir ringen im Wettstreit um die besten politischen Lösungen mit der Sprache  
3548 der Demokratie: der Wahrheit und der Vielfalt der Lebenswelten und Meinungen  
3549 verpflichtet, durch Argumente und Zuhören immer bereit, politische Positionen im  
3550 demokratischen Prozess zu verbessern. Wir lehnen demagogische oder digital  
3551 erzeugte Verzerrungen der Wirklichkeit und die damit verbundenen Mittel der  
3552 Falschmeldungen, unzulässigen Verallgemeinerung von Einzelfällen, Diffamierung  
3553 von Andersdenkenden etc. grundsätzlich ab.

#### 3554 **Vertretung aller gesellschaftlichen Gruppen in** 3555 **der Stadtpolitik ermöglichen – Engagement** 3556 **wertschätzen**

3557 Wir Bündnisgrünen sehen die repräsentative Demokratie als die geeignete Form der  
3558 kommunalen Vertretung an; die kommunalen Entscheidungen geben Rechts- und  
3559 Planungssicherheit für die Gestaltung von Potsdams Zukunft.

3560 Entsprechend werben wir für eine starke bündnisgrüne Fraktion im Potsdamer  
3561 Rathaus und eine starke Wahlbeteiligung als Instrument der demokratischen  
3562 Teilhabe für alle (wahlberechtigten) Menschen unserer Stadt.

3563 Durch Kommunalwahlen ist die Möglichkeit eröffnet, dass die Potsdamer\*innen alle  
3564 Bevölkerungsgruppen hindurch angemessen repräsentiert wird. Durch das starke  
3565 Wachstum von Potsdam mit den vielen anstehenden Planungsentscheidungen auf allen  
3566 Gebieten werden die ehrenamtlichen Stadtverordneten mit bis zu 20 Wochenstunden  
3567 für notwendige Präsenz in Ausschüssen, im Plenum und der Vorbereitung von  
3568 Anträgen und Reden in Anspruch genommen - kleinere Parteien noch mehr als  
3569 größere. Politikentwicklung und innerparteiliche Diskussion kommen noch hinzu.

3570 Durch eine solche ehrenamtliche Regelung quasi für einen Halbtagsjob werden  
3571 einige wichtige Bevölkerungsgruppen faktisch von der Möglichkeit ausgeschlossen,  
3572 sich als Stadtverordnete zu bewerben und damit gut gesicherten Personen das

3573 politische Feld überlassen - zu Lasten einer echten Repräsentation der Potsdamer  
3574 Bevölkerung und damit zu Lasten der kommunalen Demokratie als Berücksichtigung  
3575 der Interessen und auch der Lebenswelten aller Bürger\*innen.

3576 Diese sind beispielhaft: Junge Leute in Ausbildung; Rentner\*innen mit knapper  
3577 Rente; Familien und Alleinerziehende, die keine Kinderbetreuung finanzieren  
3578 können, Niedriglohngruppen wie Altenpfleger\*innen und Krankenhauspersonal;  
3579 Sozialhilfeempfänger\*innen einschließlich Arbeitslose, die dem Arbeitsmarkt zur  
3580 Verfügung stehen müssen; Student\*innen und junge Wissenschaftler\*innen, die  
3581 wegen prekärer Einkommensverhältnisse Nebenjobs benötigen; Gründer\*innen, die  
3582 Aufträge annehmen müssen etc.

3583 Dies alles sind Personengruppen, die für die Entwicklung von Potsdam zu einer  
3584 lebendigen und zukunftsfähigen Stadt wesentliche Ideen, Perspektiven, Interessen  
3585 und Know-How beizutragen haben. Sie sollten durch eine nennenswerte  
3586 Geldpauschale die Möglichkeit erhalten, sich an der politischen Willensbildung  
3587 in Potsdam zu beteiligen.

3588 Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen daher vorschlagen, dass die Stadt Potsdam  
3589 für die Stadtverordneten eine Grundsicherungspauschale in den Haushalt aufnimmt.  
3590 Alternativ könnte ein Stiftungsfonds eingerichtet werden, der Stadtverordnete  
3591 nach sozialen Kriterien unterstützt.

## 3592 **Politische Bildung vorantreiben**

3593 Voraussetzung für eine starke kommunale Demokratie ist das Verständnis für  
3594 institutionelle Abläufe, die Möglichkeiten, als Bürger\*in seiner Stimme Gehör zu  
3595 verschaffen und Rechenschaft der Mandatsträger\*innen einzufordern. Es ist daher  
3596 zur Wahrung einer repräsentativen demokratischen Kommunalvertretung unabdingbar,  
3597 in die politische Bildung von allen Bevölkerungsgruppen zu investieren, auch  
3598 mehrsprachig und mit einfacher Sprache. Ganz besonders bewährt haben sich  
3599 Instrumente wie Planspiele, Jugend-Stadtverordnetenversammlungen und die  
3600 Nachstellung von kontroversen Entscheidungsprozessen.

3601 Um der Bürgerschaft bei der Gestaltung von Potsdam substantiell Rechenschaft  
3602 abzulegen und ihr eine „außerparlamentarische“ Stimme zur Teilhabe zu geben,  
3603 muss ein entsprechender Kulturwandel der Verwaltung stattfinden: der Wille,  
3604 aktiv die Bürgerschaft in die Lage zu versetzen, sich aufgrund von leicht  
3605 zugänglicher, gut aufbereiteter Information eine faktenbasierte Meinung zu  
3606 bilden.

## 3607 **Beteiligung ausbauen**

3608 Beteiligungsverfahren sind eine sinnvolle und gerade in einer dynamischen und  
3609 lebendigen Stadt wie Potsdam absolut notwendige Ergänzung zur repräsentativen  
3610 Demokratie. Sie bedeuten Chancen für Potsdamer Bürger\*innen, sich an der  
3611 Gestaltung von Entscheidungen zu beteiligen. Sie bergen aber auch Risiken,  
3612 insbesondere können Beteiligungsverfahren durch Gruppeninteressen einseitig  
3613 gestaltet werden oder gar missbraucht werden. Essentiell sind daher  
3614 niederschwellige Angebote, die alle betroffenen Gruppen einbeziehen und  
3615 professionell betreut werden. Um ein Instrument der Konsensfindung zu sein muss

3616 außerdem von Politik und Verwaltung ein klares Bekenntnis gegeben sein, dass  
3617 diese Prozesse ernst genommen werden und berücksichtigt werden.

## 3618 **Beteiligungswerkstätten bei Planungen** 3619 **verbindlich einbeziehen**

3620 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass besonders in den Frühphasen  
3621 von Planungsverfahren das Werkstattverfahren zur Klärung von Interessen und  
3622 Zielen verstärkt eingesetzt wird. Hier soll durch Verwaltungsvorschriften  
3623 gesichert werden, dass Werkstattgespräche mit dem Ziel moderiert werden, alle  
3624 Bevölkerungsgruppen zu Wort kommen zu lassen.

3625 Die rechtlichen Grenzen dieses Instruments sind eng und binden die Verwaltung in  
3626 ihrer Entscheidungsfindung nicht. Aufwand und Erwartungen an eine solche  
3627 Beteiligungswerkstatt können nur gerechtfertigt werden, wenn eine ernsthafte  
3628 Berücksichtigung der Werkstatteergebnisse gesichert ist, also eine politische  
3629 Verbindlichkeit durch Politik und Verwaltung hergestellt wird. Daher sollte ein  
3630 Monitoringsystem für die Umsetzung der Ergebnisse einer Beteiligungswerkstatt  
3631 eingerichtet werden.

## 3632 **Vom Bürger\*innenhaushalt zur Diskussion der** 3633 **Haushaltspolitik**

3634 Der sogenannte "Potsdamer Bürgerhaushalt" ist bislang lediglich ein Verfahren  
3635 zur Sammlung von Ideen zum Haushalt. Es handelt sich daher um eine stark  
3636 beschönigende Etikettierung, von Bürger\*innenhaushalt zu sprechen, da er nicht  
3637 mit entsprechender Gestaltungsmacht die Haushaltspolitik als solche betrifft.  
3638 Wir schlagen vor, dass der "Bürgerhaushalt" weiterentwickelt wird und in ein  
3639 Haushaltsaufstellungsverfahren mündet, in dem interessierte Menschen die  
3640 Haushaltspolitik mit ihrer strategischen längerfristigen Ausrichtung  
3641 mitdiskutieren können und ernsthaft gehört werden.

3642 Auch die Eingaben der Potsdamer Bürger\*innen zum Potsdamer Haushalt sollte nicht  
3643 ohne Begründungspflicht von der Verwaltung abgelehnt werden dürfen –  
3644 Bürger\*innen haben ein Recht darauf, zu verstehen, warum ihre Eingabe für die  
3645 Verwaltung der Stadt nicht erfolgreich ist.

3646 Daher plädieren wir dafür, dass die Grundzüge der Haushaltspolitik verständlich  
3647 publiziert und beraten werden. Dies bedeutet vor allem eine leicht verständliche  
3648 Sprache, die alle verstehen können.

## 3649 **Bauen transparenter machen**

3650 Wir wollen, dass auf einer zentralen Vorhabenplattform im Netz alle größeren  
3651 öffentlichen Bauprojekte und Vorhaben der Stadt Potsdam veröffentlicht werden,  
3652 einschließlich des Standes der Planung oder Umsetzung. Hier sollen auch direkt  
3653 Beteiligungsverfahren zu jedem einzelnen Projekt gezeigt werden.

## 3654 **Direkte Demokratie stärken**

3655 Die direkte Demokratie ist nicht automatisch die bessere Form der  
3656 Entscheidungsfindung, sie kann die Parlamente allerdings dabei ergänzen,  
3657 Interessenskonflikte in einem formalisierten Rahmen zu lösen. Gerade kontroverse  
3658 Debatten, die gesellschaftlich viel und emotional diskutiert werden, können so  
3659 befriedet werden. Die Rahmenbedingungen für direktdemokratische Verfahren auf  
3660 kommunaler Ebene sind von Landesgesetzen vorgegeben und stark eingeschränkt. Wir  
3661 setzen uns auf Landesebene dafür ein, Bürger\*innenbegehren zu stärken. Unter  
3662 anderem wollen wir Quoren senken, die Unterschriftensammlung vereinfachen und  
3663 auch Begehren zur Bauleitplanung oder zu Finanzthemen zulassen.

3664 In Potsdam wollen wir die Information und Beratung zu Möglichkeiten der direkten  
3665 Demokratie verbessern, damit die existierenden Instrumente möglichst sinnvoll  
3666 eingesetzt werden können.

## 3667 **Transparenz ernstnehmen**

3668 Alle Formen der demokratischen Teilhabe beruhen auf einer gemeinsamen  
3669 Grundvoraussetzung: dass mündige Bürger\*innen informiert diskutieren und  
3670 entscheiden können. Wir wollen eine Debattenkultur, die auf der Basis von Fakten  
3671 und gegenseitigem Respekt zu einem echten Austausch von Argumenten führt. Der  
3672 Eindruck von Mausehelei und zurückgehaltenen Informationen gefährdet diese  
3673 Debattenkultur, vereinfacht populistische Meinungsmache und verhindert eine  
3674 umfassende Willensbildung.

3675 Die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen und  
3676 Verwaltungshandeln sind Voraussetzungen für das Vertrauen in demokratische  
3677 Strukturen und die Möglichkeit, sich aktiv einzumischen. Bisher ist es für  
3678 Bürger\*innen zu häufig nicht möglich oder mit großem Aufwand verbunden, die für  
3679 sie relevanten Informationen zu bekommen.

3680 Die Vorstellung des "Amtsgeheimnisses" wollen wir durch eine Kultur der  
3681 Transparenz ersetzen, in der Verwaltungsdokumente automatisch veröffentlicht  
3682 werden. Mit dem Open-Data-Portal ist Potsdam innerhalb Brandenburgs Vorreiter.  
3683 Allerdings sind die Inhalte darauf bisher sehr eingeschränkt. Städte wie Hamburg  
3684 und Bremen machen vor, wie viel mehr möglich ist. Im Zuge der ohnehin  
3685 notwendigen Digitalisierung und der Einführung von immer mehr Elementen des E-  
3686 Government, können Abläufe so angepasst werden, dass die Veröffentlichung ein  
3687 selbstverständlicher Bestandteil der Bearbeitung eines Vorgangs wird.

3688 Ziel ist, dass alle Verwaltungsdaten, Verträge oder Gutachten, die keiner  
3689 Schutzbedürftigkeit unterliegen (z.B. personenbezogene Daten oder als geheim  
3690 eingestuft), in offenen, maschinenlesbaren Formaten proaktiv und zeitnah  
3691 verfügbar gemacht werden. Wer sich um öffentliche Aufträge bemüht, der muss auch  
3692 die Offenlegung von Informationen zu dem Auftrag akzeptieren.

3693

3694

3695

3696 Dafür machen wir uns stark:

- 3697 • faire Debattenkultur und ein Diskurs auf Basis von Fakten
- 3698 • mehr Bevölkerungsgruppen ein Engagement in der Stadtverordnetenversammlung  
3699 ermöglichen durch eine Grundsicherungspauschale für Stadtverordnete
- 3700 • Stärkung der Bildungsangebote (bspw. Planspiele), insbesondere für Kinder  
3701 und Jugendliche
- 3702 • Kulturwandel zu einer bürgernahen Verwaltung - Informationen besser  
3703 aufarbeiten und Kontakt erleichtern
- 3704 • Stärkung des Werkstattverfahrens - häufigerer Einsatz, proaktive  
3705 Einbindung betroffener Bevölkerungsgruppen und Überprüfung der Ergebnisse
- 3706 • Stärkung des "Potsdamer Bürgerhaushalt" - Durch niedrigschwellige Angebote  
3707 echte Debatten zur strategischen Ausrichtung des Haushalts ermöglichen
- 3708 • zentrale Transparenz- und Beteiligungsplattform für alle Bauvorhaben
- 3709 • Veröffentlichung von Informationen und beispielsweise Bebauungsplänen auch  
3710 in leichter Sprache bzw. für Kinder und Jugendliche verständlicher  
3711 Sprache, um mehr Beteiligung zu ermöglichen
- 3712 • Verbesserung der Informationen und Unterstützung für Instrumente der  
3713 direkten Demokratie
- 3714 • massiver Ausbau des Open-Data-Portals mit dem Ziel einer proaktiven  
3715 Veröffentlichung möglichst aller Verwaltungsdaten

## Beschluss Demokratisches Potsdam

Gremium: KMV Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

### Text

#### 3354 **Neue politische Kultur, moderne Stadtverwaltung** 3355 **und Bürger\*innenbeteiligung**

3356 Demokratie lebt vom Mitmachen und Mitgestalten: Die Stadt gehört uns allen. Für  
3357 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedeutet Demokratie mehr als Parlamentarismus. Demokratie  
3358 ist kein starrer Rahmen, sondern einem steten Wandel unterworfen. Diesen Wandel  
3359 wollen wir aktiv im Sinne demokratischer Willensbildung voranbringen. Wir wollen  
3360 direkte, dialogische und repräsentative Formen der Beteiligung miteinander  
3361 verzahnen, um die Vorteile der verschiedenen Verfahren zur Geltung zu bringen.  
3362 Wir stehen ein für größtmögliche Transparenz und einen fairen Umgang  
3363 miteinander.

3364 Politik und Sprache gehören eng zusammen; Sprache gestaltet unsere Wirklichkeit.  
3365 Deshalb gehen wir verantwortlich mit ihr und unserer demokratischen Streitkultur  
3366 um. Wir ringen im Wettstreit um die besten politischen Lösungen mit der Sprache  
3367 der Demokratie: der Wahrheit und der Vielfalt der Lebenswelten und Meinungen  
3368 verpflichtet, durch Argumente und Zuhören immer bereit, politische Positionen im  
3369 demokratischen Prozess zu verbessern. Wir lehnen demagogische oder digital  
3370 erzeugte Verzerrungen der Wirklichkeit und die damit verbundenen Mittel der  
3371 Falschmeldungen, unzulässigen Verallgemeinerung von Einzelfällen, Diffamierung  
3372 von Andersdenkenden etc. grundsätzlich ab.

#### 3373 **Vertretung aller gesellschaftlichen Gruppen in** 3374 **der Stadtpolitik ermöglichen – Engagement** 3375 **wertschätzen**

3376 Wir Bündnisgrünen sehen die repräsentative Demokratie als die geeignete Form der  
3377 kommunalen Vertretung an; die kommunalen Entscheidungen geben Rechts- und  
3378 Planungssicherheit für die Gestaltung von Potsdams Zukunft.

3379 Entsprechend werben wir für eine starke bündnisgrüne Fraktion im Potsdamer  
3380 Rathaus und eine starke Wahlbeteiligung als Instrument der demokratischen  
3381 Teilhabe für alle (wahlberechtigten) Menschen unserer Stadt.

3382 Durch Kommunalwahlen ist die Möglichkeit eröffnet, dass die Potsdamer\*innen alle  
3383 Bevölkerungsgruppen hindurch angemessen repräsentiert wird. Durch das starke  
3384 Wachstum von Potsdam mit den vielen anstehenden Planungsentscheidungen auf allen  
3385 Gebieten werden die ehrenamtlichen Stadtverordneten mit bis zu 20 Wochenstunden  
3386 für notwendige Präsenz in Ausschüssen, im Plenum und der Vorbereitung von  
3387 Anträgen und Reden in Anspruch genommen - kleinere Parteien noch mehr als  
3388 größere. Politikentwicklung und innerparteiliche Diskussion kommen noch hinzu.

3389 Durch eine solche ehrenamtliche Regelung quasi für einen Halbtagsjob werden  
3390 einige wichtige Bevölkerungsgruppen faktisch von der Möglichkeit ausgeschlossen,  
3391 sich als Stadtverordnete zu bewerben und damit gut gesicherten Personen das

3392 politische Feld überlassen - zu Lasten einer echten Repräsentation der Potsdamer  
 3393 Bevölkerung und damit zu Lasten der kommunalen Demokratie als Berücksichtigung  
 3394 der Interessen und auch der Lebenswelten aller Bürger\*innen.

3395 Diese sind beispielhaft: Junge Leute in Ausbildung; Rentner\*innen mit knapper  
 3396 Rente; Familien und Alleinerziehende, die keine Kinderbetreuung finanzieren  
 3397 können, Niedriglohngruppen wie Altenpfleger\*innen und Krankenhauspersonal;  
 3398 Sozialhilfeempfänger\*innen einschließlich Arbeitslose, die dem Arbeitsmarkt zur  
 3399 Verfügung stehen müssen; Student\*innen und junge Wissenschaftler\*innen, die  
 3400 wegen prekärer Einkommensverhältnisse Nebenjobs benötigen; Gründer\*innen, die  
 3401 Aufträge annehmen müssen etc.

3402 Dies alles sind Personengruppen, die für die Entwicklung von Potsdam zu einer  
 3403 lebendigen und zukunftsfähigen Stadt wesentliche Ideen, Perspektiven, Interessen  
 3404 und Know-How beizutragen haben. Sie sollten durch eine nennenswerte  
 3405 Geldpauschale die Möglichkeit erhalten, sich an der politischen Willensbildung  
 3406 in Potsdam zu beteiligen.

3407 Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen daher vorschlagen, dass die Stadt Potsdam  
 3408 für die Stadtverordneten eine Grundsicherungspauschale in den Haushalt aufnimmt.  
 3409 Alternativ könnte ein Stiftungsfonds eingerichtet werden, der Stadtverordnete  
 3410 nach sozialen Kriterien unterstützt.

## 3411 Politische Bildung vorantreiben

3412 Voraussetzung für eine starke kommunale Demokratie ist das Verständnis für  
 3413 institutionelle Abläufe, die Möglichkeiten, als Bürger\*in seiner Stimme Gehör zu  
 3414 verschaffen und Rechenschaft der Mandatsträger\*innen einzufordern. Es ist daher  
 3415 zur Wahrung einer repräsentativen demokratischen Kommunalvertretung unabdingbar,  
 3416 in die politische Bildung von allen Bevölkerungsgruppen zu investieren, auch  
 3417 mehrsprachig und mit einfacher Sprache. Ganz besonders bewährt haben sich  
 3418 Instrumente wie Planspiele, Jugend-Stadtverordnetenversammlungen und die  
 3419 Nachstellung von kontroversen Entscheidungsprozessen.

3420 Um der Bürgerschaft bei der Gestaltung von Potsdam substantiell Rechenschaft  
 3421 abzulegen und ihr eine „außerparlamentarische“ Stimme zur Teilhabe zu geben,  
 3422 muss ein entsprechender Kulturwandel der Verwaltung stattfinden: der Wille,  
 3423 aktiv die Bürgerschaft in die Lage zu versetzen, sich aufgrund von leicht  
 3424 zugänglicher, gut aufbereiteter Information eine faktenbasierte Meinung zu  
 3425 bilden.

## 3426 Beteiligung ausbauen

3427 Beteiligungsverfahren sind eine sinnvolle und gerade in einer dynamischen und  
 3428 lebendigen Stadt wie Potsdam absolut notwendige Ergänzung zur repräsentativen  
 3429 Demokratie. Sie bedeuten Chancen für Potsdamer Bürger\*innen, sich an der  
 3430 Gestaltung von Entscheidungen zu beteiligen. Sie bergen aber auch Risiken,  
 3431 insbesondere können Beteiligungsverfahren durch Gruppeninteressen einseitig  
 3432 gestaltet werden oder gar missbraucht werden. Essentiell sind daher  
 3433 niederschwellige Angebote, die alle betroffenen Gruppen einbeziehen und  
 3434 professionell betreut werden. Um ein Instrument der Konsensfindung zu sein muss

3435 außerdem von Politik und Verwaltung ein klares Bekenntnis gegeben sein, dass  
3436 diese Prozesse ernst genommen werden und berücksichtigt werden.

### 3437 **Beteiligungswerkstätten bei Planungen** 3438 **verbindlich einbeziehen**

3439 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass besonders in den Frühphasen  
3440 von Planungsverfahren das Werkstattverfahren zur Klärung von Interessen und  
3441 Zielen verstärkt eingesetzt wird. Hier soll durch Verwaltungsvorschriften  
3442 gesichert werden, dass Werkstattgespräche mit dem Ziel moderiert werden, alle  
3443 Bevölkerungsgruppen zu Wort kommen zu lassen.

3444 Die rechtlichen Grenzen dieses Instruments sind eng und binden die Verwaltung in  
3445 ihrer Entscheidungsfindung nicht. Aufwand und Erwartungen an eine solche  
3446 Beteiligungswerkstatt können nur gerechtfertigt werden, wenn eine ernsthafte  
3447 Berücksichtigung der Werkstatteergebnisse gesichert ist, also eine politische  
3448 Verbindlichkeit durch Politik und Verwaltung hergestellt wird. Daher sollte ein  
3449 Monitoringsystem für die Umsetzung der Ergebnisse einer Beteiligungswerkstatt  
3450 eingerichtet werden.

### 3451 **Vom Bürger\*innenhaushalt zur Diskussion der** 3452 **Haushaltspolitik**

3453 Der sogenannte "Potsdamer Bürgerhaushalt" ist bislang lediglich ein Verfahren  
3454 zur Sammlung von Ideen zum Haushalt. Es handelt sich daher um eine stark  
3455 beschönigende Etikettierung, von Bürger\*innenhaushalt zu sprechen, da er nicht  
3456 mit entsprechender Gestaltungsmacht die Haushaltspolitik als solche betrifft.  
3457 Wir schlagen vor, dass der "Bürgerhaushalt" weiterentwickelt wird und in ein  
3458 Haushaltsaufstellungsverfahren mündet, in dem interessierte Menschen die  
3459 Haushaltspolitik mit ihrer strategischen längerfristigen Ausrichtung  
3460 mitdiskutieren können und ernsthaft gehört werden.

3461 Auch die Eingaben der Potsdamer Bürger\*innen zum Potsdamer Haushalt sollte nicht  
3462 ohne Begründungspflicht von der Verwaltung abgelehnt werden dürfen –  
3463 Bürger\*innen haben ein Recht darauf, zu verstehen, warum ihre Eingabe für die  
3464 Verwaltung der Stadt nicht erfolgreich ist.

3465 Daher plädieren wir dafür, dass die Grundzüge der Haushaltspolitik verständlich  
3466 publiziert und beraten werden. Dies bedeutet vor allem eine leicht verständliche  
3467 Sprache, die alle verstehen können.

### 3468 **Bauen transparenter machen**

3469 Wir wollen, dass auf einer zentralen Vorhabenplattform im Netz alle größeren  
3470 öffentlichen Bauprojekte und Vorhaben der Stadt Potsdam veröffentlicht werden,  
3471 einschließlich des Standes der Planung oder Umsetzung. Hier sollen auch direkt  
3472 Beteiligungsverfahren zu jedem einzelnen Projekt gezeigt werden.

## 3473 Direkte Demokratie stärken

3474 Die direkte Demokratie ist nicht automatisch die bessere Form der  
3475 Entscheidungsfindung, sie kann die Parlamente allerdings dabei ergänzen,  
3476 Interessenskonflikte in einem formalisierten Rahmen zu lösen. Gerade kontroverse  
3477 Debatten, die gesellschaftlich viel und emotional diskutiert werden, können so  
3478 befriedet werden. Die Rahmenbedingungen für direktdemokratische Verfahren auf  
3479 kommunaler Ebene sind von Landesgesetzen vorgegeben und stark eingeschränkt. Wir  
3480 setzen uns auf Landesebene dafür ein, Bürger\*innenbegehren zu stärken. Unter  
3481 anderem wollen wir Quoren senken, die Unterschriftensammlung vereinfachen und  
3482 auch Begehren zur Bauleitplanung oder zu Finanzthemen zulassen.

3483 In Potsdam wollen wir die Information und Beratung zu Möglichkeiten der direkten  
3484 Demokratie verbessern, damit die existierenden Instrumente möglichst sinnvoll  
3485 eingesetzt werden können.

## 3486 Transparenz ernstnehmen

3487 Alle Formen der demokratischen Teilhabe beruhen auf einer gemeinsamen  
3488 Grundvoraussetzung: dass mündige Bürger\*innen informiert diskutieren und  
3489 entscheiden können. Wir wollen eine Debattenkultur, die auf der Basis von Fakten  
3490 und gegenseitigem Respekt zu einem echten Austausch von Argumenten führt. Der  
3491 Eindruck von Mausehelei und zurückgehaltenen Informationen gefährdet diese  
3492 Debattenkultur, vereinfacht populistische Meinungsmache und verhindert eine  
3493 umfassende Willensbildung.

3494 Die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen und  
3495 Verwaltungshandeln sind Voraussetzungen für das Vertrauen in demokratische  
3496 Strukturen und die Möglichkeit, sich aktiv einzumischen. Bislang ist es für  
3497 Bürger\*innen zu häufig nicht möglich oder mit großem Aufwand verbunden, die für  
3498 sie relevanten Informationen zu bekommen.

3499 Die Vorstellung des "Amtsgeheimnisses" wollen wir durch eine Kultur der  
3500 Transparenz ersetzen, in der Verwaltungsdokumente automatisch veröffentlicht  
3501 werden. Mit dem Open-Data-Portal ist Potsdam innerhalb Brandenburgs Vorreiter.  
3502 Allerdings sind die Inhalte darauf bisher sehr eingeschränkt. Städte wie Hamburg  
3503 und Bremen machen vor, wie viel mehr möglich ist. Im Zuge der ohnehin  
3504 notwendigen Digitalisierung und der Einführung von immer mehr Elementen des E-  
3505 Government, können Abläufe so angepasst werden, dass die Veröffentlichung ein  
3506 selbstverständlicher Bestandteil der Bearbeitung eines Vorgangs wird.

3507 Ziel ist, dass alle Verwaltungsdaten, Verträge oder Gutachten, die keiner  
3508 Schutzbedürftigkeit unterliegen (z.B. personenbezogene Daten oder als geheim  
3509 eingestuft), in offenen, maschinenlesbaren Formaten proaktiv und zeitnah  
3510 verfügbar gemacht werden. Wer sich um öffentliche Aufträge bemüht, der muss auch  
3511 die Offenlegung von Informationen zu dem Auftrag akzeptieren.

3512

3513

3514

3515 Dafür machen wir uns stark:

- 3516 • faire Debattenkultur und ein Diskurs auf Basis von Fakten
- 3517 • mehr Bevölkerungsgruppen ein Engagement in der Stadtverordnetenversammlung  
3518 ermöglichen durch eine Grundsicherungspauschale für Stadtverordnete
- 3519 • Stärkung der Bildungsangebote (bspw. Planspiele), insbesondere für Kinder  
3520 und Jugendliche
- 3521 • Kulturwandel zu einer bürgernahen Verwaltung - Informationen besser  
3522 aufarbeiten und Kontakt erleichtern
- 3523 • Stärkung des Werkstattverfahrens - häufigerer Einsatz, proaktive  
3524 Einbindung betroffener Bevölkerungsgruppen und Überprüfung der Ergebnisse
- 3525 • Stärkung des "Potsdamer Bürgerhaushalt" - Durch niedrigschwellige Angebote  
3526 echte Debatten zur strategischen Ausrichtung des Haushalts ermöglichen
- 3527 • zentrale Transparenz- und Beteiligungsplattform für alle Bauvorhaben
- 3528 • Veröffentlichung von Informationen und beispielsweise Bebauungsplänen auch  
3529 in leichter Sprache bzw. für Kinder und Jugendliche verständlicher  
3530 Sprache, um mehr Beteiligung zu ermöglichen
- 3531 • Verbesserung der Informationen und Unterstützung für Instrumente der  
3532 direkten Demokratie
- 3533 • massiver Ausbau des Open-Data-Portals mit dem Ziel einer proaktiven  
3534 Veröffentlichung möglichst aller Verwaltungsdaten